Perspektiven
der Hochschulentwicklung
in Bremen

Werkstattberichte – Band 4
Wissenschaftliches Zentrum für
Berufs- und Hochschulforschung
Gesamthochschule Kassel

Kassel 1980
Reihe WERKSTATTBERICHTE
<table>
<thead>
<tr>
<th>Inhalt</th>
<th>Seite</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Vorwort</td>
<td>9</td>
</tr>
<tr>
<td>1. Zielsetzung der Studie</td>
<td>11</td>
</tr>
<tr>
<td>1.1 Zur Diskussion über Ausbauziele in der Bundesrepublik Deutschland</td>
<td>11</td>
</tr>
<tr>
<td>1.2 Besonderheiten der Ausgangslage in Bremen</td>
<td>12</td>
</tr>
<tr>
<td>1.3 Zielsetzung der Studie</td>
<td>13</td>
</tr>
<tr>
<td>1.4 Anlage der Studie</td>
<td>15</td>
</tr>
<tr>
<td>2. Grundsätzentscheidungen der Hochschulplanung</td>
<td>16</td>
</tr>
<tr>
<td>2.1 Notwendigkeit der Klärung von Zielen und Kriterien</td>
<td>16</td>
</tr>
<tr>
<td>2.2 Bisherige Grundlagen der Hochschulplanung</td>
<td>17</td>
</tr>
<tr>
<td>2.3 Funktion der Hochschulen</td>
<td>18</td>
</tr>
<tr>
<td>2.4 Aktive oder reaktive Hochschulplanung?</td>
<td>19</td>
</tr>
<tr>
<td>2.5 Regionaler und überregionaler Bezug der Hochschulplanung</td>
<td>20</td>
</tr>
<tr>
<td>2.6 Regionale Einkommenseffekte des Hochschulausbaus</td>
<td>22</td>
</tr>
<tr>
<td>3. Nachfrage nach hochschulischer Erstausbildung</td>
<td>24</td>
</tr>
<tr>
<td>3.1 Die Entwicklung der realisierten Nachfrage nach Studienplätzen in Bremen und den übrigen norddeutschen Ländern (Universitäten und Fachhochschulen)</td>
<td>24</td>
</tr>
<tr>
<td>3.2 Die bundesweite Entwicklung der Nachfrage nach Studienplätzen an Universitäten</td>
<td>28</td>
</tr>
<tr>
<td>3.3 Prognosen der Wohnbevölkerungs- und Studienplatzangebotsentwicklung in Bremen und Norddeutschland</td>
<td>31</td>
</tr>
<tr>
<td>4. Bedarf an vorberuflicher Hochschulausbildung</td>
<td>37</td>
</tr>
<tr>
<td>4.1 Ansätze und Ergebnisse von Bedarfsprognosen in der Bundesrepublik Deutschland</td>
<td>37</td>
</tr>
<tr>
<td>4.2 Besonderheiten der Wirtschafts- und Qualifikationsentwicklung in Norddeutschland</td>
<td>40</td>
</tr>
<tr>
<td>4.3 Zum Lehrerbedarf</td>
<td>43</td>
</tr>
<tr>
<td>5. Funktionsausweitung der Hochschulen</td>
<td>47</td>
</tr>
<tr>
<td>5.1 Gründe für Überlegungen zur Funktionserweiterung</td>
<td>47</td>
</tr>
<tr>
<td>5.2 Weiterbildung</td>
<td>49</td>
</tr>
<tr>
<td>Kapitel</td>
<td>Thema</td>
</tr>
<tr>
<td>---------</td>
<td>-------</td>
</tr>
<tr>
<td>5.3</td>
<td>Regionsbezogene Forschung</td>
</tr>
<tr>
<td>5.4</td>
<td>Dienstleistungen der Hochschule</td>
</tr>
<tr>
<td>6.1</td>
<td>Notwendigkeit einer aktiven Wirtschaftspolitik für Bremen</td>
</tr>
<tr>
<td>6.2</td>
<td>Beschäftigungseffekte des Hochschulausbaus</td>
</tr>
<tr>
<td>6.3</td>
<td>Arbeitsmarktentzugseffekte durch Ausbildungsverlängerung</td>
</tr>
<tr>
<td>6.4</td>
<td>Hochschulische Dienstleistungen zur Verringerung regionaler Arbeitsmarktssegmentation</td>
</tr>
<tr>
<td>6.5</td>
<td>Verbesserung der Infrastruktur durch Hochschuleinrichtungen</td>
</tr>
<tr>
<td>6.6</td>
<td>Folgerungen für den Bremer Wirtschaftsräum</td>
</tr>
<tr>
<td>7.1</td>
<td>Überlegungen zu potentiellen Hemmnissen des Ausbaus der Universität Bremen</td>
</tr>
<tr>
<td>7.2</td>
<td>Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik</td>
</tr>
<tr>
<td>7.3</td>
<td>Änderungen in der Hochschulplanung</td>
</tr>
<tr>
<td>7.4</td>
<td>Das &quot;Image&quot; der Bremer Universität</td>
</tr>
<tr>
<td>8.1</td>
<td>Optionen für die Hochschulplanung in Bremen</td>
</tr>
<tr>
<td>8.2</td>
<td>Grundlagen der Vorschläge</td>
</tr>
<tr>
<td>8.3</td>
<td>Ausbauvolumen</td>
</tr>
<tr>
<td>8.4</td>
<td>Entwicklungs- und Ausbaumöglichkeiten nach Fächergruppen</td>
</tr>
<tr>
<td>8.5</td>
<td>Bestehende Ausbaupläne</td>
</tr>
<tr>
<td>8.5.1</td>
<td>Produktionstechnik</td>
</tr>
<tr>
<td>8.5.2</td>
<td>Geowissenschaften</td>
</tr>
<tr>
<td>8.5.3</td>
<td>Publizistik/Journalistik</td>
</tr>
<tr>
<td>8.5.4</td>
<td>Ergänzende Ausbauplanungen</td>
</tr>
<tr>
<td>8.5.5</td>
<td>Medizin</td>
</tr>
<tr>
<td>8.5.6</td>
<td>Forschung</td>
</tr>
<tr>
<td>8.5.7</td>
<td>Weiterbildung</td>
</tr>
<tr>
<td>8.5.8</td>
<td>Dienstleistungen</td>
</tr>
<tr>
<td>Seite</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>-------</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>8.6   Funktionsflexibilität</td>
<td>91</td>
</tr>
<tr>
<td>9.    Zusammenfassung</td>
<td>92</td>
</tr>
<tr>
<td>Anmerkungen</td>
<td>97</td>
</tr>
<tr>
<td>Bibliographie</td>
<td>102</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Prognosen des Angebots und Bedarfs an Hochschulabsolventen einzelner Fachrichtungen</td>
<td>111</td>
</tr>
</tbody>
</table>
Vorwort

Der Hochschulausbau auf der Basis von Kriterien und finanziellen Rahmen-
setzungen, für die in einem kontroversen Diskussionsprozeß bis Mitte der
siebziger Jahre ein Kompromiß erreicht wurde, nähert sich allmählich sei-
nem quantitativen Planziel von 850.000 Studienplätzen. In dieser letzten
Phase wächst allgemein die Sorge, daß die finanzpolitische Diskussion um
konkurrierende öffentliche Dienstleistungen zu einem vorzeitigen Ende des
geplanten Ausbaus führen könnte; aber selbst wenn an dem Planziel festge-
halten wird, sind für spät-gegründete Hochschulen große Probleme in Sicht:
Sie verbleiben möglicherweise als Torso-Hochschulen und können nicht in
ähnlichem Umfang Leistungen für ihre regionale Umwelt erbringen wie alt-
etablierte Hochschulen.

Die hier vorgelegte Studie fordert, bei der Hochschulentwicklungspla-
nung einer Region mit einer Nachzügler-Universität nicht die bisherigen Plan-
ungs kriterien zum Maßstab zu nehmen, sondern potentielle Funktionsver-
schiebungen der Hochschulen in den nächsten Jahren frühzeitig ins Auge zu
fassen. Dabei wird die These zur Diskussion gestellt, daß die Leistungen
der Hochschulen in Zukunft weniger regional mobil sein werden als in der
Vergangenheit und daß sich deshalb die Nachteile für die Regionen erhöhen,
deren Hochschulausbau heute möglicherweise aus überregionalen Erwägun-
gen ins Stocken gerät. Dies fordert die Regionen mit Nachzügler-Hochschu-
len heraus, auch in überregionalen Gremien am bestehenden Rahmen von
Planungskriterien zu rütteln und die Diskussion über Verschiebungen in den
Leistungen der Hochschulen zu initiieren.

Diese Fallstudie zur Hochschulentwicklung in Bremen wird mit einer
Veröffentlichung in der Reihe "Werkstattberichte" des Wissenschaftlichen
Zentrums für Berufs- und Hochschulforschung einem breiteren Leserkreis
als allein denjenigen, die an der Bremer Entwicklung interessiert sind, zur
Diskussion gestellt, Zwei Überlegungen sind dafür ausschlaggebend:
- Sie soll zur Klärung der Frage beitragen, in welchem Maße Forschung
  zur Beziehung von Hochschule und Region stärker dazu übergehen sollte,
anstelle der bisher dominierenden Aspekte der Studienplatzversorgung
  und der regionalen Einkommenseffekte die regionale Bedeutung von For-
  schung, Erstausbildung, Weiterbildung und direkten Dienstleistungen zu
  untersuchen,
- Für die hochschulpolitische Diskussion sollen einige Hinweise gegeben
  werden, wie sich das Verhältnis von überregionaler und regionaler Plan-
  nung ändert, wenn die Notstandsplanung zur Unterbringung wachsender
  Studentenzahlen von einem breiteren Verständnis über die Aufgaben der
  Hochschulen abgelöst werden kann.

Initiiert und gefördert wurde diese Studie vom Senator für Wissenschaft
und Kunst des Landes Bremen. Die Projektbegleitung lag bei den Mitglie-
dern der Planungsgruppe Hochschulentwicklung und -ausbau, die seit Fe-
bbruar 1978 als ressortübergreifende Planungsgruppe auf der Grundlage ei-
nes Senatsbeschlusses arbeitet; sie hat den Verfassern dieser Studie seit Be-
ginn der vorliegenden Untersuchung im April 1979 als Projektbeirat die Planungsstände vermittelt und in kooperativer Weise dafür gesorgt, daß die Infrastruktur der beteiligten Senatsdienststellen und der Universität in Anspruch genommen werden konnte. Im einzelnen gehörten dem Projektbeirat an:

Frau Hoheisel und Herr Pagel für den Senator für Wissenschaft und Kunst,
Herr Otten für die Universität Bremen,
Herr Dr. Lörcher für den Senator für Wirtschaft und Außenhandel,
Herr Heinken für die Senatskanzlei,
Herr Hohage für den Senator für Finanzen.

Ohne die Besprechungen mit dem Projektbeirat wäre die Studie wohl formaler und unverständlicher, insgesamt also etwas moderner ausgefallen.

Besonderer Dank gebührt Herrn Pagel für die Koordination der Arbeiten zwischen Projektbeirat und den Verfassern sowie für die Verdeutlichung des unterschiedlichen Planungsdenkens der an Entscheidungsprozessen beteiligten Institutionen.


Ein Wort des Dankes ist auch an unsere Gesprächspartner aus dem Hochschulbereich, der öffentlichen Verwaltung und der beschäftigenden Organisationen in Bremen und an unsere Kollegen im Wissenschaftlichen Zentrum für Berufs- und Hochschulforschung in Kassel zu richten, die durch Diskussionen und kritische Kommentare zum Gelingen der Studie beigetragen haben.

Alle Fehler und Mängel der Studie gehen selbstverständlich zu Lasten der Verfasser.

Uwe Heine Ulrich Teichler Bernd Wollenweber
1. Zielsetzung der Studie

1.1 Zur Diskussion über Ausbauziele in der Bundesrepublik Deutschland

In den letzten Jahren hat in der Bundesrepublik Deutschland die Neigung zugenommen, Planziele über den Ausbau von Hochschulen, wie sie insbesondere zu Beginn der siebziger Jahre gesetzt wurden, in Frage zu stellen. Probleme der Finanzierung des Hochschulwesens, der Studienplätznachfrage und des Arbeitsmarktes für Hochschulabsolventen werden häufig hervorgehoben, wenn es um die quantitative Entwicklung des Hochschulwesens geht:


- Der Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen spielte eine große Rolle in der Diskussion um den Hochschulausbau. In der politischen Argumentation überwog und überwiegte dabei die Ansicht, daß die Hochschulexpansion über den Bedarf des Beschäftigungssystems hinausgehe und große Probleme auf dem Arbeitsmarkt ausgelöst habe.

Dabei ist es müßig zu klären, welche der genannten Aspekte nun stärker zu den Vorschlägen beigetragen haben, die Zielwerte des Hochschulausbaus zu reduzieren. Denn die Urteile des Bundesverfassungsgerichts zum Numerus clausus haben normative Richtwerte für die Reihenfolge von Kriterien der quantitativen Hochschulplanung - in erster Linie Bildungsnachfrage, daneben Finanzierungsfragen und schließlich in eindeutigen Fällen auch Bedarfsaspekte - geschaffen, die nicht den politischen Sentimenten entsprechen, die die Diskussion über den Hochschulausbau beeinflussten. Deshalb kann es nicht verwundern, daß die Argumentation über die quantitative Entwicklung des Hochschulausbaus oft als sehr vage und doppelbödig erscheint und Begründungen häufig nur angedeutet werden.
Allerdings muß man auch feststellen, daß die Kritik an den Ausbauzie-
len der frühen siebziger Jahre keineswegs zu einem Konsensu über ange-
messene quantitative Ziele der Hochschulplanung geführt hat. Einer dra-
stischen Verringerung der Ausbauschnelle wurden auch grundlegende Beden-
ken entgegengehalten: Nur ein Ausbau aller Bildungseinrichtungen einschließlich der Hochschulen könne verhindern, daß eine intergenerative Chancen-
ungleichheit der geburtenstarken Jahrgänge entstände. Auch werde eine ho-
he "Überlastquote" der Hochschulen zu einer unerträglichen Verschlechte-
rung der Leistungen der Hochschulen führen. Schließlich werden im Hin-
blick auf den Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen auch die Argumente vertreten, daß Unsicherheit der Entwicklung und hohe Substitutionspotentia-
le zu berücksichtigen seien, daß langfristig die Nachfrage nach Hochschul-
absolventen auf dem Arbeitsmarkt steigen werde und daß viele gesellschaft-
liche Aufgaben, die bisher vernachlässigt worden seien, eine aktive Arbeits-
marktpolitik unter Berücksichtigung der Hochschulabsolventen nahelegen.

Ungleichartige Expertenurteile über Entwicklungstrends, vielfältige Mög-
lichkeiten der Gestaltung des Verhältnisses von Hochschule und Be-
schäftigungssystem, divergierende Vorstellungen über die Aufgaben der Ho-
chschulen sowie fehlender Konsens in den quantitativen Zielsetzungen
der Hochschulplanung machen, wenn eine Revision der Ziele des Hochschu-
lausbaus zur Diskussion steht, es jeweils notwendig, Entwicklungstrends er-
neut zu beurteilen und Grundsatzentscheidungen zu überdenken.

1.2 Besonderheiten der Ausgangslage in Bremen

Auch im Land Bremen drängt sich die Frage auf, ob an den alten Aus-
bauzielen - insgesamt 10.000 Studienplätze an der Universität und 5.000
an den Fachhochschulen - festgehalten werden solle. Da vorhandene Studien-
plätze bzw. Detailentscheidungen zum Auf- und Ausbau von Studiengängen
bereits 7.000 Studienplätze an der Universität und 4.700 Studienplätze an
den Fachhochschulen ergaben 1, standen in erster Linie die Ausbauziele
für die Bremer Universität zur Diskussion.

Überlegungen zur quantitativen Hochschulentwicklung in Bremen reflek-
tieren natürlicher Diskussionsstand in der Bundesrepublik Deutschland
insgesamt; jedoch sind vor allem vier Aspekte zu nennen, die eine ab-
weichende Ausgangslage kennzeichnen und möglicherweise abweichende Konsequenzen gegenüber dem Bundesdurchschnitt nahelegen:

a) Die Zieldaten, die in den siebziger Jahren für die Bundesrepublik ins-
gesamt formuliert wurden, begünstigen einen Ausbau kürzerer Studiengän-
ge - Fachhochschulstudiengänge bzw. Kurzstudiengänge an Universitäten;
 das Land Bremen hat jedoch einen ausgebauten Fachhochschul-
sektor.

b) Das Land Bremen ist ein "Spätentwickler" im Auf- und Aus-
bau einer universitären Infrastruktur. Abstriche von den
Hochschulausbauzielen in der Bundesrepublik Deutschland können für sol-
che Regionen weitaus größere Folgen als für Regionen mit etablierten Universitäten haben, weil bei den Spätentwicklern zu klären ist, ob in jedem Falle eine gewisse Abrundung des fachlichen Leistungsangebots der Universität erreicht werden sollte. Für Bremen drängt sich die Frage auf, ob eine "Torso-Universität" übrig bleibt.

c) Der Aufbau der Universität Bremen wurde nicht nach den üblichen Modellen der Ausgabenaufteilung zwischen dem Bund und dem einzelnen Bundesland finanziert, sondern wurde durch ein besonderes Finanzierungsmodell getragen, das den Problemen des kleinsten Stadtstaates der Bundesrepublik Rechnung tragen sollte. Damit ist die Hochschulplanung in noch stärkerem Maße als an anderen Orten der Bundesrepublik an eine überregionale Übereinkunft gebunden - eine Ausgangslage, die sich im Falle einer zunehmenden Regionalisierung der Leistungen von Hochschulen als ein großes Hindernis erweisen könnte.


1.3 Zielsetzung der Studie


Die Hauptaufgabe der Studie bestand bei Beginn der Arbeit darin, eine Übersicht
- zur "Entwicklung von Studienplatznachfrage, Absolventenzahlen und Bedarf an Hochschulabsolventen" in der Bundesrepublik und
- über Zusammenhänge "zwischen der regionalen Entwicklung, der Wirtschaft, dem Arbeitsmarkt und dem bestehenden und geplanten Studienangebot der Universität Bremen unter Berücksichtigung des bremischen
zu erarbeiten.

Es sollte also vor allem geklärt werden, wie sich voraussichtlich der Zugang zu den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland und die Situation der Absolventen insgesamt entwickeln würde und in welcher Weise sich dabei für die Bremer Hochschulen abweichende Bedingungen vom Bundesdurchschnitt ergäben. Dabei war jedoch von Beginn an vorgesehen, die Studie nicht allein auf Trendfortschreitungen zu begrenzen, sondern etwa auch "Szenarios für eine interdependente Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Hochschulpolitik" und "neue Aufgaben der Bremer Hochschulabsolventen" einzubeziehen.

Für die Hochschulentwicklungsplanung wäre nach Überzeugung der Autoren dieser Studie keinerlei Hilfe geleistet, wenn die Studie konventionellen Mustern von Bedarfs-, Nachfrage-, Versorgungsprognosen bzw. -trendfortschreibungen folgte und dabei lediglich gegenüber vorliegenden Studien die Informationen aktualisierte bzw. regionsbezogene Spezifikationen anbiete. Vielmehr erscheint es notwendig, daß Hochschulentwicklung unter den veränderten Planungsbedingungen der achtziger Jahre und angesichts der besonderen Bedingungen der hier behandelten Region und ihrer Institution zumindest neue bzw. modifizierte Akzente im Hinblick auf vier Problemkreise setzen muß:

a) Hochschulentwicklungsplanung kann sich nicht mehr an der fiktiven Genauigkeit früherer Prognosen orientieren, die hohe Stetigkeit des Bildungsverhaltens, eindeutige Verknüpfungen von Wirtschaftswachstum und Qualifikationsbedarf, geringe Substitutionsmöglichkeiten und geringe Bedeutungen von Teilqualifizierungen (etwa Weiterbildung und Aufbaustudium) voraussetzen. Relativ große Unsicherheit über die Entwicklung und große "Korridore" in den Daten können heute als unabdingbare Rahmenbedingungen der Hochschulplanung nicht mehr übergangen werden.

b) Hochschulentwicklungsplanung der achttiger Jahre kann sich nicht mehr in gleichem Maße wie in früheren Jahren an der Nachfrage nach hochschulischer Erstausbildung und an dem Bedarf des Beschäftigungssystems an hochschulischer Erstausbildung orientieren. Andere Funktionen bzw. nahelegende Funktionsausweitungen der Hochschulen in den neunziger Jahren sollten jetzt bereits bei Planungsentscheidungen berücksichtigt werden.

c) Hochschulentwicklungsplanung kann nicht allein an die voraussichtlichen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen der Region anknüpfen, sondern sollte mögliche wirtschafts- und gesellschaftspolitische Optionen einbeziehen, die neue Leistungsmöglichkeiten der Hochschulen für die Region aufzeigen.

d) Hochschulentwicklungsplanung kann nicht davon ausgehen, daß das Fachangebot, thematische Schwerpunkte in den Studienplänen und Forschungsschwerpunkte auf der einen sowie berufs- und wirtschaftsstruktuelle Charakteristika der Region auf der anderen Seite hinreichend Anhaltspunkte über potentielle Leistungen der Hochschulen ergeben: Eine in-

Im Vergleich zu Expertisen über Perspektiven der Hochschulentwicklung, die sich stärker auf ein gewachsenes Selbstverständnis der Hochschulplanung stützen können, machen diese Überlegungen es erforderlich,
- Ziele der Hochschulentwicklungsplanung im Laufe des Textes ausführlicher zu erörtern und die hier vorgeschlagenen Akzente eingehend zu begründen. Der Leser soll nicht - wie vielfach üblich - handliche Aussagen auf der Basis unüberschaubarer Prämisse erhalten, sondern die anstehenden Weichenstellungen in der Hochschulentwicklungsplanung sollten deutlich gemacht werden;


1.4 Anlage der Studie

Der hier vorliegende Bericht stellt eine Teilstudie dar, die im Rahmen der weiteren Planungen für die zweite Entwicklungsphase der Universität Bremen erarbeitet wurde. In dieser Teilstudie, die von drei Mitgliedern des Wissenschaftlichen Zentrums für Berufs- und Hochschulforschung an der Gesamthochschule Kassel erstellt wurde, werden Entwicklungs perspektiven der Universität Bremen sowohl im Hinblick auf Rahmenbedin-
gungen der Hochschulentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland als auch im Hinblick auf die regionalen Voraussetzungen und Entwicklungschan-
cen diskutiert.

Eine weitere Teilstudie behandelt die Entwicklung von Studienplatznach-
frage, Absolventenzahlen und Bedarf an Hochschulabsolventen in der Bun-
desrepublik Deutschland nach dem neuesten Stand vorliegender Analysen
und Prognosen.3 Die Ergebnisse dieser Studie, die von einem Mitarbei-
ter des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt
für Arbeit erstellt wurde, sind in dem hier vorgelegten Bericht bereits be-
rücksichtigt.

Im folgenden werden zunächst einige Grundsatzentscheidungen erläutert,
von denen die Hochschulplanung derzeit steht. In den anschließenden Kapi-
teln werden die Ansätze und Ergebnisse von überregionalen Prognosen zur
Studienplatznachfrage und zum Bedarf an Hochschulabsolventen auf die
Bremer Region bezogen. Es folgen Überlegungen zu naheliegenden Funk-
tionsausweitungen der Universität Bremen und zu möglichen Beiträgen der
Hochschulplanung zu einer aktiven Politik für den Bremer Wirtschafts-
raum. Im Anschluß daran werden denkbare Spannweiten des Hochschulaus-
baus und potentielle Hemmnisse gegen den Hochschulausbau diskutiert.
Abschließend sind Optionen für zukünftige Ausbildungs-, Forschungs-
und Service-Leistungen der Hochschulen des Landes Bremen im Detail zur
Diskussion gestellt.

2. Grundsatzentscheidungen der Hochschulplanung

2.1 Notwendigkeit der Klärung von Zielen und Kriterien

Viele Studien zur quantitativen Hochschulplanung - sei es für eine Region
oder die Bundesrepublik Deutschland insgesamt - erwecken den Eindruck,
daß die Ziele und Kriterien solcher Planung mehr oder weniger selbstver-
ständlich seien und man darüber kaum ein Wort zu verlieren brauche.
Entsprechend überwiegen kurze Bezüge auf Aussagen von planenden Kom-
missionen oder auf Programme von Landesregierungen. Betrachtet man
jedoch Dokumente zur Hochschulplanung und Hochschulpolitik in der Bun-
desrepublik genauer, so wird deutlich, daß sich die Klärung von Grund-
satzentscheidungen, die den jeweiligen Ansätzen zugrundeliegen, keines-
falls erübrigt. So läßt sich zeigen, daß sich die Kriterien der Hochschul-
planung im Laufe der letzten Jahrzehnte allmählich verschoben haben.
Auch hat die Belastung der Hochschulen durch schnell wachsende Studenten-
zahlen die Haltung verstärkt, zumindest für diese Übergangszeit die
Kriterien der Planung sehr eingeschränkt zu sehen. Ferner wird in Plan-
ungsdocumentation immer wieder ersichtlich, daß Entscheidungen über die
quantitative Entwicklung sehr stark davon abhängig sind, in welchem Um-
fange den Hochschulen eine aktive oder eine reaktive Rolle in der Entwick-
lung von Wirtschaft und Gesellschaft zugeschrieben wird. Schließlich liegt
der bisherigen regionalen Hochschulplanung kein Satz allgemein akzeptier-
ter Prämisse zugrunde. Daher kann eine Studie wie die hier vorliegende
nicht einfach Ziele und Kriterien fortschreiben; hielte sie sich an vorlie-
gende Dokumente und deren zum Teil vage und zum Teil perspektivisch
verengte Zielsdiskussion, so würde sie den Auftrag verfehlen, Denkanstöße
der Hochschulplanung zu entwickeln.

2.2 Bisherige Grundlagen der Hochschulplanung

Die Diskussion über die wichtigsten Kriterien der Hochschulplanung hat in
den letzten zwei Jahrzehnten große Verschiebungen erfahren. Die Nach-
frage nach Studienplätzen spielte durchgängig eine wichtige Rolle, aber
ihre Kontext zeigte im Laufe der Zeit große Veränderungen.

Um 1960 wurde vielfach die Befürchtung geäußert, daß die Forschung
und Lehre mit wachsender Aufnahme von Studierwilligen erhebliche Quali-
tätseinbußen erlitten; die Ausstattung der Hochschule je nach Menge
der Forschungs- und Lehraufgaben wurde somit die variable Größe, die im
Mittelpunkt der Diskussion stand. Im Laufe der sechziger Jahre gewannen
Überlegungen zum Bedarf an Hochschulabsolventen an Bedeu-
tung; Planungsstudien bezogen sich häufig auf prognostizierte Mangel-
situationen im Produktionssektor bzw. in unterschiedlichen Bereichen von
Dienstleistungen. Die wachsende Nachfrage von Jugendlichen nach Studien-
plätzen und eine Bildungspolitik, die die bestehenden Ungleichheiten der
Bildungschancen zu verringern suchte, rückten um 1970 die Prognose der
Studienplatznachfrage von Sekundarschulabsolventen in den Mittel-
punkt von Planungsstudien. Gleichzeitig wurden manche andere Zielsetzun-
gen, die damals diskutiert wurden, wie etwa die berufliche Fortbildung
von Hochschulabsolventen, in den Hintergrund gedrängt, da die zunehmen-
den Studienanfängerzahlen nur dann als verkraftbar galten, wenn die Hoch-
schulen die Ausbildungsfunction mehr als zuvor in den Mittelpunkt stellten
und sich dabei nicht verstärkt einer Weiterbildung öffneten. Im Laufe der
siebzig Jahre blieb die Studienplatznachfrage ein zentrales Datum; da
hier jedoch nur geringe Veränderungen prognostiziert wurden, konnte die
unregelmäßige demographische Entwicklung zur wichtigsten Variable in
hochschulplanerischen Betrachtungen werden. Gleichzeitig vollzog sich
im Laufe der siebzig Jahre stimmungsmäßig ein Übergang von einer ak-
tiven zu einer eher reaktiven Hochschulplanung. Die Ausbaupolitik um
1970 unterstellt noch als Selbstverständlichkeit, daß nicht allein an eine
Fortschreibung von Arbeitsmarkt- und anderen gesellschaftlichen Bedürf-
nissen gedacht sei, sondern ein Potential zur Veränderung von Berufen
und gesellschaftlichen Dienstleistungen geschaffen werden solle. Die Dis-
kussion über "Überlastquoten" und "Untertunnelung" des Studenten"ber-
ges" im Laufe der siebzig Jahre machte jedoch deutlich, daß wachsen-
der Pessimismus über den Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen zur
Selbstverständlichkeit geworden war und daß die starke Konzentration der
Hochschulplanung auf die Versorgung der Sekundarschulabsolventen mit
Studienplätzen sich verselbständigt hatte.
2.3 Funktion der Hochschulen

Die wachsenden Studentenzahlen in den sechziger und siebziger Jahren warfen Probleme finanzieller und organisatorischer Bewältigung in einem so großen Maße auf, daß sich manche Funktionsverschiebungen der Hochschulen, die in einigen anderen Ländern eine Rolle spielten bzw. auch an einigen deutschen Hochschulen aufgenommen wurden, sich insgesamt in den Hochschulen der Bundesrepublik kaum beziehungsweise nur sehr langsam vollzogen:


Der Trend zu einer verstärkten Verknüpfung von Forschungs- und Lehraktivitäten mit unmittelbaren Dienstleistungsfunktionen der Hochschulen, der insbesondere in den USA sehr ausgeprägt ist, vollzieht sich in der Bundesrepublik Deutschland nur sehr langsam. Hochschule als örtliches Gemeinschaftszentrum, Verknüpfung von sozialen Diensten innerhalb und außerhalb der Hochschule, Beratungsaktivitäten für regionale Institutionen - dies sind nur einige Stichworte, die man in diesem Zusammenhang nennen kann.

Möglicherweise liegt es in der Bundesrepublik Deutschland nicht nahe, eine Ausweitung der Funktionen so stark zu betonen wie etwa in den USA; denn dort mögen unternehmerische Initiativen der Hochschulen auch dann ausschlaggebend sein, wenn sich mit der Funktionsausweitung der Hochschulen nicht unbedingt eine Verbesserung traditioneller Aktivitäten der Hochschulen bzw. der gesellschaftlichen Dienstleistung ergibt.

Angesichts des erwarteten Rückgangs junger Studienbewerber ergibt sich jedoch für die Hochschulplanung die Möglichkeit und Notwendigkeit, folgende Fragen aufzunehmen:
- Wo liegen Aufgaben brach, die wissenschaftlicher Qualifikation bedürfen?
- Werden diese Aufgaben besser bewältigt, wenn sie in den institutionellen Zusammenhang der Hochschulen hineingenommen werden?
- Bewältigen die Hochschulen ihre traditionellen Forschungs- und Lehraufgaben besser, wenn sie sich weiteren Aufgaben öffnen?


2.4 Aktive oder reaktive Hochschulplanung?

Als eine reaktive Hochschulplanung wird hier eine Planung verstanden, die die bisherigen Leistungen der Hochschule für ihre Umwelt fortzuschreiben versucht und damit Kriterien der Hochschulplanung aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel so zu gewinnen sucht, daß jeweils entsprechende Veränderungen in der Hochschule eingeleitet werden. Eine aktive Hochschulplanung dagegen versucht, Bedürfnisse in der Umwelt der Hochschulen zu identifizieren, die bisher von den Hochschulen nicht oder nicht in ausreichendem Maße wahrgenommen, aber prinzipiell gedeckt werden könnten, oder Leistungen der Hochschule zu erweitern bzw. neu anzubieten, die über die bisherige Nutzung der Hochschulen hinausgehen.

Ob nun eine aktive Hochschulplanung gewählt wird oder nicht, hängt von einer Reihe unterschiedlicher Faktoren ab: So ist zweifellos das gesellschaftliche "Klima" zu bedenken. Im Augenblick ist generell die Stimmung gegenüber aktiver Politik zurückhaltender als vor einem Jahrzehnt. In jedem Falle ist auch die Frage zentral, welche Wirkungen tatsächlich die Hochschule hat. Vor einem Jahrzehnt wurden von einer Ausweitung der Hochschulen stärkere innovatorische Effekte für die Berufstätigkeit von Absolventen und ebenso von einer Ausweitung der Forschung für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft angenommen, als sich tatsächlich realisierten. Ferner spielt auch eine erhebliche Rolle, welchen politischen Stellenwert andere gesellschaftliche Aufgaben in einer bestimmten Situation haben. Wenn Entwicklungshilfe, Rüstung, Gesundheit und Umweltschutz in der gesellschaftlichen Bewertung einen höheren Rang erhalten, so mag dies zur Folge haben, daß auf aktive Bildungspolitik verzichtet wird.

Auf zwei Perspektiven aktiver Hochschulpolitik sei an dieser Stelle
verwiesen, die oft übersehen werden:


(2) Es gibt regionale Unterschiede in der Rationalität aktiver oder reaktiver Hochschulplanung. Soweit zum Beispiel Hochschulen Leistungen für die Region erbringen und sich die Hochschulplanung nach diesen Leistungen richtet, wird reaktive Hochschulplanung in einer wirtschaftlich strukturschwachen Region dazu beigetragen, diese Strukturschwäche zu unterstützen. Auch mögen die Voraussetzungen in der Region oder auch in den Hochschulen für eine aktive Hochschulplanung höchsten unterschiedlich geeignet sein. Für eine aktive Hochschulplanung etwa, die zu einer stärkeren internationalen wirtschaftlichen Kooperation beitragen soll, haben bisher Hafenstädte gegenüber binnenländischen Städten einen Standortvorteil. Oder eine relativ junge Hochschule mag eher in der Lage sein, sich auf neue Dienstleistungsaufgaben einzustellen, mag aber größere Schwierigkeiten haben, eine bessere Versorgung der Umwelt mit Grundlagenforschung zu sichern.

2.5 Regionaler und überregionaler Bezug der Hochschulplanung

In der Hochschulentwicklungsplanung konkurrieren verschiedene Prinzipien miteinander, in welchem Verhältnis regionale und überregionale Zielsetzungen die Entwicklung der Hochschulen in der Region bestimmen sollen. Uns erscheint eine Dreiteilung dieser Prinzipien brauchbar:
- Prinzip des Strukturausgleichs,
- Prinzip der regionsbezogenen Versorgung,
- Prinzip der Arbeitsteilung zwischen den Hochschulen.

Nach dem Prinzip des Strukturausgleichs soll das regionale Hochschulwesen in Größenordnung und Struktur der durchschnittlichen Struktur des Hochschulwesens in der Bundesrepublik angeglichen werden. Grundannahmen dieses Ansatzes sind, daß die gesellschaftlichen Anforderungen an das Hochschulwesen und die Zielsetzungen der Hochschulplanung im Rahmen einer Nation relativ einheitlich sind, zugleich die einzelnen Hochschulen ihre regionale Umgebung unmittelbar versorgen. Das regionale Hochschulangebot hat also das nationale widerzuspiegeln, um die Region adäquat mit den Leistungen, die die Hochschule der Gesellschaft bietet, zu versorgen.

Das Prinzip der regionsbezogenen Versorgung stellt Besonderheiten regionaler Bedürfnisse in den Vordergrund. Ebenso wie beim
Prinzip des Strukturausgleichs wird angenommen, daß die Hochschulen ihre Region versorgen (sollen), aber im Gegensatz zum ersten Prinzip richtet sich die Aufmerksamkeit auf die Unterschiede in Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Sozialstruktur usw. zwischen den Regionen bzw. auf die Besonderheiten der Region, die von den Hochschulen spezifisch zu berücksichtigen sind.


**Prinzipien regionaler Hochschulentwicklungsplanung**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Bedürfnisse bzw. Versorgung der Gesellschaft</th>
<th>regionspezifisch</th>
<th>überregional einheitlich bzw. auf das ganze Land bezogen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Struktur der Hochschulen</td>
<td>Prinzip der regionsbezogenen Versorgung</td>
<td>Prinzip der Arbeitsteilung zwischen den Hochschulen</td>
</tr>
<tr>
<td>unterschiedlich zwischen Regionen</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>weitgehend gleich in allen Regionen</td>
<td></td>
<td>Prinzip des Strukturausgleiches</td>
</tr>
</tbody>
</table>

21

Das bedeutet aber nicht, daß sich Hochschulplanung ohne Mühe auf eine sinnvolle Mischung dieser Prinzipien einpendelt. Auf der einen Seite kann die Gefahr bestehen, daß jeweils Entscheidungen innerhalb einzelner Regionen über die Anwendung der Prinzipien dazu führen, daß es in manchen Fällen zur Unterversorgung, in anderen unnötige Verdoppelungen entstehen; eine überregionale Abstimmung über die Anwendung dieser Prinzipien erscheint daher sinnvoll. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, daß bei einer überregionalen Abstimmung die Belange der Region zu kurz kommen. Letzteres ist im Augenblick sehr wahrscheinlich bei Nachzugsregionen der Hochschulentwicklung unter den Bedingungen einer schrumpfenden Manövriermasse des Hochschulausbaus in der Bundesrepublik Deutschland; dieses Problem wird noch dadurch verstärkt, daß die Leistungen der Hochschule immer stärker regionsbezogen werden: zum Teil als Folge sinkender regionaler Mobilität der Studienplatzzuschüre und wahrscheinlich auch der Erstbeschäftigungszuschüre, zum Teil als Folge der erwarteten regionsbezogenen Funktionserweiterungen der Hochschulen, wie etwa der Weiterbildung an Hochschulen.

Daher erscheint es bei Studien zur Hochschulplanung in einer Region notwendig, jeweils von Fall zu Fall zu prüfen, welche Konsequenzen die Zugrundelegung eines der Prinzipien regional und überregional hat.

2.6 Regionale Einkommenseffekte des Hochschulausbaus

In den letzten Jahren hat sich in Diskussionen über Planungsentscheidungen die Neigung verstärkt, die jeweiligen mittelbaren Effekte von größeren Ausbauentscheidungen für die Wirtschaft der Region hervorzuheben. Im Falle des Hochschulausbaus werden etwa die Belebung der regionalen Bauwirtschaft und die Konseffekte des Zuzugs von Hochschulpersonal und Studenten in diesem Kontext genannt. Bei der Quantifizierung der Effekte treten nicht unerhebliche methodische Schwierigkeiten auf: trifft die Hoch-
schulbaumachfrage auf ausgelastete Kapazitäten der Bauwirtschaft, sind eher Preissteigerungs- als Beschäftigungseffekte zu erwarten; Beschäftigungswirkungen im Einzelhandel aufgrund erhöhter Konsumausgaben durch zuziehendes Personal und Studenten sind nicht zu erwarten, wenn die Streuung sehr groß und damit die zusätzliche Nachfrage aus der Sicht des einzelnen Anbieters nur marginal ist.

Demnach sind solche Studien zweifellos zum Beleg geeignet, daß die Investition in den Hochschulausbau für eine Region auch kurzfristig nicht so hohe Kosten verursacht, wie Ausgabenbilanzen allein suggerieren könnten. Hinweise auf die Größenordnungen von Beschäftigungseffekten, die sich aus Studien über andere Hochschulen ableiten lassen, geben wir im Kapitel "Hochschulplanung als Beitrag zu aktiver Wirtschaftspolitik" wieder. Aus vier Gründen wird jedoch in dieser Studie darauf verzichtet, einen solchen Ansatz im Detail zu verfolgen:

- Solche regionalökonomischen Studien tendieren zu einer unseriösen Überreibung der kurzfristigen ökonomischen Effekte, um die Investitionsentscheidung für einen Bereich zu erleichtern.
- Im Falle des kleinen Staatstaates muß damit gerechnet werden, daß ein ganz erheblicher Anteil der Konsumsteigerungen in der Region dem Lande Niedersachsen zugute kommt. Konsumeffekte würden daher für eine überregionale Finanzierung sprechen.
- Ein Ausbau der Universität Bremen kann nicht in erster Linie dadurch erreicht werden, daß das Land sich in Abwägung der wirtschaftlichen Vorteile und Nachteile - unter anderem des Angebots der anteiligen Bundesmittel für den Hochschulausbau - für die Erweiterung entscheidet und die übrigen Landesanteile übernimmt, sondern ist davon abhängig, daß das Land überregionale bildungspolitische Unterstützung für den Ausbau und die Beteiligung an den Betriebskosten gewinnt.
3. Nachfrage nach hochschulischer Erstausbildung

3.1 Die Entwicklung der realisierten Nachfrage nach Studienplätzen in Bremen und den übrigen norddeutschen Ländern (Universitäten und Fachhochschulen)

Die realisierte Nachfrage nach Studienplätzen von Studienanfängern in allen bremischen Hochschulen steigt - wie die Tabellen 1 - 3 zeigen - vom Wintersemester 1975/76 bis zum Wintersemester 1977/78 (die neuesten aufbereiteten Ergebnisse, die vorlagen) absolut und relativ zur Gesamtheit der Studienanfänger im Bundesgebiet an. Während sich der Anteil der Studienanfänger aus Bremen an denen des Bundes mit jeweils 1,3% im Wintersemester 1975/76 und im Wintersemester 1977/78 nicht erhöhte, stieg der Anteil der Studienanfänger in Bremen von 1,1% auf 1,6% an.


Diese Daten lassen den Schluß zu, daß der Bremer Hochschulraum auf dem Wege ist, sich bei den Studienbewerbern als Zielregion zu etablieren. Fragwürdig wird damit auch die zuweilen vertretene These, der Bremer Hochschulraum werde wegen der Reformansätze der Bremer Universität gemieden.

Umgekehrt geben die Daten jedoch keinen Anlaß zur Vermutung, daß damit nun im Bremer Raum der potentielle Zugang von Bewerbern soweit ausgeschöpft sei, daß sich eine Erweiterung des Studienangebots erübrige. Drei Befunde sind in diesem Kontext zu nennen:

Tabelle 1: Studienanfänger WS 75/76 nach Land des Studienortes und Land des ständigen Wohnsitzes

<table>
<thead>
<tr>
<th>Land des Studienortes</th>
<th>insgesamt</th>
<th>Land des ständigen Wohnsitzes</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>HB</td>
</tr>
<tr>
<td>HB</td>
<td></td>
<td>1,1%</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>1.349</td>
</tr>
<tr>
<td>NS</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>10.400</td>
</tr>
<tr>
<td>HB+NS</td>
<td></td>
<td>9,5%</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>11.749</td>
</tr>
<tr>
<td>HH</td>
<td></td>
<td>3,1%</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>3.869</td>
</tr>
<tr>
<td>SH</td>
<td></td>
<td>3,007</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>HB+NS+HH+SH</td>
<td></td>
<td>15,1%</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>18.625</td>
</tr>
<tr>
<td>Bundesgebiet</td>
<td></td>
<td>100,0%</td>
</tr>
</tbody>
</table>

(Prozentverteilung nach Land des Studienortes)

Quelle: BiZ 1977, S. 128; eigene Berechnungen
Tabelle 2: Studienanfänger WS 1976/77 nach Land des Studienortes und Land des ständigen Wohnsitzes

<table>
<thead>
<tr>
<th>Land des Studienortes</th>
<th>insgesamt</th>
<th>Land des ständigen Wohnsitzes</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>HB</td>
</tr>
<tr>
<td>HB</td>
<td>1,4%</td>
<td>49,2%</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>1.803</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>NS</td>
<td>10.785</td>
<td>281</td>
</tr>
<tr>
<td>HB+NS</td>
<td>9.6%</td>
<td>65,7%</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>12.588</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>HH</td>
<td>3,1%</td>
<td>103</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>4.044</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>SH</td>
<td>2.753</td>
<td>102</td>
</tr>
<tr>
<td>HB+NS+HH+SH</td>
<td>14,6%</td>
<td>77,7%</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>19.385</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Bundesgebiet</td>
<td>100,0%</td>
<td>100,0%</td>
</tr>
</tbody>
</table>

(Prozentverteilung nach dem Land des Studienortes)

Quelle: BiZ 1978, S. 89; eigene Berechnungen
<table>
<thead>
<tr>
<th>Land des</th>
<th>Studienanfänger WS 77/78 nach Land des Studienortes und Land des ständigen Wohnsitzes</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>Land des ständigen Wohnsitzes</td>
</tr>
<tr>
<td>insgesamt</td>
<td>Land des ständigen Wohnsitzes</td>
</tr>
<tr>
<td>HB</td>
<td>10.696</td>
</tr>
<tr>
<td>NS</td>
<td>251</td>
</tr>
<tr>
<td>HB+NS</td>
<td>4.353</td>
</tr>
<tr>
<td>HH</td>
<td>2.644</td>
</tr>
<tr>
<td>HH+SH</td>
<td>19.741</td>
</tr>
</tbody>
</table>

(Prozentverteilung nach Land des Studienortes)

Quelle: BIZ 1979, S. 88; eigene Berechnungen

- Das Fehlen ganzer Fachrichtungsgruppen (Medizin, Kunst, Musik, Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften) im universitären Bereich Bremens, die bundesweit 14% der Studienplätze ausmachen und überwiegend einen Nachfrageüberschuß (n. c.) aufweisen, bedeutet nicht nur, daß entsprechende Nachfrager abwandern müssen, sondern auch, daß ein Teil der Bewerber für diese Fachrichtungen aufgrund seiner regionalen Immobilität in bedarfsproblematische Fächer drängt.

3.2 Die bundesweite Entwicklung der Nachfrage nach Studienplätzen an Universitäten

Projektionen über die Zahl der Studienanfänger berücksichtigen in erster Linie folgende Daten:

- Die Jahrgangsstärken der Bevölkerung im typischen Hochschul- eintrittsalter; die demographischen Daten zeigen, daß die Größe dieser Bevölkerungsgruppe bis 1984/85 steigen und danach rapide fallen wird.

- Der Anteil der Jugendlichen, die eine Studienberechtigung erwerben: Hier wird infolge der Ausbildungsentscheidungen im Sekundarschulwesen weiterhin mit einem gewissen Anstieg derjenigen gerechnet, die eine Hochschulreife bzw. Fachhochschulreife erwerben.⁴


Insgesamt stimmen Expertenurteile darin überein, daß für die achtziger Jahre das demographische Maximum als der wirksamste Einflußfaktor auf die Entwicklung der Studienanfängerzahlen eingeschätzt wird; in Prognosen wird in der Regel geschätzt, daß die Zahl der Studienanfänger steigt, bis die "studienanfänger-typischen Altersjahrgänge" (die Kultusministerkonferenz legt den Durchschnitt der 19-21jährigen zugrunde) den Höhepunkt des demographischen "Berges" überschritten haben. Blieben die Studienanfängerquoten konstant, so wäre infolge der demographischen Entwicklung für 1995 eine absolute Studienanfängerzahl zu erwarten, die ein Drittel unter dem Höchstwert von 1985 läge (vgl. Tabelle 4).

Auch in der Schätzung, wie sich die Zahl der Studienberechtigten ent-
<table>
<thead>
<tr>
<th>Jahr</th>
<th>Deutsche Wohnbevölkerung im Durchschnitt</th>
<th>Studienanfänger (^2)</th>
<th>Erwartungswerte an 1980 = konstant</th>
<th>Studienanfänger 1970 = konstant</th>
<th>1975 = konstant</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>Alter von 19 bis 21 J. (^3)</td>
<td>Anzahl 1960 = 100</td>
<td>Anzahl</td>
<td>Anzahl</td>
<td>Anzahl</td>
</tr>
<tr>
<td>1960</td>
<td>994</td>
<td>57,9</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>1965</td>
<td>691</td>
<td>59,5</td>
<td>102,8</td>
<td>8,6</td>
<td>40,1</td>
</tr>
<tr>
<td>1970</td>
<td>836</td>
<td>90,4</td>
<td>158,1</td>
<td>10,8</td>
<td>48,5</td>
</tr>
<tr>
<td>1971 (^4)</td>
<td>817</td>
<td>102,2</td>
<td>176,5</td>
<td>12,5</td>
<td>47,4</td>
</tr>
<tr>
<td>1972 (^4)</td>
<td>823</td>
<td>109,6</td>
<td>189,3</td>
<td>13,3</td>
<td>47,7</td>
</tr>
<tr>
<td>1973</td>
<td>770</td>
<td>114,3</td>
<td>197,4</td>
<td>14,8</td>
<td>44,7</td>
</tr>
<tr>
<td>1974</td>
<td>782</td>
<td>117,4</td>
<td>202,8</td>
<td>15,0</td>
<td>45,4</td>
</tr>
<tr>
<td>1975</td>
<td>797</td>
<td>114,0</td>
<td>196,9</td>
<td>14,3</td>
<td>46,2</td>
</tr>
<tr>
<td>1976</td>
<td>828</td>
<td>111,9</td>
<td>193,3</td>
<td>13,5</td>
<td>48,0</td>
</tr>
<tr>
<td>1977</td>
<td>850</td>
<td>110,8</td>
<td>191,4</td>
<td>13,0</td>
<td>49,3</td>
</tr>
<tr>
<td>1978</td>
<td>877</td>
<td>119,2</td>
<td>205,9</td>
<td>13,6</td>
<td>50,9</td>
</tr>
<tr>
<td>1979</td>
<td>908</td>
<td>102,3</td>
<td>176,7</td>
<td>11,3</td>
<td>52,7</td>
</tr>
<tr>
<td>1980</td>
<td>934</td>
<td>108,3</td>
<td>187,0</td>
<td>11,6</td>
<td>54,2</td>
</tr>
<tr>
<td>1985</td>
<td>955</td>
<td>140,9</td>
<td>243,4</td>
<td>14,6</td>
<td>56,0</td>
</tr>
<tr>
<td>1990</td>
<td>968</td>
<td>128,4</td>
<td>221,8</td>
<td>18,4</td>
<td>40,4</td>
</tr>
<tr>
<td>1995</td>
<td>505</td>
<td>95,9</td>
<td>185,6</td>
<td>19,0</td>
<td>29,3</td>
</tr>
</tbody>
</table>

1 Universitäten, Pädagogische, Kunst-, Musik-, Sporthochschulen, Gesamthochschulen
2 Jeweils Sommer- und folgendes Wintersemester
3 Jeweils Jahresende
4 Jeweils Jahresdurchschnitt


Größere Divergenzen ergeben sich dagegen in den Prognosen über die Studierneigung und den Zeitpunkt der Studienaufnahme von Studienberechtigten: Der Rückgang der Studierwünsche nach den Angaben in der regelmäßigen Abiturientenerhebung und das Zurückbleiben der Erstsemesterzahlen gegenüber früheren Prognosen - beide Phänomene wurden im Laufe der siebziger Jahre beobachtet - hat hier zu unterschiedlichen Einschätzungen geführt:


30
3.3 Prognosen der Wohnbevölkerungs- und Studienplatzangebotsentwicklung in Bremen und Norddeutschland

In dieser Studie ist nicht beabsichtigt, eigenständige Prognosen über die Studienplatznachfrage zu entwickeln, denn den Autoren stehen keine Informationen zur Verfügung, die es erlauben würden, die Unsicherheit in der Einschätzung von Studierwilligkeitsquoten zu verringern, die gegenwärtig unter Experten herrscht. Deshalb soll hier lediglich aufgezeigt werden, in welchem Maße Daten über Wohnbevölkerung, Sekundarschulbesuch und Studienplatzangebot im Lande Bremen bzw. in Norddeutschland vom Bundesdurchschnitt abweichen.


Die Daten beziehen sich jeweils auf Bremen und die nähere und weitere Region, da diese Einzugsregionen ein realistischeres Bild geben als die Daten des Stadtstaates allein, bei denen ein Trend zur verstärkten Siedlung in Vororten berücksichtigt ist.


In Tabelle 8 wird aufgezeigt, wie sich damit der Anteil der 20-24-jährigen Einwohner von Norddeutschland an allen Gleichaltrigen in der Bundesrepublik ändert. Der Anteil der 20-24jährigen Bremer und Niedersachsen an allen Einwohnern dieser Altersgruppe steigt voraussichtlich von 12,5% im Jahr 1976 auf 14,3% im Jahre 1995, der Anteil der Norddeutschen (aus allen vier Bundesländern) steigt im gleichen Zeitraum von 19,0% auf 21,0%.
Tabellen 5/6: Prognose der Wohnbevölkerung in Norddeutschland

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>BRD</td>
<td>61.442</td>
<td>59.060</td>
<td>58.143</td>
<td>57.295</td>
</tr>
<tr>
<td>SH</td>
<td>2.583</td>
<td>2.554</td>
<td>2.559</td>
<td>2.573</td>
</tr>
<tr>
<td>HH</td>
<td>1.699</td>
<td>1.501</td>
<td>1.412</td>
<td>1.330</td>
</tr>
<tr>
<td>NS</td>
<td>7.227</td>
<td>7.052</td>
<td>7.004</td>
<td>6.971</td>
</tr>
<tr>
<td>HB</td>
<td>710</td>
<td>680</td>
<td>671</td>
<td>665</td>
</tr>
<tr>
<td>HB+NS</td>
<td>7.937</td>
<td>7.732</td>
<td>7.675</td>
<td>7.636</td>
</tr>
<tr>
<td>HB+NS+HH+SH</td>
<td>12.219</td>
<td>11.787</td>
<td>11.646</td>
<td>11.539</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Indices (1976 = 100)

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>BRD</td>
<td>100</td>
<td>96.1</td>
<td>94.6</td>
<td>93.2</td>
</tr>
<tr>
<td>SH</td>
<td>100</td>
<td>98.9</td>
<td>99.1</td>
<td>99.6</td>
</tr>
<tr>
<td>HH</td>
<td>100</td>
<td>88.4</td>
<td>83.1</td>
<td>78.3</td>
</tr>
<tr>
<td>NS</td>
<td>100</td>
<td>97.6</td>
<td>96.9</td>
<td>96.5</td>
</tr>
<tr>
<td>HB</td>
<td>100</td>
<td>95.8</td>
<td>94.4</td>
<td>93.5</td>
</tr>
<tr>
<td>HB+NS</td>
<td>100</td>
<td>97.4</td>
<td>96.7</td>
<td>96.2</td>
</tr>
<tr>
<td>HB+NS+HH+SH</td>
<td>100</td>
<td>96.5</td>
<td>95.3</td>
<td>94.4</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: Prognos report 9, S. 4 +, 13 +; eigene Berechnungen
Tabelle 7: Prognose der 20- bis 24-jährigen Wohnbevölkerung in Norddeutschland

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>BRD</td>
<td>4.245</td>
<td>5.043</td>
<td>4.492</td>
<td>2.969</td>
</tr>
<tr>
<td>SH</td>
<td>176</td>
<td>224</td>
<td>216</td>
<td>140</td>
</tr>
<tr>
<td>HH</td>
<td>105</td>
<td>116</td>
<td>99</td>
<td>60</td>
</tr>
<tr>
<td>NS</td>
<td>485</td>
<td>626</td>
<td>583</td>
<td>392</td>
</tr>
<tr>
<td>HB</td>
<td>47</td>
<td>58</td>
<td>52</td>
<td>32</td>
</tr>
<tr>
<td>HB+NS</td>
<td>532</td>
<td>684</td>
<td>635</td>
<td>424</td>
</tr>
<tr>
<td>HB+NS+HH+SH</td>
<td>813</td>
<td>1.024</td>
<td>950</td>
<td>624</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Indices (1976 = 100)

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>BRD</td>
<td>100</td>
<td>118,8</td>
<td>105,8</td>
<td>69,9</td>
</tr>
<tr>
<td>SH</td>
<td>100</td>
<td>132,3</td>
<td>127,6</td>
<td>82,5</td>
</tr>
<tr>
<td>HH</td>
<td>100</td>
<td>111,1</td>
<td>94,9</td>
<td>57,5</td>
</tr>
<tr>
<td>NS</td>
<td>100</td>
<td>129</td>
<td>120,1</td>
<td>80,8</td>
</tr>
<tr>
<td>HB</td>
<td>100</td>
<td>123,7</td>
<td>110,3</td>
<td>67,7</td>
</tr>
<tr>
<td>HB+NS</td>
<td>100</td>
<td>128,6</td>
<td>119,4</td>
<td>79,7</td>
</tr>
<tr>
<td>HB+NS+HH+SH</td>
<td>100</td>
<td>126</td>
<td>116,9</td>
<td>76,8</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: Prognos report 9, S. 4 †, 13 †; eigene Berechnungen
## Tabelle 8: Prognose des Anteils der norddeutschen Länder an der 20- bis 24-jährigen Wohnbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>BRD</td>
<td>100%</td>
<td>100%</td>
<td>100%</td>
<td>100%</td>
<td>100%</td>
<td>100%</td>
<td>100%</td>
<td>100%</td>
</tr>
<tr>
<td>HB+NS</td>
<td>13,0</td>
<td>12,5</td>
<td>13,1</td>
<td>13,5</td>
<td>13,2</td>
<td>14,1</td>
<td>13,4</td>
<td>14,3</td>
</tr>
<tr>
<td>HB+NS+HH+SH</td>
<td>20,0</td>
<td>19,0</td>
<td>19,9</td>
<td>20,2</td>
<td>20,0</td>
<td>21,1</td>
<td>20,2</td>
<td>21,0</td>
</tr>
<tr>
<td>HB</td>
<td>1,2</td>
<td>1,1</td>
<td>1,2</td>
<td>1,1</td>
<td>1,2</td>
<td>1,1</td>
<td>1,2</td>
<td>1,1</td>
</tr>
<tr>
<td>NS</td>
<td>11,8</td>
<td>11,4</td>
<td>11,9</td>
<td>12,4</td>
<td>12,0</td>
<td>13,0</td>
<td>12,2</td>
<td>13,2</td>
</tr>
<tr>
<td>HH</td>
<td>2,8</td>
<td>2,5</td>
<td>2,5</td>
<td>2,3</td>
<td>2,4</td>
<td>2,2</td>
<td>2,3</td>
<td>2,2</td>
</tr>
<tr>
<td>SH</td>
<td>4,2</td>
<td>4,0</td>
<td>4,3</td>
<td>4,4</td>
<td>4,4</td>
<td>4,8</td>
<td>4,5</td>
<td>4,7</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: Prognos report 9, S. 10²; eigene Berechnungen
Zur Berechnung der Versorgung der Region mit Studienplätzen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt werden im folgenden Indexwerte gebildet:

\[
\text{Relativer Versorgungsgrad der Region mit Studienplätzen} = \frac{\text{Anteil der Studienplätze nach 1983 in der Region an allen Studienplätzen in der BRD}}{\text{Anteil der 20-24-jährigen in der Region an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung der BRD 1985}}
\]


Die Daten zur Entwicklung des Studienplatzangebots beziehen sich dabei auf die rechnerische Höchstvariante der flächenbezogenen Studienplätze, ermittelt nach der unteren Bandbreite der Flächenricht- und Orientierungs- werte, die nach dem 9. Rahmenplan für 1983 zur Verfügung stehen sollen (vgl. dazu Tabelle 9).

Dieser Indexwert läßt regionale Unterschiede des Sekundarschulbesuchs und der Entwicklung von Studienberechtigungen außer acht. Diese Entscheidung kann man angesichts einer größeren Unsicherheit in der Entwicklung von Studienberechtigungen rechtfertigen; sie wurde hier jedoch vor allem

<p>| Tabelle 9: Studienplätze nach Flächenrichtwerten nach 1983 (Höchstvariante). Anteile ausgewählter Bundesländer (Prozentwerte) |
|---------------------------------------------------------------|-----------------|-----------------|-----------------|</p>
<table>
<thead>
<tr>
<th>Studienplätze insgesamt</th>
<th>Studienplätze an FHS</th>
<th>Studienplätze an wiss. Hochsch.</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>BRD</td>
<td>100</td>
<td>100</td>
</tr>
<tr>
<td>HB+NS</td>
<td>11,6</td>
<td>13,0</td>
</tr>
<tr>
<td>HB+NS+HH+SH</td>
<td>18,2</td>
<td>21,7</td>
</tr>
<tr>
<td>HB</td>
<td>1,3</td>
<td>3,2</td>
</tr>
<tr>
<td>NS</td>
<td>10,3</td>
<td>9,8</td>
</tr>
<tr>
<td>HH</td>
<td>3,9</td>
<td>5,4</td>
</tr>
<tr>
<td>SH</td>
<td>2,8</td>
<td>3,3</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Die Werte für Bremen beinhalten die angemeldeten Vorhaben Produktions- technik und Hochschulausbau Bremerhaven.

Quelle: 9. Rahmenplan; eigene Berechnungen
getroffen, weil die Überlegungen dem Prinzip des Strukturausgleichs folgen. Es wird davon ausgegangen, daß eine Planung des Studienplatzangebots, das regionale Unterschiede des Sekundarschulbesuchs voraussetzt, in der Politik des Strukturausgleichs inkonsistent wäre, denn sie würde Strukturdifferenzen des Sekundarschulbesuchs fortschreiben, also lediglich Zuwächse der Strukturdifferenzen im tertiären Bereich zu verhindern suchen.

Auf der oben skizzierten Berechnungsgrundlage ergeben sich bei Studienplätzen an Wissenschaftlichen Hochschulen für 1985 Versorgungsgrade von

- 0,86 für das Land Bremen (Wohnbevölkerungskonzept)
- 0,73 für das Land Bremen (Wirtschaftsbevölkerungskonzept)
- 0,84 für Bremen und Niedersachsen
- 0,87 für Norddeutschland.

Bei Studienplätzen an Fachhochschulen ergeben sich für 1985 Versorgungsgrade von

- 2,91 für das Land Bremen (Wohnbevölkerungskonzept)
- 2,33 für das Land Bremen (Wirtschaftsbevölkerungskonzept)
- 0,96 für Bremen und Niedersachsen
- 1,07 für Norddeutschland.

Bei Studienplätzen an allen Hochschulen (Wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen) ergeben sich für 1985 Versorgungsgrade von

- 1,18 für das Land Bremen (Wohnbevölkerungskonzept)
- 0,95 für das Land Bremen (Wirtschaftsbevölkerungskonzept)
- 0,86 für Bremen und Niedersachsen
- 0,90 für Norddeutschland.


In jedem Falle kann man feststellen, daß der Versorgungsgrad der norddeutschen Region mit Studienplätzen in absehbarer Zukunft voraussichtlich geringer sein wird als im Bundesdurchschnitt. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß bereits heute der Versorgungsgrad in
Norddeutschland unter dem Durchschnitt liegt, zum Teil aber auf den Tatbestand, daß der verbleibende Hochschulausbau dem voraussichtlichen Anwachsen der Norddeutschen an der 20-24jährigen Wohnbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nicht hinreichend Rechnung trägt. Wenn also eine Hochschulentwicklungs- und -ausbauplanung dem Prinzip des Strukturungleichs folgt und dabei der Bremer Region auch auf universitärem Sektor eine mindestens durchschnittliche Versorgung zubilligt, dann liegt ein Ausbau der Bremer Universität zusätzlich zu den geplanten Vorhaben in den nächsten Jahren nahe.

Eine entsprechend unterdurchschnittliche Versorgung der norddeutschen Region mit Studienplätzen ergäbe sich auch für 1995, wenn man keinen weiteren Ausbau der Studienplätze über die Anmeldungen hinaus erwartet und die Bevölkerungsprognose sich als valide erweist. Erwartet man für 1995 ein erhebliches Überangebot an Studienplätzen in der Bundesrepublik Deutschland, so würde dieses Überangebot im norddeutschen Raum voraussichtlich deutlich geringer sein. Nimmt man jedoch an, daß der noch in den nächsten Jahren stattfindende Hochschulausbau eine sinnvolle Nutzung in den neunziger Jahren finden wird, so hätte der norddeutsche Raum insgesamt bzw. der Bremer Raum im Hinblick auf die Universität eine deutliche Benachteiligung zu erwarten, die eine Korrektur der Rahmenpläne zugunsten dieser Region nahelegen würde.

4. Bedarf an vorberuflicher Hochschulausbildung

4.1 Ansätze und Ergebnisse von Bedarfsprognosen in der Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland ist wahrscheinlich dasjenige westeuropäische Land, in dem die meisten Bedarfsprognosen durchgeführt wurden und in dem Bedarfsprognosen die Diskussion über die quantitative Hochschulplanung am stärksten beeinflußt haben. Im Kontrast zu den viel apostrophierten Bildungstraditionen hat das Hochschulwesen des deutschen Sprachraums in starkem Maße berufsbildenden Charakter: Mediziner werden fast immer Ärzte, Chemiker fast immer Forscher und fast alle Philologie- und Pädagogik-Studenten gehen auf die Tätigkeit als Lehrer zu; ähnliches trifft, wenn auch nicht mit gleicher Strenge, für ingenieur- und wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung zu. Auch haben die Interpretationen des Bundesverfassungsgerichts über das Recht der freien Bildungs- und Berufswahl nicht davon abgehalten, daß Vorstellungen über den Bedarf an Hochschulabsolventen eine erhebliche Rolle für hochschulplanerische Überlegungen spielten.

Viele Bedarfsstudien beruhen auf dem Arbeitskräftebedarfsansatz (manpower requirement approach). Bei diesem Ansatz wird außer der prognostizierten oder geplanten Höhe des Sozialprodukts über (1) eine Vorausschätzung der Produktionsstruktur und (2) der sektoralen Produk-
tivitätsentwicklung der Arbeitskräftebedarf nach Sektoren abgeleitet und über (3) eine Prognose der Änderung der Berufsklassenstruktur anschließend (4) der Bedarf an Arbeitskräften nach Ausbildungsgraden und (5) nach Fachrichtungen für einzelne Berufe und Sektoren bestimmt. Für einige Fachrichtungen wird der Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften alternativ über Dichteziffern ermittelt - so z.B. der Bedarf an Ärzten und Lehrern.

Der Arbeitskräftebedarfsansatz ist vielfach kritisiert worden. Als Schwächen wurden unter anderem deutlich,
- daß für die Vergangenheit eine angemessene Qualifizierung der Arbeitskräfte unterstellt wird;
- daß eine unrealistisch enge Kovariation von wirtschaftlicher Entwicklung und Qualifikationsbedarf unterstellt wird;
- daß eine Genauigkeit der Prognose suggeriert wird, die angesichts unsicherer Entwicklung unverantwortlich ist;
- daß Konsequenzen unterschiedlicher wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Grundentscheidungen nicht hinreichend berücksichtigt werden;
- daß die Substitutionsmöglichkeiten von Qualifikationen in dem limitationalen Modell ebenso unberücksichtigt bleiben wie unterschiedliche Ausgleichsmechanismen auf dem Arbeitsmarkt (z.B. über den Lohn).

Einige neue Bedarfsprognosen haben versucht, diese Schwächen des Arbeitskräftebedarfsansatzes durch einige methodische Erweiterungen zu überwinden, unter anderem
- durch Befragungen in beschäftigenden Organisationen über angemessene Verwertung von Qualifikationen bzw. über Bedarfsvorstellungen in Betrieben,
- durch Schätzungen, die unterschiedliche wirtschafts- und gesellschaftspolitische Modelle einbeziehen,
- durch eine "Korridorisierung" der Prognose mit Hilfe von Schätzungen über Substitutionsmöglichkeiten.


Prognosen, die streng dem Arbeitskräftebedarfsansatz folgen, sind in der Regel zu dem Schluß gekommen, daß die Zahl der Hochschulabsolventen in den siebziger und in den achtziger Jahren schneller steige als der Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften. Dies galt etwa für die Bedarfs-

Sowohl die Ergebnisse dieser Globalprognosen als auch die Summe der Prognosen zu einzelnen Fächern werden sehr unterschiedlich interpretiert.

Man kann etwa folgende Argumentationen unterscheiden:
- In restriktiven Argumentationen werden gewöhnlich die unteren Werte der Bedarfsschätzungen als der tatsächliche Bedarf, darüber hinausgehende Werte dagegen als der Luxus angesehen, bei dem zu prüfen sei, ob man ihn sich leisten könne.
- In den sich selbst als "realistisch" verstehenden Argumentationen werden unterschiedliche Zielperspektiven und Entwicklungswahrscheinlichkeiten abgewogen; in Anlehnung an mittlere Werte der verschiedenen Prognosen wird angenommen, daß eher eine Über- als eine Unterversorgung mit Hochschulabsolventen zu erwarten sei.
- In Argumentationen, die die Arbeitsmarktregulation - also z. B. Übergangsschwierigkeiten, Lohnveränderungen, Absorptionsstendenzen - in den Mittelpunkt stellen, wird eine gewisse Zunahme von Abstimmungsproblemen, jedoch keine massive Erschwerung erwartet. Sie kommen zu relativ ähnlichen Einschätzungen wie die zuvor genannte Position.
- Bei einer weiteren Gruppe von Argumentationen wird auf die Unsicherheit der Schätzungen und die Bandbreite der Aussagen verwiesen; danach seien die Ergebnisse von Prognosen für die quantitative Hochschulplanung praktisch fast völlig unbrauchbar.
- Schließlich gibt es Vorschläge für eine aktive Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die auf eine Fülle von brachliegenden Aufgaben - etwa des Umweltschutzes, des Gesundheitswesens, der Entwicklungshilfe, von Kultur und Freizeit, der Humanisierung von Arbeitsbedingungen u. a. m. - verweisen; die Nachfrage nach Hochschulabsolventen würde erheblich steigen, wenn solche Vorschläge verwirklicht werden.

Darüber hinaus wird in manchen Interpretationen hervorgehoben, daß es sehr von der inhaltlichen Entwicklung der Hochschulausbildung abhänge,
wie sich der Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen entwickeln werde. Die Gefahr eines Überangebots an Hochschulabsolventen ist nach unterschiedlichen Argumentationen geringer, wenn das Studium stärker praxis-orientiert, flexibler und in vielen Fällen kürzer gestaltet würde sowie in der Entwicklung neuer Fächer und Mischqualifikationen stärker auf zukünftige Qualifikationsanforderungen zugeschnitten wäre.


4.2 Besonderheiten der Wirtschafts- und Qualifikationsentwicklung in Norddeutschland

Da die Interpretationen von Bedarfsprognosen sehr divergieren, sich dabei jedoch weitgehend auf dieselbe Informationsbasis beziehen, kann diese Studie schwerlich durch Unterstützung der einen oder anderen Interpretation neue Erkenntnisse gewinnen. Hier wird deshalb lediglich untersucht, ob es Informationen gibt, die eine abweichende Prognose des Bedarfs an Hochschulabsolventen in Bremen und Umgebung bzw. in Norddeutschland insgesamt gegenüber der durchschnittlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland nahelegen.

In Tabelle 10 wird die prognostizierte Entwicklung der Wertschöpfung dargestellt. Danach steigt das Bruttoinlandsprodukt in Bremen von 1976
### Tabelle 10: Prognose zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Norddeutschland

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>BRD</td>
<td>nur U</td>
<td>67.300</td>
<td>85.280</td>
<td>95.260</td>
<td>105.500</td>
<td>100</td>
<td>126.7</td>
<td>141.5</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>insg.</td>
<td>78.780</td>
<td>100.400</td>
<td>112.800</td>
<td>125.870</td>
<td>100</td>
<td>127.4</td>
<td>143.2</td>
</tr>
<tr>
<td>SH</td>
<td>nur U</td>
<td>2.185</td>
<td>2.756</td>
<td>3.066</td>
<td>3.386</td>
<td>100</td>
<td>126.1</td>
<td>140.3</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>insg.</td>
<td>2.714</td>
<td>3.383</td>
<td>3.756</td>
<td>4.148</td>
<td>100</td>
<td>124.7</td>
<td>138.4</td>
</tr>
<tr>
<td>HH</td>
<td>nur U</td>
<td>2.859</td>
<td>3.300</td>
<td>3.547</td>
<td>3.790</td>
<td>100</td>
<td>115.4</td>
<td>124.1</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>insg.</td>
<td>3.455</td>
<td>4.079</td>
<td>4.450</td>
<td>4.842</td>
<td>100</td>
<td>118.1</td>
<td>128.8</td>
</tr>
<tr>
<td>NS</td>
<td>nur U</td>
<td>6.621</td>
<td>8.250</td>
<td>9.142</td>
<td>10.077</td>
<td>100</td>
<td>124.6</td>
<td>138.1</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>insg.</td>
<td>7.970</td>
<td>9.985</td>
<td>11.137</td>
<td>12.375</td>
<td>100</td>
<td>125.3</td>
<td>139.7</td>
</tr>
<tr>
<td>HB</td>
<td>nur U</td>
<td>1.007</td>
<td>1.199</td>
<td>1.312</td>
<td>1.430</td>
<td>100</td>
<td>119.1</td>
<td>130.2</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>insg.</td>
<td>1.237</td>
<td>1.501</td>
<td>1.661</td>
<td>1.829</td>
<td>100</td>
<td>121.3</td>
<td>134.2</td>
</tr>
<tr>
<td>HB+NS</td>
<td>nur U</td>
<td>7.628</td>
<td>9.449</td>
<td>10.454</td>
<td>11.507</td>
<td>100</td>
<td>123.9</td>
<td>137.0</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>insg.</td>
<td>9.207</td>
<td>11.486</td>
<td>12.798</td>
<td>14.204</td>
<td>100</td>
<td>124.8</td>
<td>139.0</td>
</tr>
<tr>
<td>HB+NS+HH</td>
<td>nur U</td>
<td>12.672</td>
<td>15.505</td>
<td>17.067</td>
<td>18.683</td>
<td>100</td>
<td>122.4</td>
<td>134.7</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>insg.</td>
<td>15.376</td>
<td>18.948</td>
<td>21.004</td>
<td>23.194</td>
<td>100</td>
<td>123.2</td>
<td>136.6</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: Prognos report 9, S. 88, 174, 175, 180, 181, 186, 187, 192, 193; eigene Berechnungen
bis 1995 weniger als in der Bundesrepublik insgesamt. Der prognostizier-
te Anstieg beträgt für Bremen 47,9%, für Bremen und Niedersachsen 54,3%,
für Norddeutschland insgesamt 50,8%, für die Bundesrepublik Deutschland
insgesamt jedoch 59,8%. Ähnliche Differenzen ergeben sich, wenn man nur
den Unternehmenssektor berücksichtigt: Hier betragen die regionalen
Werte 42,0%, 50,9% bzw. 47,4%, der Bundesdurchschnitt jedoch 56,8%.
Tabelle 11 macht deutlich, daß damit der norddeutsche Anteil am Brutto-
landsprodukt der Bundesrepublik Deutschland sinkt, und zwar im Falle Brem-
mens um 0,1%, im Falle von Bremen und Niedersachsen um 0,4% und bei
den norddeutschen Ländern insgesamt um 1,1%. Diese Werte gelten sowohl
für das Bruttoinlandsprodukt insgesamt als auch für den Unternehmenssektor
allein.

Nach dem Arbeitskräftebedarfsansatz ist es für die Einschätzung des
Bedarfs an Hochschulabsolventen von entscheidender Bedeutung, wie sich
mit dem Wirtschaftswachstum die Anteile der Erwerbstätigen zwischen den
verschiedenen Wirtschaftsbereichen verändern; denn ein großer Anteil des
wachsenden Bedarfs an Hochschulabsolventen wird der Tatsache zugeschrie-
ben, daß gerade die Wirtschaftsbereiche wachsen, die hohe Akademikerquo-
ten haben. Auf diese Weise kann eine wirtschaftsstrukturbedingte Zunahme
des Bedarfs an hochqualifizierten Arbeitskräften auch für den Fall angenom-
men werden, daß innerhalb eines Wirtschaftsbereichs die Quote der hochqua-
 lifizierten Arbeitskräfte gleich bleibt.

Tabelle 11: Prognose des Anteils norddeutscher Bundesländer am Brutto-
landsprodukt der Bundesrepublik Deutschland

<table>
<thead>
<tr>
<th>Strukturvergleich BIP (BRD = 100)</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Nur Unternehmen</td>
</tr>
<tr>
<td>BRD</td>
</tr>
<tr>
<td>SH</td>
</tr>
<tr>
<td>HH</td>
</tr>
<tr>
<td>NS</td>
</tr>
<tr>
<td>HB</td>
</tr>
<tr>
<td>HB+NS</td>
</tr>
<tr>
<td>HB+NS+HH</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: Prognos report 9, S. 88, 174, 175, 180, 181, 186, 187, 192, 193; eigene Berechnungen

Nach den Census-Daten von 1970 betrug der Anteil der Fachschul- und
Hochschulabsolventen - also einer größeren Gruppe als der Hochschulab-
solventen allein - an allen Erwerbstätigen 14,3%.

Dabei betrugen die ent-
sprechenden Anteile im verarbeitenden Gewerbe 9,2%, im Handel 10,5%


Zweifellos sind die genannten Daten unzureichend zur Prognose des Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften; Veränderungen der Anforderungen innerhalb der Wirtschaftsbereiche müssen zusätzlich geschätzt werden. Die Zahlen erlauben jedoch den Schluß, daß auf der Basis von Wirtschafts- und Erwerbstätigenprognosen eine Entwicklung des Bedarfs an Hochschulabsolventen in Bremen zu erwarten ist, die dem Bundesdurchschnitt entspricht.

4.3 Zum Lehrerbedarf

Für die nächsten Jahre wird ein großes Überangebot an Lehrern erwartet. Wichtigste Faktoren, die diese Annahmen stützen, sind:
- eine aufgrund der nach 1964 zurückgegangenen Geburtenzahlen sichtbare Verringerung der Zahl der Kinder und Jugendlichen im Schulalter;
- ein sehr geringer Ersatzbedarf an Lehrern, weil während der Bildungs-expansion der vorangegangenen Jahre sehr viele junge Lehrer eingestellt worden waren.

Diskutiert werden unterschiedliche kompensierende Effekte, darunter insbesondere:
- eine Verlängerung des Schulbesuchs: hier wird ein nur sehr geringer Zuwachs prognostiziert;
- eine Verkleinerung der Schulklassen (allgemein bzw. für besondere Schülergruppen bzw. Schultypen);

Unbestritten ist, daß einige dieser kompensierenden Effekte eine Qualitätsverbesserung des Schulunterrichts erwarten lassen und die Ausbildungskosten je Schüler erhöhen. Damit stehen gesellschaftliche Wertschätzungen des Schulunterrichts und gesellschaftspolitische Prioritäten insgesamt zur Diskussion.
Tabelle 12: Prognose der Entwicklung der Erwerbstätigen in den vier größten Wirtschaftsbereichen (in 100)

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>HB</td>
<td>100%</td>
<td>3,600</td>
<td>31,7%</td>
<td>15,6%</td>
<td>14,7%</td>
<td>14,2%</td>
<td>76,2%</td>
</tr>
<tr>
<td>1976</td>
<td></td>
<td>1.140</td>
<td>560</td>
<td></td>
<td>530</td>
<td>510</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>100%</td>
<td>3,332</td>
<td>32,3%</td>
<td>19,4%</td>
<td>12,3%</td>
<td>13,6%</td>
<td>77,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>1995</td>
<td></td>
<td>1.076</td>
<td>648</td>
<td></td>
<td>410</td>
<td>433</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>NS</td>
<td>100%</td>
<td>27,910</td>
<td>31,0%</td>
<td>15,8%</td>
<td>12,9%</td>
<td>9,0%</td>
<td>68,7%</td>
</tr>
<tr>
<td>1976</td>
<td></td>
<td>8,650</td>
<td>4,420</td>
<td></td>
<td>3,610</td>
<td>2,500</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>100%</td>
<td>25,527</td>
<td>31,7%</td>
<td>21,4%</td>
<td>11,3%</td>
<td>9,4%</td>
<td>73,8%</td>
</tr>
<tr>
<td>1995</td>
<td></td>
<td>8,080</td>
<td>5,464</td>
<td></td>
<td>2,897</td>
<td>2,399</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>HH</td>
<td>100%</td>
<td>8,870</td>
<td>23,7%</td>
<td>14,4%</td>
<td>18,3%</td>
<td>14,3%</td>
<td>70,7%</td>
</tr>
<tr>
<td>1976</td>
<td></td>
<td>2,100</td>
<td>1,280</td>
<td></td>
<td>1,620</td>
<td>1,270</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>100%</td>
<td>7,809</td>
<td>21,7%</td>
<td>16,1%</td>
<td>15,9%</td>
<td>16,4%</td>
<td>70,1%</td>
</tr>
<tr>
<td>1995</td>
<td></td>
<td>1,692</td>
<td>1,255</td>
<td></td>
<td>1,240</td>
<td>1,278</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>SH</td>
<td>100%</td>
<td>9,320</td>
<td>25,9%</td>
<td>19,4%</td>
<td>12,7%</td>
<td>10,3%</td>
<td>68,3%</td>
</tr>
<tr>
<td>1976</td>
<td></td>
<td>1,410</td>
<td>1,810</td>
<td></td>
<td>1,180</td>
<td>960</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>100%</td>
<td>8,671</td>
<td>27,2%</td>
<td>23,6%</td>
<td>10,9%</td>
<td>12,0%</td>
<td>73,7%</td>
</tr>
<tr>
<td>1995</td>
<td></td>
<td>2,363</td>
<td>2,044</td>
<td></td>
<td>949</td>
<td>1,040</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>BRD</td>
<td>100%</td>
<td>250,330</td>
<td>36,3%</td>
<td>14,2%</td>
<td>12,6%</td>
<td>9,7%</td>
<td>72,8%</td>
</tr>
<tr>
<td>1976</td>
<td></td>
<td>90,910</td>
<td>35,600</td>
<td></td>
<td>31,610</td>
<td>24,290</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>100%</td>
<td>232,250</td>
<td>36,1%</td>
<td>17,8%</td>
<td>11,2%</td>
<td>11,4%</td>
<td>76,5%</td>
</tr>
<tr>
<td>1995</td>
<td></td>
<td>83,850</td>
<td>41,300</td>
<td></td>
<td>25,980</td>
<td>26,390</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: Prognos report 9, S. 96<sup>+</sup>, 178<sup>+</sup>, 184<sup>+</sup>, 190<sup>+</sup>, 196<sup>+</sup>

Die Fragen des Lehrerbedarfs bereiten für die Planung der Universität Bremen erhebliche Schwierigkeiten:


- Auf der anderen Seite beträgt die jährliche Absolventenzahl des lehrerbildenden Studiums der Universität Bremen 540. Diese hohe Ausbildungskapazität beruht allerdings teilweise auf Überlastmaßnahmen.


Die inzwischen bis zum Frühjahr 1981 vorgesehenen Klärungen stehen vor dem Problem, daß auf der einen Seite selbst bei stärkeren Senkungen der Schüler-Lehrer-Relationen, als sie der Senator für Schulwesen vorschlägt, die Einstellungen auch nicht annähernd mit den voraussichtlichen Absolventenzahlen Schritt halten werden. Auf der anderen Seite würde eine rigorose Kapazitätsbegrenzung die Vielfalt des Lehrangebots und damit die Qualität der Lehrerbildung aufheben. Lösungen bieten sich im Prinzip in drei Richtungen an:

- ein höherer "Export" von Absolventen der Lehrerbildung in andere Bundesländer,
- eine anderweitige Nutzung des Lehrpersonals,
- eine Doppelqualifizierung der Studenten.


Offenkundig ist, daß alle drei Richtungen der vorgeschlagenen Lösungen ihre Risiken und Chancen haben, sich jedoch keineswegs gegenseitig ausschließen. Daher erscheint es angebracht, Vorstöße in alle drei Richtungen zu unternehmen.
5. Funktionsausweitung der Hochschulen

5.1 Gründe für Überlegungen zur Funktionserweiterung


Für die Hochschulplanung liegt es jedoch heute aus mehreren Gründen nahe, über eine Ausweitung der Funktionen der Hochschulen nachzudenken:

Insbesondere für Regionen, in denen sich ein breites Angebot an Studienfächern, Forschungspotentialen und Dienstleistungen für die Region erst im Aufbau befindet, während der Hochschulausbau im Hinblick auf die neunziger Jahre gedrosselt wird, liegt es nahe, sich nach Funktionserweiterungen umzusehen. Das heißt: Da die Hochschulen bezüglich Bauten und Personal nicht elastisch genug sind, um ihre traditionellen Leistungen in gleicher Qualität und bei gleichen unit costs auch bei fluktuierender Nachfrage zu sichern, benötigen sie als Puffer zusätzliche Funktionen.


Zweifellos beschränken sich die Überlegungen über die Funktionsausweitung jedoch nicht allein darauf, Puffer zur Sicherung der traditionellen Aufgaben zu schaffen.

(2) Hochschulplanung sollte Überlegungen über potentielle Erweiterungen der gesellschaftlichen Nutzung von Hochschulen als genuine Daueraufgabe verstehen. "Bedarf" an potentiellen Leistungen der Hochschule wird oft übersehen; in vielen Fällen ist nur bei Wissenschaftlern die Expertise vorhanden, welche Leistungen die Wissenschaft in Zukunft für ihre Umwelt erbringen kann. Deswegen sollten die Hochschulen zum Beispiel prüfen, welche Fortbildungsansprüche für akademische Berufe entstehen, inwieweit das gestiegene Ausbildungsniveau der jüngeren Generation Ausgleichschancen für ältere nahelegt, wo der Bedarf an wissenschaftlicher Beratung zunimmt, und wo sich Aufgabengebiete erweitern, in denen wissenschaftliche Analyse und praktische Problemlösung eng miteinander verschränkt sind. Die Hochschulen müssen in allen diesen Fällen jedoch auch kritisch prüfen, ob sie diese wissenschaftlichen Leistungen für die Gesellschaft am besten erbringen können oder ob andere Institutionen geeigneter dafür sind.

(3) Schließlich wäre zu prüfen, ob eine Funktionsausweitung zu einer qualitativen Verbesserung in der Wahrnehmung der traditionellen Aufgaben der Hochschulen führen kann. Verbessert sich die Qualität der hochschulischen Erstausbildung, wenn Weiterbildung mit ihr institutionell verknüpft wird? Welche Folgen hat es für Forschung und Lehre an der Hochschule, wenn z.B. bisher vernachlässigte Forschungs- und Beratungsanforderungen der Region an sie herangetragen werden?
Die Vorbereitung auf eine solche Funktionserweiterung der Hochschulen setzt zum gegenwärtigen Zeitpunkt und auch als langfristiger Puffer voraus, daß eine große Funktionsflexibilität erreicht wird. Werden jeweils für die unterschiedlichen Funktionen besondere Einheiten gebildet und Personen beschäftigt, die ausschließlich für bestimmte Aufgaben zuständig sind, so erfolgt eine Institutionalisierung, die bei Veränderungen der Nachfrage nicht reaktionsfähig ist. Statt dessen bieten sich als funktionsflexible Lösungen z. B. eine temporäre Reduzierung der Lehrverpflichtungen für die Wahrnehmung spezifischer Dienstleistungs- bzw. Forschungsverpflichtungen, eine Verknüpfung von Erstausbildung und Weiterbildung innerhalb der gleichen Einheiten und ähnliche Maßnahmen an.

5.2 Weiterbildung


Angesichts der unterschiedlichsten Gliederungen von Studienmöglichkeiten außer dem gewöhnlichen Studium zum Erwerb des "berufsqualifizierenden" Abschlusses ist hier eine Klassifizierung zu präsentieren, bevor die möglichen Aufgaben der Hochschulen diskutiert werden:
- Aufbaustudien: Studierende, die bereits einen berufsqualifizierenden Abschluß erworben haben, führen dabei ein weiteres Studium in einem anderen Fach mit dem Ziel durch, ihren bisherigen Hochschulabschluß zu erweitern.
- Ergänzungsstudien: Studierende, die bereits einen berufsqualifizierenden Abschluß erworben haben, setzen vollzeitlich ihr Studium mit der Absicht fort, einen weiterqualifizierenden Hochschulabschluß im gleichen Fach zu erwerben.

In beiden Fällen wird gewöhnlich nicht zwischen einem Studium vor Beginn der Berufstätigkeit und einem Studium nach einiger Zeit der Berufs-
tätigkeit unterschieden.
- Studium neben dem Beruf: Berufstätige mit Hochschulreife nehmen hier teilzeitlich ein Studium mit dem Ziel auf, einen vollen Hochschulabschluß zu erwerben.
- Weiterbildung für Hochschulabsolventen: Berufstätige, die ein Hochschulstudium absolviert haben, nehmen teilweise an einzelnen Lehrveranstaltungen oder geschlossenen Fortbildungsprogrammen teil, die der Spezialisierung oder Verbreiterung ihrer Qualifikationen dienen, jedoch nicht zu weiteren selbständigen Hochschulabschlüssen führen.
- Offene Weiterbildung: Angebote zur Teilnahme an einzelnen Veranstaltungen mit dem Ziel einer wissenschaftlichen Grundqualifikation, für deren Teilnahme keine Hochschulreife vorausgesetzt wird.

Umstritten ist bisher, ob sich die Hochschulen in größerem Stil Erwachsenen ohne den Nachweis der Hochschulreife öffnen sollen: In Ländern, die solche Öffnung realisiert haben, werden die Vorteile darin gesehen, daß die Regelung attraktiv erscheint, daß die relativ offenen Lernformen der Hochschulen angemessen sind und daß ein gleichzeitiger Ausgleich fehlender Bildungsvoraussetzungen für das Studium und die Teilnahme an typischen Hochschulveranstaltungen größere Lernerfolge für diese Gruppe von Erwachsenen verspricht als eine Folge von Veranstaltungen, die obligatorisch mit einem Hochschulreifekurs beginnt.

Daneben gibt es derzeit kontrovers Ansichten darüber, ob es für die Qualität der Fort- und Weiterbildung bzw. für die Erhaltung einer Vielfalt von Weiterbildungsangeboten wünschenswert ist oder nicht, wenn sich die Hochschulen verstärkt in Formen der Weiterbildung engagieren, die nicht auf den Erwerb von Hochschulabschlüssen hinauslaufen (Fort- und Weiterbildung für Akademiker, offene Weiterbildung). Das bedeutet auch, daß es keineswegs sicher ist, ob die Nachfrage nach hochschulischen Weiterbildungsangeboten in dem Umfang steigen wird, wie es zuweilen vermutet wird.

Daher erscheint zweifellos problematisch, daß die meisten Überlegungen an Hochschulen zur Funktionsausweitung sich fast ausschließlich auf die Weiterbildung konzentrieren. Wenn auch im Prinzip die Weiterbildung sieht man von den Besonderheiten des Fernstudiums ab - stärker regional gebunden ist als die hochschulische Erstausbildung, so liegt es in der gegenwärtigen Phase vor dem Studentental nahe, ausgeweitete Weiterbildungsangebote von Hochschulen in den achtziger Jahren erst in einzelnen Regionen schwellenweise zu entwickeln und zu erproben und Ende der achtziger Jahre deren Ergebnisse ggf. in weitere Hochschulen einzubringen.

Die Universität Bremen hat unter den deutschen Universitäten viele Voraussetzungen, die die Ansiedlung eines Schwerpunktes Weiterbildung dort nahelegen, denn als Standort bietet sich ein strukturschwaches Ballungsgebiet mit unvollständig ausgebautem Hochschulangebot und bereits vorhandenen Potentialen für Weiterbildung an (vgl. Abschnitt 8.5.3):
- Ein Schwerpunkt Weiterbildung sollte zunächst in einer Region geschaffen werden, in der von der Bewohnerzahl her auch eine große Nachfrage für unterschiedliche Weiterbildungsangebote wahrscheinlich ist. Universitäten in kleineren Städten erscheinen daher als ungeeignet.

- Da ein Schwerpunkt Weiterbildung gleichzeitig ein Beitrag zur Strukturbildung der Region ist, in der er angesiedelt wird, liegt es nahe, die Entscheidung für den Standort unter der Perspektive des Strukturausgleiches vorzusehen.

- Da sicherlich auch der Ausbau eines Schwerpunkts Weiterbildung der hochschulischen Erstausbildung zugute käme und da der Aufbau eines exemplarischen Schwerpunkts nicht allein durch Ressourcenumsetzung möglich ist, bietet sich die Auswahl eines Standortes an, bei dem die universitäre Versorgung bisher unterdurchschnittlich ist und sich die Universität noch im Ausbau befindet.

- Man kann annehmen, daß eine relativ junge Universität noch eher bereit und in der Lage ist, sich auf eine Verschiebung ihrer Aufgaben einzustellen.

- Anzunehmen ist, daß sich eine Universität, die Lehraufgaben stark betont hat, leichter auf die besonderen Bedingungen der Weiterbildung einstellen kann.


Das bedeutet allerdings nicht, daß Bremen für alle Aspekte universitärer Weiterbildung Standortvorteile besitzt. So ist das Fächerprogramm schneller als an manchen anderen Universitäten; auch sind manche Fortbildungsprogramme auf eine Forschungsinfrastruktur angewiesen, die Bremen nur begrenzt bieten kann; schließlich bietet es sich an, in ein Schwerpunktprogramm Weiterbildung Hochschulen mit unterschiedlichen Images und Charakteristika einzubeziehen. Wenn jedoch zwei oder drei Schwerpunkte der Weiterbildung an Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland gebildet würden, drängt sich die Universität Bremen als ein Standort auf.

5.3 Regionsbezogene Forschung

Die Neugründungen von Universitäten seit Ende der sechziger Jahre waren so angelegt, daß diese Institutionen schnell und mit relativ begrenzten Mitteln zur Aufnahme wachsender Studentenzahlen beitragen sollten. Dabei wurden etwa in Bremen nicht so günstige Voraussetzungen für Forschungs-
tätigkeiten geschaffen wie etwa in Bochum, Konstanz oder Bielefeld. Institutionelle Stabilisierung nach den ersten Jahren des Ausbaus, Bemühungen um wissenschaftliche Reputation sowie nachlassender Druck großer Bewerberzahlen sind dazu angetan, die Forschungsmöglichkeiten der Universität Bremen im Laufe der Zeit zu erweitern.

Dabei liegt es aus verschiedenen Gründen nahe, im Ausbau der Forschung nicht dem typischen Bild älterer Universitäten zu folgen, sondern die Forschungstätigkeiten stärker in einen regionalen Kontext zu stellen:
- Generell nimmt das Bewußtsein zu, daß sich Hochschulen in der Vergangenheit wenig an den Bedingungen und Aufgaben der unmittelbaren Region orientiert haben; neue Forschungspotentiale, die mit dem Ausbau neuer Universitäten entstehen, können von Anfang an diese Lücke der Forschungsversorgung berücksichtigen.
- Für eine Universität, die ihr Arbeitsprogramm sehr lehrintensiv begonnen hat, ist es sicherlich angebracht, die besonderen Leistungen von Forschung zu kultivieren, die sich in enger Verknüpfung mit universitärem Erstausbildung und Weiterbildung erreichen lassen. Für solche Forschung wiederum liegen Themen nahe, die die Region betreffen, da dazu die Lernenden Erfahrung einbringen können bzw. die Arbeitsmarktchancen für Absolventen in der Region erhöht werden, wenn sie regionale Aufgaben in forschungsintensiver Ausbildung aufgenommen haben.

In dreierlei Hinsicht stellt regionsbezogene Forschung typischerweise eine Ausweitung der Tätigkeit gegenüber üblicher universitärer Forschung dar:

(1) In einer stärkeren Verknüpfung von personellen, apparativen und sachlichen Mitteln von Hochschulen, außeruniversitären Forschungsinstitutionen sowie Forschung und Entwicklung innerhalb von beschäftigenden Organisationen.
(2) In einer Wahl von Untersuchungsgegenständen, für die aufgrund der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur der Region besonderes Interesse besteht.

(3) In der Aufnahme von Forschungsbedürfnissen der Region, deren Interessenten gewöhnlich nicht zur materiellen Forschungsförderung in der Lage sind.

Wie bereits an anderer Stelle betont, zeigt Bremen ausgesprochene Strukturschwächen in der Forschungsausstattung, wenn man die Situation mit anderen Ballungszentren vergleicht. Von daher wird strukturausgleichende Forschungsförderung Bremen zweifellos in weiterer Zukunft überproportional einbeziehen. Nach den besonderen Entwicklungsbedingungen, die zuvor im Hinblick auf die Universität genannt wurden, liegt es sowohl in Aufnahme der Bedürfnisse der Umwelt wie im Hinblick auf die Nutzung universitärer Ressourcen nach dem Studentenberg nahe,

- solche Formen der Forschungsförderung zu betreiben, daß sich bei einem eventuellen Rückgang der Studentenzahlen die bisherigen wissensschaftlichen Potentiale der Universität leicht mit diesen neuen Potentia len verbinden lassen;
- in besonderer Weise eine regionsbezogene Forschung in Bremen zu fördern.

Kenner der Forschungspolitik in Bremen vertreten jedoch die Ansicht, daß die Bemühungen um Forschungsansiedlung an der Universität - sowohl in der Förderung von Institutionen als auch in der Fächer- und Themenwahl - überwiegend vorbeilaufen. Dies mag kurzfristig verständlich sein, um überregional zu treffende Entscheidungen der Forschungsansiedlung nach Bremen zu erleichtern, wenn man bedenkt, daß auch Organisationen wie die DFG sich schwer tun, der Universität Bremen gleiche Forschungsförderungschancen einzuräumen wie anderen Universitäten. Langfristig gesehen dürfte es jedoch für eine im Hinblick auf Forschung und Wirtschaft strukturschwache Region kurzsichtig sein, wenn nicht eine stärkere Verknüpfung der Potentiale ins Auge gefaßt wird.

In der Themenwahl der Forschungsschwerpunkte werden sicher auch überregionale Gesichtspunkte eine Rolle spielen, weil Bremen auf eine strukturausgleichende Forschungsförderungspolitik angewiesen ist. Ansonsten erscheint es sinnvoll, Forschungsrioritaten zu setzen nach wirtschaftlichen Strukturschwächen, etwa für mittlere Betriebe, die im Bundesforschungsprogramm kaum berücksichtigt sind;
- nach standortbegünstigter Forschung;
- nach Forschung, die sich mit der Lebensqualität der Region in infrastruktureller, kultureller und sozialer Hinsicht befaßt;
- nach Forschung, die an die Akzentsetzungen der Hochschule anknüpft (etwa Schwerpunkte Weiterbildungsforschung, Produktionstechnik usw.).
5.4 Dienstleistungen der Hochschule


Eine Erweiterung der Dienstleistungen bietet sich zweifellos an, wenn es zu einem Rückgang der Studentenzahlen in den neunziger Jahren kommen sollte. Wiederum würde es sich dabei aber nicht um eine Nutzung aus Verlegenheit handeln, sondern die Entwicklung in den Hochschulen und ihrer Umwelt legt es nahe, die Grenzen zwischen Forschung und Lehre einerseits und unmittelbaren Dienstleistungen für die Gesellschaft andererseits durchlässiger zu machen. Auf seiten der Universitäten läßt sich ein stärker praxisorientiertes Studium unter anderem dadurch erreichen, daß unmittelbare praktische Tätigkeit in den Lernprozeß einbezogen wird; so werden z. B. an der Bremer Universität häufig im Rahmen des Projektstudiums etwa unmittelbare soziale Dienstleistungen übernommen;

- ergeben sich neue Verbindungsmöglichkeiten von Forschung und unmittelbaren Dienstleistungen; dies ist an der Bremer Universität zum Beispiel in der Verknüpfung der Forschung über experimentelle und ange wandte Humangenetik mit der Beratung in der "genetischen Beratungsstelle" der Fall. Mittelbare Dienstleistungen erbringt die Universität durch Forschungsvorhaben in Kooperation mit der Arbeiterkammer;
- sind Ausweitungen der Bildungsaktivitäten häufig mit korrespondierenden Dienstleistungsaktivitäten verbunden. In den USA etwa schaffen viele Hochschulen Einrichtungen für Kommunikation und Beratung im Verbund mit Weiterbildungsprogrammen, weil die Nachfrage nach Weiterbildung oft auf soziale und Kommunikationsprobleme verweist oder Weiterbildung sich für soziale und kommunikative Probleme als ein Lösungs weg anbietet.


Im Prinzip könnte jede Universität zweifellos ohne allzu große Mühe Bedürfnisse ihrer regionalen Umwelt für Dienstleistungen der Hochschule
identifizieren bzw. Kompetenzen der Hochschulangehörigen ausfindig machen, die sich in Dienstleistungsangebote der Hochschulen einbringen lassen. Wenn hier eine Universität die Initiative ergriffe, könnte sie sicherlich bald Modelle entwickeln, die das Image über die gesellschaftliche Nützlichkeit der Hochschulen wesentlich verbessern und sicherlich exemplarisch für weitere Hochschulen sein dürften.

Das Problem liegt lediglich darin, daß diese Leistungen bisher vielfach von den Hochschulangehörigen entweder individuell vermarktet werden oder als freiwillige Leistungen in anderen Institutionen (z.B. soziale Beratungsdienste) eingebracht werden, also gar nicht als Leistungen der Hochschule wahrgenommen werden, obwohl sie de facto über die Finanzierung der Hochschulen und über die dortige Entwicklung von Qualifikationen ermöglicht werden. D.h. Vorkünfte für eine Erweiterung von Dienstleistungen in den neunziger Jahren müßten auch neue Modelle von Haupt- und Nebentätigkeiten der Hochschulangehörigen entwickeln. Man könnte etwa die Vielfalt der Forschungs- und Lehrpotentiale der Hochschule bei geringeren Studentenzahlen dadurch erhalten, daß z.B. Hochschullehrer für Dienstleistungsangebote der Hochschule Lehrdeputatsentlastungen erhalten (dann jedoch keinen Nebenverdienst für solche Aktivitäten). Eine Universität wie die Universität Bremen, die in ihrer Reformprogrammatik und Fächerstruktur eine Fülle von Ansatzmöglichkeiten für unmittelbare Dienstleistungen aufweist, könnte hier Möglichkeiten sondieren und modellartig ausprobieren, die für das Hochschulwesen in der Bundesrepublik insgesamt weitreichende Perspektiven eröffnen.

6. Hochschulplanung als Beitrag zu aktiver Wirtschaftspolitik

6.1 Notwendigkeit einer aktiven Wirtschaftspolitik für Bremen


In Kapitel 4 - im Rahmen der Überlegungen zum Bedarf an hochschulischer Erstausbildung - wurde bereits gezeigt, daß das Bruttoinlandsprodukt in Bremen und auch in Norddeutschland allgemein in Zukunft geringer wachsen wird als im Durchschnitt der Bundesrepublik Deutschland. Damit drängt sich die Frage auf, ob sich die Wirtschaftspolitik auf diesen Trend einstellt oder Wege sucht, einer wachsenden Strukturschwäche der Region zu begegnen. Weitere Daten sind geeignet, wachsende Schwierigkeiten für
die Bremer Region zu prognostizieren.

Nach Schätzungen der Prognos AG wird 1995 die Zahl der Erwerbspersonen (Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter) in der Bundesrepublik Deutschland 3% niedriger sein als 1976; für Norddeutschland wird dagegen, wie Tabelle 13 zeigt, im gleichen Zeitraum ein Anstieg von 1%, für den Raum Bremen und Niedersachsen sogar ein Anstieg von 3% erwartet.

Der Unterschied zwischen dem Bundesdurchschnitt und der norddeutschen Region ist nicht auf eine Differenz in der Entwicklung der Gesamtbevölkerung zurückzuführen, sondern in erster Linie darauf, daß die Erwerbsquote (der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung) in Norddeutschland voraussichtlich stärker zunimmt als in der Bundesrepublik insgesamt. In Bremen und Niedersachsen ist mit einem Anstieg der Erwerbsquote von 42,6% auf 45,7% zu rechnen, in Norddeutschland insgesamt von 43,2% auf 46,3%; in der Bundesrepublik Deutschland dagegen nur von 43,6% auf 45,7%.

Mit dieser überdurchschnittlichen Steigerung des Erwerbspotentials wächst einerseits für Bremen die Chance einer aktiven Wirtschaftspolitik. Andererseits nimmt jedoch die Gefahr einer erhöhter Arbeitslosigkeit zu.

In Tabelle 14 sind Schätzungen über die voraussichtliche Zahl der Erwerbstätigen zusammengestellt, die sich ebenfalls auf die Übersichten von Prognos stützen. Prognos ermittelt diese Werte zur Beschäftigtenzahl auf der Basis ihrer Annahmen zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts; dabei ist eine durchschnittliche jährliche Arbeitszeitverkürzung von 0,9% einkalkuliert. Die Daten machen deutlich, daß die Zahl der Erwerbstätigen in Norddeutschland voraussichtlich stärker zurückgehen wird als im Bundesdurchschnitt: Für Bremen und Niedersachsen ist ein Rückgang von 8,4%, für Norddeutschland insgesamt von 8,8%, für die Bundesrepublik insgesamt jedoch nur von 7,2% zu erwarten.

Vergleicht man nun die Entwicklungen der Erwerbsbevölkerung mit denen der Beschäftigten, so läßt sich die voraussichtliche Größenordnung der Erwerbslosigkeit abschätzen. Danach ist, wie nach den vorangegangenen Ergebnissen, insgesamt nicht überraschend, weil in Norddeutschland ein weitaus grüßerer Anstieg der Erwerbslosenquote als in der Bundesrepublik insgesamt zu erwarten. Wie Tabelle 15 zeigt, kann man für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt mit einem Anstieg von 6,9% im Jahre 1976 auf 12,6% im Jahr 1990, also mit einer Steigerung auf das 1,8fache rechnen. In Bremen und Niedersachsen erscheint eine Steigerung von 6,8% auf 17,7% als auf das 2,6fache, und in Norddeutschland von 5,9% auf 15,8%, also auf das 2,7fache, wahrscheinlich. In den Jahren 1990 bis 1995 wird ein leichter Rückgang der Erwerbslosigkeit erwartet.

Für das Land Bremen allein ist eine Aufschlüsselung nicht sinnvoll, weil sich hier große Diskrepanzen zwischen der Zahl der Wohnbevölkerung und der Zahl der Erwerbsbevölkerung ergeben. Geht man davon aus, daß die Bremer Wirtschaftsbevölkerung die Wohnbevölkerung um 25% übersteigt, so ergibt sich eine Erwerbslosigkeit der Bremer Wirtschaftsbevölkerung von

- 23,800 im Jahre 1976, d.h. eine Erwerbslosenquote von 6,2%,
- 54,400 im Jahre 1985, d.h. eine Erwerbslosenquote von 13,5%,
### Tabelle 13: Prognose der Zahl der Erwerbspersonen in Norddeutschland

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>BRD</td>
<td>268850</td>
<td>277400</td>
<td>272680</td>
<td>261770</td>
<td>100</td>
<td>103,2</td>
<td>101,4</td>
<td>97,4</td>
</tr>
<tr>
<td>SH</td>
<td>11230</td>
<td>12270</td>
<td>12430</td>
<td>12200</td>
<td>100</td>
<td>109,3</td>
<td>110,7</td>
<td>108,6</td>
</tr>
<tr>
<td>HH</td>
<td>7790</td>
<td>7270</td>
<td>6870</td>
<td>6350</td>
<td>100</td>
<td>93,3</td>
<td>88,2</td>
<td>81,5</td>
</tr>
<tr>
<td>NS</td>
<td>30750</td>
<td>32770</td>
<td>32760</td>
<td>31780</td>
<td>100</td>
<td>106,6</td>
<td>106,5</td>
<td>103,3</td>
</tr>
<tr>
<td>HB</td>
<td>3070</td>
<td>3220</td>
<td>3190</td>
<td>3100</td>
<td>100</td>
<td>104,9</td>
<td>103,9</td>
<td>101,0</td>
</tr>
<tr>
<td>HB+NS</td>
<td>33820</td>
<td>35990</td>
<td>35950</td>
<td>34880</td>
<td>100</td>
<td>106,4</td>
<td>106,3</td>
<td>103,1</td>
</tr>
<tr>
<td>HB+NS+HH+SH</td>
<td>52840</td>
<td>55530</td>
<td>55250</td>
<td>53430</td>
<td>100</td>
<td>105,1</td>
<td>104,6</td>
<td>101,1</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: Prognos report 9, S. 16; eigene Berechnungen
Tabelle 14: Prognose der Zahl der Erwerbstätigen in Norddeutschland

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>abs. in 100</th>
<th>Index 1976 = 100</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>BRD</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>U</td>
<td>207820</td>
<td>197500</td>
</tr>
<tr>
<td>insg.</td>
<td>250330</td>
<td>243780</td>
</tr>
<tr>
<td>SH</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>U</td>
<td>7010</td>
<td>6680</td>
</tr>
<tr>
<td>insg.</td>
<td>9320</td>
<td>9049</td>
</tr>
<tr>
<td>HH</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>U</td>
<td>7390</td>
<td>6769</td>
</tr>
<tr>
<td>insg.</td>
<td>8870</td>
<td>8353</td>
</tr>
<tr>
<td>NS</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>U</td>
<td>22280</td>
<td>20620</td>
</tr>
<tr>
<td>insg.</td>
<td>27910</td>
<td>26868</td>
</tr>
<tr>
<td>HB</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>U</td>
<td>2970</td>
<td>2797</td>
</tr>
<tr>
<td>insg.</td>
<td>3600</td>
<td>3481</td>
</tr>
<tr>
<td>HB+</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>U</td>
<td>25250</td>
<td>23417</td>
</tr>
<tr>
<td>insg.</td>
<td>31510</td>
<td>30349</td>
</tr>
<tr>
<td>HB+</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>U</td>
<td>39650</td>
<td>36866</td>
</tr>
<tr>
<td>insg.</td>
<td>49700</td>
<td>47751</td>
</tr>
<tr>
<td>HH+</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>SH</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: Prognos report 9, S. 96+, 178+, 179+, 184+, 185+, 190+, 191+, 196+, 197+; eigene Berechnungen
- 58.000 im Jahre 1990, d. h. eine Erwerbslosenquote von 14,5% und
- 54.300 im Jahre 1995, d. h. eine Erwerbslosenquote von 14,0%.

Tabelle 15: Prognose des Erwerbslosenpotentials und der potentiellen Erwerbslosenquote in Norddeutschland

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>Erwerbslosenpotential absolut in 100 (Erwerbspersonen ./ Erwerbstätige)</th>
<th>Potentielle Erwerbslosenquote (Erwerbslosenpotent./Erwerbspers.)</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1976</td>
<td>18.520</td>
<td>6,9%</td>
</tr>
<tr>
<td>1985</td>
<td>33.620</td>
<td>12,1%</td>
</tr>
<tr>
<td>1990</td>
<td>34.340</td>
<td>12,6%</td>
</tr>
<tr>
<td>1995</td>
<td>29.520</td>
<td>11,3%</td>
</tr>
<tr>
<td>BRD</td>
<td>18.520</td>
<td>6,9%</td>
</tr>
<tr>
<td>HB+NS</td>
<td>5,641</td>
<td>15,7%</td>
</tr>
<tr>
<td>HB+NS+HH+SH</td>
<td>6,021</td>
<td>17,3%</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>8,091</td>
<td>15,1%</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: Prognos report 9, Seiten 16+, 96+, 178+, 184+, 190+, 196+; eigene Berechnungen

Nimmt man an, daß der Anteil der registrierten Arbeitslosigkeit an der Erwerbslosigkeit insgesamt etwa konstant bleibt - 1976 betrug die registrierte Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland 4,6%, die Erwerbslosenquote 6,9%, so läßt sich für die Bremer Wirtschaftsregion für 1990 eine Arbeitslosigkeit von 9,8% prognostizieren. Dieser Wert ist zwar etwas günstiger als für Norddeutschland insgesamt (10,6%), aber deutlich über dem Bundesdurchschnitt (8,4%).

Trotz aller Unsicherheiten von Prognosen dieser Art wird deutlich, daß die Bremer Wirtschaftsregion in ihrer Wirtschaftskraft mit einer zunehmenden Schwächung im Vergleich zu anderen Wirtschaftsräumen der Bundesrepublik Deutschland rechnen muß und daß im Bremer Wirtschaftsraum die Gefahr zunehmender Arbeitslosigkeit viel dramatischer ist als im Bundesdurchschnitt. Werden diese Informationen nicht fatalistisch als unveränderliche Randbedingungen angenommen, so muß man davon ausgehen, daß es in den nächsten Jahren zu Grundsatzentscheidungen für eine aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Bremer Region kommen wird. Einige Grundlagen für notwendige Entscheidungen liegen als Pläne und Pro-

Aus all diesen Gründen erscheint es im Rahmen dieser Studie angebracht zu überlegen, welchen Stellenwert Hochschulplanung im Rahmen einer aktiven Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik haben kann.

6.2 Beschäftigungseffekte des Hochschulausbaus


Direkte Beschäftigungseffekte ergeben sich vor allem durch die Anstellung von Hochschulpersonal. Im Jahre 1977 betrug die Zahl der Beschäftigten 216 je 1,000 Studenten im Bundesdurchschnitt. Dabei ist bekanntlich der Anteil der Beschäftigten mit Hochschulabschluß sehr hoch: er betrug 1971 durchschnittlich 41% (1977: 45%) im Vergleich zu 3% in der Industrie. Hinzu kommen Beschäftigte in Institutionen, die unmittelbar mit Hochschulangelegenheiten betraut sind, wie etwa Hochschulbauamt und Studentenwerk, sowie Beschäftigte in Forschungsprojekten an Hochschulen, sofern sie nicht unmittelbar von der Hochschule eingestellt werden.


Die Studie im Auftrage des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau kommt zu dem Schluß, daß der Multiplikator des Beschäftigungsbeitrags von Hochschulausbau mit 1,43 höher ist als der Multiplikator bei staatlich geförderter Industrieanstiehung (1,22).

In der Beurteilung dieser Informationen zu Fragen des Hochschulausbaus sind sicherlich - unter den oben genannten Einschränkungen zu den Einkommenseffekten - folgende Aspekte zu berücksichtigen:
- Beim Ausbau der Hochschulen wird ein beachtlicher Anteil der Kosten von überregionalen Instanzen (etwa Hochschulbauförderung durch den
### Tabelle 16: Potentielle regionalwirksame Arbeitsplätze durch verschiedene Ausgabenarten

<table>
<thead>
<tr>
<th>Ausgabenart</th>
<th>Region ¹</th>
<th>Personal</th>
<th>Sachmittel</th>
<th>Studenten</th>
<th>Bauinvest. ²</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>I</td>
<td>II</td>
<td>I</td>
<td>II</td>
<td>I</td>
</tr>
<tr>
<td>Wirkungsrunde</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Basis</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Primäreffekt</td>
<td>3.000</td>
<td>3.000</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>Sekundäreffekt</td>
<td>303</td>
<td>365</td>
<td>91</td>
<td>51</td>
<td>331</td>
</tr>
<tr>
<td>Tertiäreffekt</td>
<td>26</td>
<td>36</td>
<td>27</td>
<td>16</td>
<td>20</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamteffekt</td>
<td>3.329</td>
<td>3.401</td>
<td>118</td>
<td>67</td>
<td>351</td>
</tr>
</tbody>
</table>

¹ Region I: Hochschulregion Saarbrücken; Region II: Hochschulregion Kaiserslautern
² In Beschäftigten-Jahren

Quelle: Regionale Wirkungen von Hochschulen. Schriftenreihe "Raumordnung" des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Nr. 06.025 (1978); eigene Berechnungen
Bund, Länderabkommen über Universität Bremen, staatliche Forschungsförderung) getragen und kommt aber der regionalen Wirtschaft zugute.

- Es ist nicht auszuschließen, daß andere staatliche Förderungsmaßnahmen als der Hochschulbau einen höheren quantitativen Beschäftigungseffekt haben.

- Die Höhe des indirekten Beschäftigungseffektes hängt stark von der Situation der potentiell expandierenden Wirtschaftsbereiche ab: ob die Arbeitskräfte derzeit unterbeschäftigt sind, ob Personalerweiterungen organisatorisch leicht zu bewältigen sind usw.


6.3 Arbeitsmarktentzugseffekte durch Ausbildungsverlängerung


Bisher stammen über 60% der Studenten des Landes Bremen aus dem Wirtschaftsraum Bremen. Nimmt man an, daß frühere Untersuchungen über den Zusammenhang von Studienplatzangebot und Studienverhalten noch heute Gültigkeit haben, also eine Erweiterung der Studienplatzangebote in einer bisher unterversorgten Region vor allem bisher "bildungsbenachteiligte" Gruppen der Region mobilisiert, so erscheint die Vermutung nicht unberechtigt, daß über 80% der zusätzlichen Studienplätze die Arbeitslosigkeit der Region reduzieren dürften. Bei einer geschätzten Arbeitslosigkeit von gut 38.000 für 1990 im Bremer Wirtschaftsraum (vgl. Abschnitt 6.1)
würde die Hochschule bereits durch 1.500 Studienplätze einen Entlastungseffekt von mehr als 3% bieten.


6.4 Hochschulische Dienstleistungen zur Verringerung regionaler Arbeitsmarktssegmentation

Die Bremer Wirtschaftsregion war von den Wachstumsseinbußen in den siebziger Jahren überproportional betroffen; auch langfristig sind die Prognosen für Bremen ungünstig. Geht man nicht davon aus, daß objektive Standortvoraussetzungen oder andere Faktoren eine passive Sanierung (Bevölkerungsabwanderung) des Bremer Wirtschaftsraums notwendig machen, und berücksichtigt man, daß strukturbetachtigte Regionen konjunkturellen Schwankungen in besonderem Maße ausgesetzt sind, so bietet sich eine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik an, die einer zunehmenden regionalen Arbeitsmarktssegmentation in der Bundesrepublik entgegenwirkt.

Nach bisher vorliegenden Studien zur Arbeitsmarktssegmentation sind bei regionalwirtschaftlichen Überlegungen vor allem folgende Dimensionen zu berücksichtigen:

a) Primäre und sekundäre Wirtschaftsbereiche:
Primäre Wirtschaftsbereiche zeichnen sich durch einen hohen Monopolisierungsgrad mit relativ konjunkturnabhängiger Massenproduktion aus. Der sekundäre Wirtschaftsbereich besteht aus konkurrierenden Klein- und Mittelbetrieben, die die konjunkturnabhängige Residualproduktion des primären Wirtschaftsbereichs übernehmen.

b) Primäre und sekundäre Arbeitsmärkte:

Der sekundäre Arbeitsmarkt ist gekennzeichnet von überdurchschnittlicher zwischenbetrieblicher Mobilität und generell schlechteren Arbeitsbedingungen. Die nachgefragten Qualifikationen werden als "Jedermannqualifikationen" bezeichnet.

63
c) Interne und externe Arbeitsmärkte:

d) Aktions- und Anpassungsbetriebe:

In der Regel kumulieren die jeweils "schlechteren" Ausprägungen der vier genannten Dimensionen in den "peripheren" Regionen. Ein wichtiger Schluß für strukturschwache Regionen wie die Bremer Wirtschaftsregion liegt darin, daß Subventionsmaßnahmen, die Arbeitsplätze vermehren, ohne die Strukturmechanismen anzugehen, nicht die überdurchschnittliche Konjunkturabhängigkeit der Region verringern.

Werden dagegen differenzierte Maßnahmen zum Ausgleich der Strukturzwänge getroffen, so kann der Hochschulausbau durchaus einen Beitrag leisten. Das Hochschulwesen des Landes Bremen könnte etwa durch folgende Maßnahmen dazu beitragen, daß die regionale Arbeitsmarktsegmentation nicht zu ungünstig der Bremer Wirtschaftsregion wächst:
- Weiterbildung ist in strukturschwachen Regionen besonders wichtig, da zum einen manche Betriebe eher Schwierigkeiten mit der Etablierung eines eigenen Angebots haben und zum anderen ein höheres Arbeitsplatzrisiko eine Weiterbildung zur Qualifizierung der Beschäftigten notwendig macht, die unabhängig von den jeweiligen Interessen des Betriebes ist.

Insgesamt muß die qualifikationsorientierte aktive Arbeitsmarktpolitik einer relativ strukturschwachen Region darauf ausgerichtet sein, die Wachstumsbedingungen der Aktionsbetriebe des primären Wirtschaftsbereichs zu verbessern und die Lage der Anpassungsbetriebe zu erleichtern. Daneben wäre der generelle Beitrag der Hochschulen für die regionale Infrastruktur ebenfalls ein langfristiger Beitrag zum Ausgleich der wirtschaftlichen Strukturschwäche.

64
6.5 Verbesserung der Infrastruktur durch Hochschuleinrichtungen

Die regionale Wirtschaftspolitik mißt seit Anfang der siebziger Jahre der Qualitätsverschlechterung der Standortstruktur einer Region die zentrale Bedeutung bei, nachdem bis dahin eine interregional optimale Produktionsstruktur angestrebt wurde. Grob zusammenfassend liegt der Vorteil der neuen Konzeption darin, daß sie sich nicht auf die Möglichkeit beschränkt, Wachstumsimpulse zu importieren, sondern interne Wachstumsdeterminanten zu aktivieren. Diese sollten den Bedürfnissen ansässiger und zuziehender dynamischer Unternehmen, Branchen etc. entsprechen.

Gestützt auf empirische Ergebnisse liegt der Argumentationsschwerpunkt bezüglich solcher Wachstumsdeterminanten auf der Forderung, daß ein Oberzentrum zur wirtschaftlichen Entwicklung einer Region bestimmte Urbanisationsvorteile bieten muß. D.h. den Wirkungen von Fühlszonzweigen, großen differenzierten Arbeitsmärkten, öffentlichen und privaten Dienstleistungen wird entscheidende Bedeutung beigemessen. Im folgenden wird der Frage nachgegangen, inwiefern die Hochschule in der Lage ist, die genannten Wachstumsdeterminanten positiv zu beeinflussen.

a) Größe des Arbeitsmarktes: das Angebot an Arbeitskräften nimmt zu, wenn sich die Zentralität und Attraktivität des Oberzentrums auf sein Umland erhöht. Die Hochschule beeinflußt die Zentralität des Hochschulstandortes wie folgt:
- durch Bindung, die für Einwohner des Umlandes während des Studiums entstehen bzw. durch Verhinderung einer endgültigen Abwanderung, die durch ein Studium an einer anderen Hochschule ausgelöst werden; 22
- Hochschulen können dazu beitragen, Betriebe mit einem hohen Lohnniveau anzuziehen bzw. in der Region zu halten, denn Aktivitäten einer Hochschule entsprechen eher den Standortbedürfnissen von Betrieben mit relativ hohem Lohnniveau;
- als Nachfrager nach Gütern und Dienstleistungen;
- als Anbieter von Dienstleistungen. In Abhängigkeit von ihrem Spezialisierungsgrad haben Leistungen des Tertiärbereichs unterschiedliche Reichweiten, je nach Bereitschaft der Nachfrager, räumliche Entfernungen in Kauf zu nehmen. Wie Arbeitnehmerbefragungen zeigen, wird die Attraktivität weniger nach speziellen Leistungsangeboten beurteilt, sondern eher eine insgesamt hochwertige Infrastruktur ausstattung als wesentlich angezeigt. 23

b) Die Differenziertheit des Arbeitsmarktes wird seitens der Hochschule mitbeeinflußt durch:
- die Breite des Fächerangebots,
- das Angebot an hochqualifizierten Arbeitskräften,
- Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich (direkt und indirekt auf weiteren Inzidenzstufen),
- die Ausbildungskapazität für Weiterbildung,
- das Angebot von Forschungseinrichtungen und Hochschuldienstleistungen,
- die Einwerbung von überregionalen Forschungsmitteln.


Darüber hinaus wird wegen Verschiebungen in der internationalen Arbeitssteilung von allen Seiten auf die steigende Bedeutung der Produktion intelligenter Produkte hingewiesen und daraus für die regionale Wirtschaftspolitik gefordert, das endogene Potential auf Qualitätskonkurrenz hin zu entwickeln. Dieses Argument fand auch Eingang in den 8. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur": "Die Standortvorteile der Bundesrepublik dürften sich künftig noch stärker auf Faktoren gründen, die bisher eng mit Agglomerationsvorteilen verbunden sind (Humankapital, Technologie, organisatorisches Wissen, Informations- und Kommunikationssysteme etc.)".

6.6 Folgerungen für den Bremer Wirtschaftsräum

Expertengespräche mit Angehörigen von Betrieben, staatlicher Verwaltung und Hochschulen im Rahmen der Vorbereitung dieser Expertise erwecken den Eindruck,
- daß die Einsicht in bestehende und voraussichtlich in Zukunft wachsende Strukturschwächen des Bremer Wirtschaftsräums sehr verbreitet ist;
- daß der Ausbau der Universität und dabei die Ausweitung von Forschungs-, Weiterbildungs- und unmittelbaren Dienstleistungsaktivitäten durchaus als ein möglicher Beitrag zur Entwicklung der Infrastruktur Bremens gesehen wird, wenngleich ihm überwiegend keine schnellen, dramatischen, sondern eher langfristige Wirkungen zugeschrieben werden;
- daß unmittelbar stimulierende Wirkungen durch Weiterbildung und Forschung an den Hochschulen eher für Klein- und Mittelbetriebe, die ihre Beschäftigten vorwiegend regional rekrutieren, zu erwarten sind;
- daß die Realisierungschancen der geplanten staatlichen Maßnahmen für eine aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik wegen finanzieller Probleme überwiegend als recht begrenzt beurteilt werden;
- daß die besondere Lage eines Bundeslandes, das kleiner ist als der regionale Wirtschaftsraum, sich hemmend für eine aktive Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik auswirkt.

Überlegungen über die Beschäftigungseffekte des Hochschulausbaus, die Strukturschwächen der Bremer Wirtschaftsregion und die potentiellen Beiträge des Hochschulausbau zu einer aktiven Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik machen deutlich, daß eine Hochschulplanung, die sich allein auf Trends der Studienplatznachfrage bzw. des wahrscheinlichen Absolventenbedarfs bezieht, zu kurz greift und die Strukturschwäche der Bremer Wirtschaftsregion durch Strukturdefizite im Wissenschaftsbereich erhöht.

Ein Hochschulausbau, der im Rahmen einer aktiven Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik erfolgt, kann dagegen
- kurzfristig den Arbeitsmarkt bei Arbeitslosigkeit entlasten und stimulieren für Wirtschafts- und Arbeitsmarktbereiche wirken;
- insbesondere durch praxisnahe Forschung und Weiterbildung ausgleichend gegenüber Strukturschwächen wirken;
- insgesamt zur Infrastruktur eines urbanen Zentrums einer Wirtschaftsregion beitragen.

Wenn sich das Land Bremen nicht mit wachsenden Strukturschwächen abfinden will, wird sicherlich der Ausbau der Universität Bremen als eine Maßnahme aktiver Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zu berücksichtigen sein.

7. Überlegungen zu potentiellen Hemmnissen des Ausbaus der Universität Bremen

7.1 Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

Die Zielsetzung dieser Studie besteht darin zu prüfen, ob ein Hochschulausbau in Bremen im Hinblick auf Studienplatznachfrage, Entwicklungen des Arbeitsmarktes und auf mögliche Leistungen der Hochschulen für Wirtschaft und Gesellschaft sinnvoll erscheint und ggf. in welchen Bereichen und mit welchen Schwerpunkten er erfolgen sollte. Eine solche Studie kann die Nachfrage nach Leistungen der Hochschulen bzw. die potentiellen Lei-
stungen der Hochschulen darzustellen versuchen. Sie kann diese nicht umfassend im Kontext anderer potentieller wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Maßnahmen diskutieren, sondern allenfalls auf diese Zusammenhänge kurz verweisen.

Dokumente des Landes Bremen erwecken den Eindruck, daß die Erwartungen, aktive Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im Lande Bremen verwirklichen zu können, nur sehr gering eingeschätzt werden. Das gilt zum einen im Hinblick auf die Frage, wie weit in der staatlichen Ausgabenpolitik im Lande Bremen Akzente verschoben werden können, zum anderen im Hinblick auf die Hoffnung, daß überregionale Strukturpolitik die relative Strukturschwäche der Bremer Region in Grenzen halten werde. Zweifellos muß man konstatieren, daß manche der hier geäußerten Vorschläge sich erübrigen, wenn die Wirtschafts- und Gesellschaftsplanung der Region in Pessimismus und begrenzte reaktive Maßnahmen verfallen sollte. Vielleicht können jedoch Studien zu Teilbereichen der Entwicklung des Landes Bremen dazu beitragen, daß vermehrt Versuche unternommen werden, die Entwicklungsperspektiven der Region zu verbessern.

7.2 Änderungen in der Hochschulplanung


Der notwendige Ausbau des Hochschulangebots der Bremer Region wird aber eher dadurch gefährdet,
- daß die Universität Bremen in den Ausbauvorschlägen der Rahmenplanung nach dem Hochschulauförderungsgesetz für die nächsten Jahre - gemessen an den ursprünglichen Ausbauzielen - so schwach vertreten ist, daß Bemühungen um einen sinnvollen Ausbau der Bremer Universität in die Gefahr geraten, insgesamt zu spät zu kommen;
- daß eine Fortführung des Betriebskostenabkommens für die Universität nicht gesichert ist;
- daß die tatsächliche Prioritätsetzung für überregional unterstützte Ausbaumaßnahmen (zum Beispiel Produktionstechnik) die verbale Prioritätsetzung des Landes Bremen unlauterwürdig erscheinen läßt: Ausbauplanungen, die haushaltstechnisch im sekundären Finanzierungsplan - im sogenannten PI2-Rahmen - dargestellt werden, signalisieren keine erstrangigen Prioritäten.

Die in dieser Studie erörterten Vorschläge hängen mit Sicherheit auch davon ab, ob es gelingt, der Ausbauplanung der Bremer Universität über-
7.3 Das "Image" der Bremer Universität

Manche der hier diskutierten Entwicklungsperspektiven könnten mit dem Argument beiseite geschoben werden, daß die Vorschläge zwar angesichts der regionalen Bedingungen sowie der Quantitäten von Studienplätzen plausibel sein mögen, aber wegen des spezifischen "Images" der Bremer Universität unrealistisch seien. Daher ist zu prüfen, in welchem Umfang die Realisierungschancen für die hier diskutierten Vorschläge tatsächlich durch Aspekte des "Images" der Universität beeinträchtigt werden und welche begleitenden Aktivitäten naheliegen, um die Erfolgswahrscheinlichkeit der vorgeschlagenen Schritte zu erhöhen. Die Universität Bremen ist der Kritik ausgesetzt,
- daß das Personal und die wissenschaftlichen Leistungen der Universität nicht den Standards anderer deutscher Universitäten entsprechen. Unter anderem wird die Ansicht vertreten, daß bei der Berufung von Hochschullehrern traditionelle Qualitätskriterien zu kurz kämen und die Mittelbauausstattung, die für die Forschung unabdinglich sei, zu schwach ausgeprägt sei;
- daß das Studium nicht die Qualifikationen sichere, die sonst an deutschen Universitäten erreicht würden. Dabei wird der Vorwurf erhoben, daß bestimmte unverzichtbare Elemente eines traditionellen Studiums zu kurz kämen und daß die Standards bei Prüfungen zu gering seien;
- daß manche an der Bremer Universität vorhandenen wissenschaftlichen Lehrmeinungen politische Indoktrination förderten und daß das Studium an der Universität Bremen insgesamt eine fragwürdige politische Sozialisation darstellte.

Diese Aspekte der Kritik werden von sehr unterschiedlichen Vorstellungen über die Aufgaben der Universität getragen. Zwei Beispiele mögen dies illustrieren:
- Der "Bund Freiheit der Wissenschaft" geht in seiner Kritik offenkundig von der Vorstellung aus, daß alle besonderen Ansätze der Bremer Universität eine Fehlentwicklung darstellen. Er beabsichtigt, den Druck auf die Universitäten bzw. die staatlichen Behörden in einer Weise zu stärken, daß diese Universität dem Durchschnitt anderer Universitäten in der Bundesrepublik Deutschland angepaßt wird.
- Der Bremer Senator für Wissenschaft und Kunst schlägt dagegen eine "Konsolidierung" des Bremer Reformmodells vor. Dabei werden Leitprinzipien einer kritischen Wissenschaft, einer Orientierung des Studiums auf die gesellschaftliche Verantwortlichkeit der Hochschulabsolventen und den Praxisbezug, Kleingruppenarbeit und Exemplarizität der
Lehre sowie vermehrte studienbegleitende Leistungskontrollen akzeptiert, zugleich aber eine Qualitätssicherung nach traditionellen Zielsetzungen und Standards gefordert.

Von beiden Positionen werden in der Tendenz ähnliche Probleme der Universität hervorgehoben; jedoch unterscheiden sich die Vorstellungen über den wünschenswerten Zustand grundlegend. In der Beschreibung der gegenwärtigen Probleme ist allerdings auch ein deutlicher Unterschied zu vermerken: Der Bremer Senator für Wissenschaft und Kunst sieht keine Hinweise dafür, daß die Berufschancen von Absolventen der Bremer Universität schlechter sind als die von Absolventen anderer Hochschulen. Der Bund Freiheit der Wissenschaft (ähnlich wie die Bremer CDU und in gewissem Maße auch die Bremer FDP) halten die Berufschancen Bremer Absolventen für besonders ungünstig.

Es kann nicht Aufgabe dieses Gutachtens sein, die Berechtigung oder Angemessenheit von Kritiken zu prüfen, die an die Universität Bremen herangetragen werden, oder hier eigene wissenschaftliche Lehrmeinungen zum Reformkonzept der Bremer Universität auszubreiten. Denn wenn man Vorschläge zur zukünftigen Entwicklung der Universität Bremen prüft oder selbst äußert, muß man zum einen in Rechnung stellen, daß die gesellschaftliche Akzeptanz der Universität für die Realisierungschanzen solcher Vorschläge eine erhebliche Rolle spielt - gleichgültig, ob diese auf Fehlinformationen oder Unverständnis über die Aufgaben einer Universität beruhen. Zum anderen ist jedoch - wie später noch näher begründet wird - zu bedenken, daß eine Hochschulentwicklungsplanung in Bremen, die von Ängstlichkeit über die Akzeptanz der Bremer Universität verschattet wird, der schlechteste Weg, die langfristigen Entwicklungschanzen der Universität zu stützen.

Für die Universität Bremen ist die Bedeutung dieses Problems der Akzeptanz im Laufe der Zeit sehr deutlich hervorgetreten: Wenn etwa Personalleiter von Betrieben sagen, daß sie Maschinenbauer und Verfahrenstechniker der Universität Bremen sehr ungern einstellen, so zeigt dies die Realitätsferne der Befragten, da es solche Bremer Ausbildungsgänge gar nicht gibt, belegt aber auch das Faktum eines problematischen "Images" der Universität.28

Die Entwicklungschanzen der Bremer Universität werden insbesondere davon beeinflußt, wie die Universität akzeptiert wird seitens
- der Wissenschaft: Ausbauentscheidungen über die Forschung an der Universität werden z. B. dadurch erschwert, daß sich die Deutsche Forschungsgemeinschaft gegen eine Aufnahme der Universität Bremen sperrt;
- der Politik und Verwaltung des Landes Bremen: Andere Förderungsprioritäten mögen sich leichter durchsetzen, wenn allgemeine Vorbehalte gegen den Hochschulausbau durch spezifische Vorbehalte gegen das Image der zu fördernden Institution verstärkt werden;
- der beschäftigenden Organisationen: dies betrifft insbesondere die Berufsperspektiven der Absolventen;

70
- der politischen und planenden Instanzen in Bund und Ländern: die Fortsetzung des Länderausgleichs, die Befürwortung des weiteren Hochschulausbaus seitens des Wissenschaftsrats oder die Bereitschaft zur Etablierung größerer Modellansätze von überregionaler Bedeutung hängen davon ab, ob diese Instanzen die Bremer Universität akzeptieren - auch als Beitrag zur Pluralität und Differenzierung im Hochschulwesen der Bundesrepublik Deutschland;

- der Studienbewerber: ihre Haltung wird zweifellos auch durch veröffentlichte Vorurteile und Urteile beeinflußt; wenn jedoch auch in Zukunft der Anteil der Jugendlichen aus Bremen und dem Umland zunimmt, die sich für das Studium an der Bremer Universität entscheiden, so hat dies wahr- scheinlich auch eine höhere Akzeptanz seitens der anderen Instanzen zur Folge - gleichgültig, welche Gründe für eine solche Entscheidung maßgebend sind.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß in der Diskussion über das Image der Universität die Akzeptanz der Universität schlechter dargestellt wird, als sie tatsächlich ist. Dies dürfte insbesondere für Studienreformmaßnahmen der Universität gelten. Im Rahmen dieses Gutachtens sind wir nur einem Aspekt der Akzeptanz nachgegangen: der Einschätzung der Universität bei den beschäftigenden Organisationen in der Region. Obwohl einzelne Gespräche nicht beanspruchen können, die vorhandenen Vorstellungen repräsentativ zu belegen, halten wir sie für erwähnenswert.

In einigen Gesprächen mit Personalleitern von Großbetrieben bzw. anderen Wirtschaftsvertretern gewannen wir den Eindruck,

- daß die Firmen Absolventen der Bremer Universität keineswegs meiden, sondern nur genauer "unter die Lupe" nehmen als Absolventen anderer Universitäten, die in den jeweiligen Fachspezialisierungen eine jahrzehntelange Reputation haben. Wenn etwa eine Bremer Firma mit über 100 Mitarbeitern mit Hochschulabschluß im naturwissenschaftlich-ingenieurwissenschaftlichen Bereich, die ihre Personaldaten nach der besuchten Hochschule auswertet, feststellt, daß drei Hochschulen unter ihren Ab- solventen häufiger vertreten sind als die Bremer Universität, so ist das angesichts des bisherigen Ausbaustandes der Bremer Universität und der kurzen Zeit seit der Gründung keineswegs ein Anzeichen für eine Ablehnung von Bremer Bewerbern;

- daß insgesamt der Eindruck besteht, daß die Rekrutierung von Hochschulabsolventen aus anderen Regionen im Laufe der Zeit schwerer geworden ist. Die Bedeutung einer regionalen Versorgung mit einem Nachwuchs an Hochschulqualifizierten scheint zu wachsen;

- daß die Einstellungschancen von Absolventen der Bremer Universität keineswegs davon abhängen sind, ob die Universität mit früher gegründeten Universitäten durchgängig in allen Belangen konkurrieren kann;

- daß die Ansichten in den beschäftigenden Organisationen nicht einheitlich sind, ob die Universität Bremen sich bemühen sollte, anderen Universitäten möglichst ähnlich zu werden. Auf der einen Seite wurde eine solche Anpassung gefordert; auf der anderen Seite wurde auch die Ansicht vertreten, daß eine Sozialisation zu sozialer Sensibilität Kompeten-
zen schaffe, die für die Betriebe von großer Bedeutung seien. Die bisher durchgeführten Studien über den Verbleib von Absolventen aus den Bereichen Wirtschaftswissenschaft und Mathematik eignen sich nicht für weitreichende Schlüsse über die Berufsperspektiven der Bremer Absolventen. Größer angelegte Studien könnten zweifellos ein besseres Bild ergeben. Allerdings müßte bei der Anlage solcher Studien berücksichtigt werden,
- in welcher Weise Absolventen neuer Art bzw. neuer Universitäten auf dem Arbeitsmarkt akzeptiert werden,
- wie sich die Berufsperspektiven der Hochschulabsolventen in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt verschieben,
- wieweit die beschäftigten Organisationen in ihrer Rekrutierungspolitik von den Vorstellungen eines relativ einheitlichen Hochschulabschlusses, die durch Äquivalenzdiskussionen innerhalb des Hochschulwesens geistern, abweichen,
- welchen Stellenwert die örtliche Nähe von Hochschule und beschäftigender Organisation für die Rekrutierung hat.

Werden solche Aspekte nicht aufgenommen, so stehen Verbleibsdaten einer weitgehend beliebigen Interpretation offen bzw. werden im Zweifelsfalle gegen relativ neue Institutionen oder Studiengänge gewendet.

Beider Hochschulentwicklungsplanung in Bremen sollten im Hinblick auf das "Image" der Universität Bremen insbesondere folgende Aspekte bedacht werden:

a) Gewinnt eine Politik Oberhand, die Universität möglichst an den Durchschnitt etablierter Universitäten zu assimilieren, statt die besonderen Akzente zu kultivieren, so wäre angesichts der Wettbewerbsnachteile einer Universität, die unter dem Gebot der Unterbringung großer Studentenzahlen entstanden, und der internen "Reibungsverluste" einer solchen Umorientierung als Resultat eine zweitklassige Provinzuniversität zu erwarten. Diese könnte wertvolle Leistungen erbringen, sicher jedoch nicht die vielen Erwartungen erfüllen, die auf die Universität Bremen positiv sowie in der Kritik des "Images" projiziert werden.

b) Eine Universität, die sich vom Durchschnitt der Universitäten in der Bundesrepublik Deutschland durch besondere Akzente der Studienreform abhebt, muß im starkem Maße auf das Prinzip einer Arbeitsteilung zwischen den Hochschulen (vgl. Abschnitt 2.5) setzen, kann sich also nicht völlig auf eine regionale Versorgung konzentrieren. Man kann sich vorstellen, daß die Besonderheiten der Bremer Hochschulausbildung ihren Stellenwert für berufliche Praxis überall in der Bundesrepublik haben; sie sind sicherlich nicht auf eine umfassende Abdeckung von Qualifikationsanforderungen in der Region angelegt. Die Bremer Universität kann aber auch nicht unbegrenzt auf überregionale Arbeitsteilung der Regionen setzen, da Spätgründungen leichtere Chancen auf regionaler Ebene haben und der Regionsbezug der Hochschulen insgesamt zunimmt. Deshalb werden hier auch Programmenteilungen, wie etwa ein großes Modellprogramm Weiterbildung, befürwortet, die in ihrem exemplarischen Charakter über-
regionale Bedeutung haben, ihrem Umfang und Inhalt nach jedoch die Region versorgen.

c) Eine Hochschulentwicklungsplanung, die von Ängstlichkeit über die Akzeptanz der Universität angesichts ihres "Images" geprägt ist, wird mit jedem Entscheidungsschritt nur "selbsterfüllende Prophezei" bewirken. Wenn etwa Entscheidungen zum Ausbau des Forschungspotentials des Landes Bremen nach Möglichkeit die Universität zu umgehen suchten, würde damit dazu beigetragen, daß die Entwicklungschancen der Forschung an der Universität und die wissenschaftliche Auseinandersetzung der Universität mit den Bedürfnissen der Region begrenzt blieben.

d) Neue Universitäten werden in einer hochschulpolitischen Atmosphäre, in der der Stellenwert der Hochschulexpansion für die Gesellschaft überwiegend nostalgisch verarbeitet wird, leicht unter einen Überanpassungsdruck gesetzt; sie sollen ihre Qualität darin beweisen, daß sie den Vorgängerinstitutionen möglichst ähnlich und gleichwertig werden; gleichzeitig wird aber geklagt, daß die Hochschulen bzw. ihre Absolventen nicht in ausreichendem Maße bereit seien, über den Bereich traditioneller akademischer Berufe und Privilegien hinauszuschauen. Wenn es der Bremer Universität etwa gelänge, eine größere Zahl von Personen ohne traditionelle Formen der Hochschulreife an Wissenschaft heranzuführen, wissenschaftlich gestützte Innovation in der Berufspraxis auch ohne die Garantie akademischer Privilegien ernst zu nehmen und Ausbildungsgänge für bisher vernachlässigte Aufgaben in der Gesellschaft zu entwickeln, so gäbe es aus der Diskussion um die Aufgaben der Hochschulplanung keinen überzeugenden Grund dafür, diese Ansätze etwa mit dem Argument zu hemmen, daß die Absolventen nicht das gleiche Durchschnittseinkommen erhalten wie Absolventen alter Universitäten oder daß die Bremer Professoren im Durchschnitt weniger Drittmittel für Forschung einwerben als Professoren mancher anderer Universität. Differenzierung wird zerstört, wenn Ängstlichkeit um Äquivalenz einen Druck erzeugt, Äquivalenz durch Gleichheit mit dem Durchschnitt zu beweisen.

8. Optionen für die Hochschulplanung in Bremen

8.1 Grundlagen der Vorschläge

Der Bremer Wirtschaftsraum ist mit universitären Studienplätzen schlechter versorgt als der Bundesdurchschnitt. Auch die Hochschulausbauplanung nach dem 9. Rahmenplan sieht nicht vor, diesen Nachteil in der Bereitstellung von Studienplätzen aufzuheben. Noch schlechter ist es um die relative Versorgung des Bremer Raumes mit Forschungskapazitäten bestellt: Der Anteil der Forschungsausgaben in Bremen an den Forschungsausgaben der Bundesrepublik Deutschland ist nur etwa ein Drittel so groß wie der Anteil der Bremer Wirtschaftsbevölkerung an der Gesamtbevölke-
... rung bzw. der Anteil des Bruttolandsprodukts am BIP der Bundesrepublik Deutschland insgesamt (vgl. dazu Abschnitt 8.6). Um diese relativen Defizite in der Versorgung der Bremer Region auszugleichen, liegt ein Ausbau der Bremer Universität nahe, da das Land Bremen besser als der Bundesdurchschnitt mit Studienplätzen im Fachhochschulbereich versorgt ist und da sich im Universitätsbereich der Ausbau von Studienplätzen leichter mit einer Erweiterung des Forschungspotentials der Bremer Region verknüpfen läßt.

Gegen einen solchen Vorschlag, Studienplatzkapazitäten und Forschungspotentiale der Bremer Region möglichst an den Bundesdurchschnitt anzunähern, könnte man einwenden,
- daß die Finanzmasse des Landes Bremen allein nicht ausreicht, die Finanzierung der Folgekosten eines weiteren Ausbaus zu sichern;
- daß die Nachfrage nach hochschulischer Erstausbildung in den neunziger Jahren voraussichtlich soweit zurückgehen wird, daß auf dieser Basis kein weiterer Ausbau von Studienplätzen in der Bundesrepublik Deutschland zu rechtfertigen sei;
- daß nach den Urteilen mancher Experten die Zahl der Hochschulabsolventen in Zukunft den Bedarf des Beschäftigungssystems übersteigen werde.

Diese Einwände sind aber keineswegs unumstritten:
- Die Finanzmasse des (vergleichbaren) Saarlandes trägt wesentlich höhere Ausgaben für Wissenschaft.
- "Aus heutiger Sicht gibt es für die Annahme einer ungenügenden Auslastung in den nächsten 40 Jahren keine triftigeren Argumente als für die Annahme einer normalen Auslastung oder gar wiederholten Überlastung des Hochschulsystems".\(^{31}\)
- Es gibt ernstzunehmende Stimmen, denen zufolge ein generelles Überangebot an Hochschulabsolventen als nicht wahrscheinlich erscheint.\(^{32}\)

Ein Verzicht auf einen weiteren deutlichen Ausbau speziell der Bremer Universität erscheint uns insbesondere aus zwei Gründen als sehr bedenklich:

a) Der Bremer Wirtschaftsraum zeigt eine Reihe von Strukturschwächen, die wachsende wirtschaftliche Nachteile gegenüber dem Bundesdurchschnitt in den nächsten Jahren sehr wahrscheinlich macht; ein Ausbau von Hochschulen und Forschung kann ein wichtiger Beitrag zu einer aktiven Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sein, um die Region wirtschaftlich stabiler und für die Bewohner attraktiver zu machen.

b) Die sich abnahmenden Funktionsverschiebungen der Hochschulen zeigen überwiegend die Tendenz, die Leistungen der Hochschulen stärker auf die Region zu beziehen. Während Grundlagenforschung und Qualifikation von Akademikern in ihren Wirkungen relativ stabil sein können, sind etwa Weiterbildung, unmittelbare Dienstleistungen der Hochschulen und ein großer Teil anwendungsbezogener Forschung sehr an die Region gebunden; nehmen solche Aufgaben der Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland in Zukunft generell zu, so würde die Benachteiligung der
Bremer Region gegenüber dem Bundesdurchschnitt in ihren Folgen zukünftig weitaus gravierender sein als heute.

Deswegen schlagen wir vor, die Universität Bremen weiter auszubauen und den Ausbau so anzulegen, daß er kurzfristig der Bewältigung des bis Ende der achtziger Jahre wachsenden Studentenberges dienen kann, jedoch von vornherein die Forschungskapazität der Region stärkt und bereits die zu erwartenden bzw. wünschenswerten Funktionsverschiebungen der Hochschulen nach dem Studentenberge mit vorbereitet.

Für die Präzisierung der Hochschulentwicklungsplanung in Bremen schlagen wir vor, folgende Grundentscheidung zu treffen:

- Der Ausbau der Studienplätze in Bremen sollte zum Ziel haben, die Kapazität der Bremer Hochschulen etwa dem Anteil der Wirtschaftsbevölkerung der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland anzugleichen.

- Die Entscheidungen über Kapazitätserweiterungen bzw. -reduzierungen der Fächergruppen sollten Abweichungen der Fächerstruktur in Bremen bzw. im nordwestdeutschen Bereich gegenüber dem Bundesdurchschnitt sowie einige relativ eindeutige Bedarfsaspekte berücksichtigen.

- Für die Konkretisierung der Ausbaupläne innerhalb der Fächergruppen sollten bisherige Pläne zur Einrichtung neuer Studiengänge an der Universität einbezogen werden.

- Die Konkretisierung der Ausbaupläne innerhalb der Fächergruppen sollte primär im Hinblick auf zu erwartende und wünschenswerte Funktionsverschiebungen der Hochschulen in den neunziger Jahren erfolgen und dabei vor allem für eine hohe Funktionsflexibilität sorgen.


8.2 Ausbauvolumen

Zielgröße des Hochschulbaus in Bremen sollte es sein, den Anteil der Studienplätze im Lande Bremen an allen Studienplätzen in der Bundesrepublik Deutschland auf eine Höhe anzubauen, die dem Anteil der Wirtschaftsbevölkerung Bremsens an der Bevölkerung der Bundesrepublik ent-
spricht. Der Wirtschaftsbevölkerungsanteil entspricht weitgehend dem Sozialproduktsanteil.

Wie bereits zuvor (Abschnitt 3.3) aufgezeigt, sind nach dem 9. Rahmenplan für den Hochschulausbau im Jahre 1983 7.000 Studienplätze an der Universität Bremen und 4.700 an den Fachhochschulen des Landes Bremen vorgesehen. Diese Planzahlen schließen das Vorhaben Produktionstechnik und den Hochschulausbau in Bremerhaven ein und entsprechen insgesamt 1,3% aller Studienplätze an Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland (einschließlich Berlin West) - und zwar 1,0% aller Universitäts- und 3,2% aller Fachhochschul-Studienplätze.

Das Sozialprodukt des Landes Bremen machte Mitte der siebziger Jahre 1,6% des gesamten Sozialprodukts der Bundesrepublik Deutschland aus. Für den Zeitraum 1985 bis 1995 wird ein Anteil von 1,5% prognostiziert.

Geht man davon aus, daß die Zahl der Studienplätze in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt nicht über die Ausbauziele von 1983 hinaus erhöht wird, so müßte die gesamte Studienplazenzahl im Lande Bremen auf 13.200 erhöht werden, um einen Anteil von 1,5% zu erreichen bzw. auf 14.000, um einen Anteil von 1,6% zu sichern. Beschränkt man den Ausbau wegen des überdurchschnittlichen Anteils von Fachhochschulstudienplätzen auf die Universität, ergäbe sich im ersten Fall ein Ausbauziel von 1.500 zusätzlichen Studienplätzen und im letzteren Fall von 2.300 zusätzlichen Studienplätzen an der Universität Bremen. Diese Studienplätze müßten zusätzlich zu den bereits geplanten und im Rahmenplan angemeldeten Vorhaben geschaffen werden. Auf der Basis der vorhandenen Studienplätze an der Universität (6.400) müßte das Ausbauziel zwischen 2.100 und 2.900 zusätzlichen Plätzen liegen.

Dabei erscheint es sinnvoll, den Ausbau nicht auf Studienplätze, sondern auf Studienplatzäquivalente zu orientieren, da eine flexible Nutzung der Kapazitäten - etwa in Teilzeitstudien, Dienstleistungen und Forschung - jetzt bereits vorbereitet werden soll, die in der Hochschulplanung der neunziger Jahre eine größere Rolle spielen wird.

Der hier vorgelegte Vorschlag weicht nur in den Begründungszusammenhängen von dem mittelfristigen staatlichen Planungsziel ab, im Lande Bremen Studienplätze bereitzustellen, die der Studienplatznachfrage der Bremer Bevölkerung und 4% der Studienplatznachfrage der niedersächsischen Bevölkerung (Umland-Versorgungsfaktor) entsprechen. Wenn man dies zum Richtwert nähme und dabei auch die Vorstellungen des Wissenschaftsrates zur "Durchtunnelung" des Studentenbergs akzeptierte, müßten für das Land Bremen 1,5 bis 1,6% der Studienplätze von 1983 vorgesehen werden; auch danach wäre das bisher eingeplante Studienplatzangebot im Gesamtvolumen als nicht ausreichend zu betrachten.

Dem hier vorgelegtem Vorschlag liegt dagegen das Ziel zugrunde, dem Zentrum einer Wirtschaftsregion eine proportionale Ausstattung mit Leistungen der Hochschule zu sichern; damit wäre für die Region ein Beitrag geleistet, Potentiale für aktive Wirtschaftspolitik zu vergrößern und eine Infrastruktur zu sichern, die hinter anderen Regionen nicht deutlich zurücksteht.
Eine Wirtschaftspolitik der Bremer Region, die eine zunehmende Strukturschwäche nicht als unvermeidlich akzeptiert (vgl. dazu Kapitel 6), - kann nicht auf eine Stärkung stabiler Arbeitsmarktsegmente verzichten;
- wird durch Signalwirkungen gelähmt, die von einer staatlichen Planung ausgehen könnte, die sich eher an einer Stagnation des Wirtschaftsraums orientiert. Umschreibt man etwa freundlich die bisherigen Ausbauziele für die Bremer Hochschulen als "Konsolidierung", so dürfte dies in anderen Wirtschaftssektoren als Hinweis einer passiven Sanierungspolitik gesehen werden.

Für den Zeitraum der achtziger Jahre hätte ein Studienplatzangebot, das nicht dem Anteil der Wirtschaftsbevölkerung - Wohnbevölkerung plus 25 Prozent Einpendler - entspräche, möglicherweise zur Folge, daß Ausbildungschancen in der Region hinter dem Durchschnitt der Bundesrepublik Deutschland zurückblieben bzw. daß qualifizierte Erwerbspersonen (bereits bei Studienbeginn oder mit dem Beginn der Erwerbstätigkeit nach dem Studienabschluß) zur Abwanderung veranlaßt würden.

Zweifellos ist der Stellenwert des Hochschulausbaus für eine aktive Wirtschaftspolitik nicht allein über den Bedarf an Ausbildungs- und Forschungsleistungen festzumachen; zu berücksichtigen sind auch die Auswirkungen auf die Attraktivität der Region für die Bevölkerung und vielfältige Merkmale einer sozialen Infrastruktur. Auch hier scheint es angemessen, mindestens eine Größenordnung für ein großstädtisches Ballungsrecht vorzusehen, die dem Bundedurchschnitt entspricht. Dabei schlagen wir vor, den Ausbau von 1.500 Studienplatzäquivalenten zusätzlich zu den bereits im Rahmenplan aufgenommenen Ausbauvorhaben als Minimalziel und den Ausbau von 2.300 zusätzlichen Studienplatzäquivalenten als Maximalziel zu betrachten. Denn ein Ausbauziel in Anlehnung an ein Sozialprodukt von 1,5% nimmt ja bereits die Prognose einer zunehmenden Strukturschwäche Bremens zum Anhaltspunkt. Nach den Ausgleichs- und Gerechtigkeitsvorstellungen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" ist jedoch zu fordern, in wirtschaftsstrukturell gefährdeten Regionen die relativen Arbeitsplatz- und Einkommensbedingungen zu verbessern und interregionale Differenzen "im Angebot vor allem öffentlicher Dienstleistungen zu vermeiden und abzbauen". 33

8.3 Entwicklungs- und Ausbaumöglichkeiten nach Fächergruppen

Die Analyse der Studienplatzangebotsstruktur erfolgt mit dem Ziel, Hinweise auf mögliche Unter- und Überversorgungstendenzen in Bremen und Norddeutschland zu gewinnen, die Aussagen über die fachrichtungspezifische Ausgestaltung der über die bisherige Planung hinausgehenden 1.500 Studienplatzäquivalente an der Universität zulassen.

Die Tabelle 17 zeigt, daß sich die Struktur der Fächergruppen bei universitären Studienplätzen Mitte der achtziger Jahre für Norddeutschland weitgehend mit der Durchschnittsstruktur in der Bundesrepublik deckt. Die Fachrichtungsstruktur für Bremen und Niedersachsen zeigt in den
großen Fachrichtungsgruppen gegenüber dem Bundesdurchschnitt Strukturdefizite bei Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (16,3% zu 18,9%) und bei Humanmedizin ohne Zahnmedizin (4,8% zu 7,6%); ein Überschuß tritt bei den Ingenieurwissenschaften auf (15,7% zu 11,9%), während die Gruppen Sprach- und Kulturwissenschaften sowie Mathematik und Naturwissenschaften strukturneutral sind.

Relativiert werden diese Strukturüberlegungen, wenn man die Diskrepanz zwischen dem Anteil der 20- bis 24jährigen 1985 und den insgesamt zur Verfügung stehenden Studienplätzen miteinbezieht: In Norddeutschland stehen nur 17,6% der Studienplätze der Bundesrepublik einem nachfragerelevanten Wohnbevölkerungsanteil von 20,2% gegenüber, in Bremen und Niedersachsen müssen 11,3% der Studienplätze für einen Anteil von 13,5% an den 20- bis 24jährigen ausreichen. Die Fachrichtungsstruktur der Studienplätze wird also von einem Niveaueffekt überlagert, der dazu führt, daß sich für Norddeutschland eine gleichmäßige Unterversorgung mit Studienplätzen in allen Fachrichtungsgruppen ergibt. Für Bremen und Niedersachsen bedeutet Strukturneutralität ebenfalls Unterversorgung, der Überschuß ingenieurwissenschaftlicher Studienplätze verringert sich und das Defizit bei Humanmedizin und bei Sozial- und Wirtschaftswissenschaften verstärkt sich.

Die in Tabelle 17 angeführte Fachrichtungsstruktur universitärer Studienplätze des Landes Bremen allein ist wegen des Fehlens von Fachrichtungsgruppen verzerrt und kann nicht mit der Durchschnittsstruktur der Bundesrepublik verglichen werden. Fachrichtungspezifische Aussagen zur relativen Versorgung der Bremer Region mit Studienplätzen im Vergleich zur bundesdurchschnittlichen Versorgung lassen sich gewinnen, wenn man die Studienplatzanteile Bremens nach Fächergruppen mit dem nachfragerelevanten Bevölkerungsanteil vergleicht. Bei einem Anteil Bremens von 1,1% an der 20- bis 24jährigen Wohnbevölkerung (Tabelle 8) der Bundesrepublik (1985) bietet Bremen

- in den medizinischen Fächern keine Studienplätze
- in Mathematik und Naturwissenschaften 0,87% der Studienplätze
- in Ingenieurwissenschaften 1,01% der Studienplätze
- in Sprach- und Kulturwissenschaften 1,03% der Studienplätze
- in Sozial- und Wirtschaftswissenschaften 1,44% der Studienplätze

an. Die von uns vorgeschlagene Erhöhung des Studienangebots nach 1983 von 7,000 Plätzen nach der gegenwärtigen Planung auf 8,500 würde bedeuten, daß Bremen seinen Anteil an den universitären Studienplätzen der Bundesrepublik von 0,95% auf 1,16% erhöht und damit nicht über seinen Nachfrageanteil hinausgeht. Aus der Angebotsstruktur in Bremen ergibt sich, daß die Erhöhung primär in den medizinischen Fächern erfolgen sollte, deren Studienplatzangebot im norddeutschen Raum generell bundesunterdurchschnittlich ist. Auch eine Erhöhung der Studienplatzzahlen in Mathematik und Naturwissenschaften würde Strukturdefizite sowohl in Bremen als auch in den übrigen norddeutschen Ländern verringern. Gleiches gilt für die Gruppe der Sprach- und Kulturwissenschaften, die allerdings
### Tabelle 17a: Studienplätze an Universitäten nach Flächenrichtwerten 1983 nach Fächergruppen

<table>
<thead>
<tr>
<th>FG</th>
<th>BRD</th>
<th>HB+NS</th>
<th>HB+HH</th>
<th>HB</th>
<th>NS</th>
<th>HH</th>
<th>SH</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>abs. Fr-Str. in 100</td>
<td>%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>0</td>
<td>7349 100</td>
<td>830 100</td>
<td>1290 100</td>
<td>70 100</td>
<td>760 100</td>
<td>263 100</td>
<td>197 100</td>
</tr>
<tr>
<td>1</td>
<td>2424 33,0</td>
<td>273 32,9</td>
<td>434 33,6</td>
<td>25 35,7</td>
<td>248 32,6</td>
<td>88 33,5</td>
<td>73 37,1</td>
</tr>
<tr>
<td>2</td>
<td>1386 18,9</td>
<td>135 16,3</td>
<td>233 18,1</td>
<td>20 28,6</td>
<td>115 15,1</td>
<td>68 25,9</td>
<td>30 15,2</td>
</tr>
<tr>
<td>3</td>
<td>1501 20,4</td>
<td>173 20,8</td>
<td>274 21,2</td>
<td>13 18,6</td>
<td>160 21,1</td>
<td>62 23,6</td>
<td>39 19,8</td>
</tr>
<tr>
<td>4</td>
<td>562 7,6</td>
<td>40 4,8</td>
<td>9,4 7,3</td>
<td>- o</td>
<td>40 5,3</td>
<td>22 8,4</td>
<td>32 16,2</td>
</tr>
<tr>
<td>5</td>
<td>106 1,4</td>
<td>10 1,2</td>
<td>18 1,4</td>
<td>- o</td>
<td>10 1,3</td>
<td>5 1,9</td>
<td>3 1,5</td>
</tr>
<tr>
<td>6</td>
<td>42 0,6</td>
<td>13 1,6</td>
<td>13 1,0</td>
<td>- o</td>
<td>13 1,7</td>
<td>- o</td>
<td>- o</td>
</tr>
<tr>
<td>7</td>
<td>154 2,1</td>
<td>36 4,3</td>
<td>50 3,9</td>
<td>- o</td>
<td>36 4,7</td>
<td>- o</td>
<td>14 7,1</td>
</tr>
<tr>
<td>8</td>
<td>878 11,9</td>
<td>130 15,7</td>
<td>130 10,1</td>
<td>8,9 12,7</td>
<td>121 15,9</td>
<td>- o</td>
<td>- o</td>
</tr>
<tr>
<td>9</td>
<td>167 2,3</td>
<td>13 1,6</td>
<td>31 2,4</td>
<td>- o</td>
<td>13 1,7</td>
<td>15 5,7</td>
<td>2,9 1,5</td>
</tr>
<tr>
<td>10</td>
<td>130 1,8</td>
<td>6,7 0,8</td>
<td>12,7 1,0</td>
<td>2,9 4,1</td>
<td>3,8 0,5</td>
<td>3,1 1,2</td>
<td>2,9 1,5</td>
</tr>
</tbody>
</table>

### Tabelle 17b: dto. an Fachhochschulen

<table>
<thead>
<tr>
<th>FG</th>
<th>BRD</th>
<th>HB+NS</th>
<th>HB+HH</th>
<th>HB</th>
<th>NS</th>
<th>HH</th>
<th>SH</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>abs. Fr-Str.</td>
<td>%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>0</td>
<td>1465 100</td>
<td>190 100</td>
<td>318 100</td>
<td>47 100</td>
<td>143 100</td>
<td>80 100</td>
<td>48 100</td>
</tr>
<tr>
<td>1</td>
<td>15 1,0</td>
<td>oo oo</td>
<td>3,7 1,2</td>
<td>oo oo</td>
<td>oo oo</td>
<td>3,7 4,6</td>
<td>oo oo</td>
</tr>
<tr>
<td>2</td>
<td>456 31,1</td>
<td>48 25,3</td>
<td>77 24,2</td>
<td>14 29,8</td>
<td>34 23,8</td>
<td>18 22,5</td>
<td>11 22,8</td>
</tr>
<tr>
<td>3</td>
<td>55 3,8</td>
<td>16 8,4</td>
<td>16 5,0</td>
<td>4,6 9,8</td>
<td>11 7,7</td>
<td>oo oo</td>
<td>oo oo</td>
</tr>
<tr>
<td>4</td>
<td>0,3</td>
<td>oo oo</td>
<td>oo oo</td>
<td>oo oo</td>
<td>oo oo</td>
<td>oo oo</td>
<td>oo oo</td>
</tr>
<tr>
<td>5</td>
<td>oo oo</td>
<td>oo oo</td>
<td>oo oo</td>
<td>oo oo</td>
<td>oo oo</td>
<td>oo oo</td>
<td>oo oo</td>
</tr>
<tr>
<td>6</td>
<td>oo oo</td>
<td>oo oo</td>
<td>oo oo</td>
<td>oo oo</td>
<td>oo oo</td>
<td>oo oo</td>
<td>oo oo</td>
</tr>
<tr>
<td>7</td>
<td>57 3,9</td>
<td>9,4 4,9</td>
<td>14 4,4</td>
<td>oo oo</td>
<td>9,4 6,6</td>
<td>2,6 3,3</td>
<td>1,9 4,0</td>
</tr>
<tr>
<td>8</td>
<td>807 55,1</td>
<td>102 53,7</td>
<td>187 58,8</td>
<td>25 53,2</td>
<td>77 53,8</td>
<td>52 65</td>
<td>33 68,7</td>
</tr>
<tr>
<td>9</td>
<td>71 4,8</td>
<td>14 7,4</td>
<td>21 6,6</td>
<td>3,4 7,2</td>
<td>11 7,7</td>
<td>4,1 5,1</td>
<td>2,4 5,0</td>
</tr>
<tr>
<td>10</td>
<td>oo oo</td>
<td>oo oo</td>
<td>oo oo</td>
<td>oo oo</td>
<td>oo oo</td>
<td>oo oo</td>
<td>oo oo</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: 9. Rahmenplan, jeweils Tabelle A; eigene Berechnungen
Schlüssel der Fächergruppensystematik zu den Tabellen 17a und 17b:

| FG  | 0:    | insgesamt                                      |
| FG  | 1:    | Sprach- und Kulturwissenschaften               |
| FG  | 2:    | Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften   |
| FG  | 3:    | Mathematik und Naturwissenschaften             |
| FG  | 4:    | Humanmedizin ohne Zahnmedizin                  |
| FG  | 5:    | Zahnmedizin                                   |
| FG  | 6:    | Veterinärmedizin                               |
| FG  | 7:    | Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften   |
| FG  | 8:    | Ingenieurwissenschaften                        |
| FG  | 9:    | Kunst, Musik                                   |
| FG  | 10:   | Sport                                          |

Ausbaupläne des universitären Bereichs sollten auch die Studienplatzkapazitäten im Fachhochschulbereich berücksichtigen, die im Land Bremen mit 3,2% der Fachhochschulstudienplätze der Bundesrepublik insgesamt wesentlich höher liegen als der Anteil der nachfragerellevanten Bevölkerungsgruppe. Dieser hohe Anteil wird allerdings dadurch relativiert, daß das Angebot an Fachhochschulstudienplätzen für die Länder Bremen und Niedersachsen zusammen sowie für Norddeutschland insgesamt nicht überproportional ist.

Die Struktur der Fachrichtungsgruppen entspricht weitgehend dem Bundesdurchschnitt: die wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftlichen Fachrichtungen bieten im Land Bremen 29,8% der fachhochschulischen Studienplätze an; 53,2% entfallen auf die Ingenieurwissenschaften. Die entsprechenden Durchschnittsquoten für alle Länder der Bundesrepublik liegen bei 31,1% bzw. 55,1%. Wegen der naturwissenschaftlichen Studienangebote ist der Anteil von 9,8% der Studienplätze in Mathematik und Naturwissenschaften gegenüber einem Bundesdurchschnitt von nur 3,8% auffällig.

Bei Ausbaumaßnahmen im universitären Bereich für Fächer, die im Fachhochschulbereich vertreten sind, bietet es sich an, mit Ergänzungsstudienangeboten an die Kapazitäten der Fachhochschulen anzuknüpfen und auch die Frage einer Gesamthochschulentwicklung wieder aufzugreifen.

8.4 Bestehende Ausbaupläne

8.4.1 Produktionstechnik

Der Studiengang Produktionstechnik ist schon in den Zielzahlen des 9. Rahmenplans enthalten, die ersten Professoren sind berufen, für weitere Fachgebiete arbeiten Berufungskommissionen. Mit diesem ingenieurwis-
senschaftlichen Studiengang wird neben einer neuartigen berufsfeldbezogenen curricularen Akzentsetzung dafür gesorgt, daß
- das ingenieurwissenschaftliche Ausbildungsangebot einschließlich der schon eingerichteten Studiengänge in Elektrotechnik und Informatik in der Region Bremen eine Größenordnung erreicht, die in der Nähe einer bundesdurchschnittlichen Versorgung liegt;
- die Ingenieurwissenschaften an der Bremer Universität eine Betriebsgrösse erreichen, die erforderliche inhaltliche Spezialisierungen zulassen und sich insbesondere im Forschungsbereich gegenüber traditionellen Technischen Hochschulen emanzipieren kann;
- ein Lehr- und Forschungsverbund mit den bestehenden Forschungsinstituten für Härterei-technik, angewandte Materialforschung, angewandte Strahltechnik und dem Arbeitskreis Oberflächenrechnung entstehen kann, der auch der Forschung dieser bestehenden Institutionen zugutekommt;
- regionale Kooperationsmöglichkeiten zwischen der Universität und in Bremen ansässigen technologieintensiven Unternehmen verbessert bzw. geschaffen werden können.

Es ist erkennbar, daß der Studiengang Produktionstechnik das Planungsprinzip des Strukturausgleichs im Angebot von Studienplätzen mit dem Regionsbezug in der Forschung verbindet und damit der Forderung des Wissenschaftsrates entsprechen kann, der diesen Fachbereich und Studiengang als "vielversprechend" bewertet 36, verstärkt "Forschungsbedürfnisse, die sich aus der regionalen Wirtschaftsstruktur ergeben" 37, aufzunehmen. Überlegen-wert wäre, schon frühzeitig die Möglichkeit von Weiterbildungsangeboten in Produktionstechnik zu prüfen und gegebenenfalls einen Ergänzungsstudiengang für Fachhochschulstudiengänge zu konzipieren.

8.4.2 Geowissenschaften


Die Ausführungen zu den Fächern Produktionstechnik und Geowissenschaften haben in der Darstellung der Forschungsbezüge zu außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit Ausnahme des Instituts für Seeverkehrs-
wirtschaft alle derartigen Forschungsinstitutionen des Landes Bremen er-
faßt. Die bestehenden fachlichen Zusammenhänge zwischen den genannten
Forschungseinrichtungen und geplanten Studiengängen bedeuten aber kein
Votum für eine Ressourcenübertragung von Forschungsinstituten zur Uni-
versität. Ein solches Votum würde von dem Mißverständnis ausgehen, daß
die Addition der Defizite in den Einzelbereichen "Hochschulen" und "außer-
universitäre Forschungseinrichtungen" das Defizit des gesamten Wissen-
schaftsbereichs verringerte. Nach unserer Auffassung ist eher davon aus-
zugehen, daß mit dem Aufbau der geplanten Fachrichtungen an der Univer-
sität eine Ausdehnung der personellen Ressourcen in allen Forschungsin-
stituten erforderlich ist.

8.4.3 Publizistik / Journalistik

Ein Studiengang in Publizistik oder Journalistik wird von einer 1978 einge-
richteten Planungsgruppe vorbereitet, deren Planungsbericht noch im Jahr
1980 vorliegen soll. Die Einrichtung eines Publizistik-Studiengangs bietet
sich in Bremen sowohl grundständig - auf diesem Gebiet gibt es in Nord-
deutschland keine Angebote - als auch als Aufbaustudium nach einem voran-
gegangenen Fachstudium an Fachhochschulen oder Universitäten an. Ein
solcher Studiengang würde zu einem vielfältigeren Angebot im Rahmen der
Geistes- und Sozialwissenschaften beitragen. Insbesondere Aufbaustudien
für Absolventen naturwissenschaftlicher und ingenieurwissenschaftlicher
Studiengänge sollten angesichts des Mangels an technischen Redakteuren in
die Planung miteinbezogen werden.

8.5 Ergänzende Ausbauplanungen

8.5.1 Medizin

Ein Vergleich der Fächerstruktur des Studienangebots aller Länder der
Bundesrepublik wie auch Überlegungen zur regionalen Deckung des Bedarfs
an hochqualifizierten Arbeitskräften in ländlichen Umlandgebieten verwei-
sen auf ein besonders markantes Defizit der Hochschulen im Land Bremen:
das Fehlen der Medizin.39 Diese Lücke ist aus zwei Gründen besonders
hervorhebenswert:
- es gibt kein anderes Land und keine ähnlich große Region mit einem Zen-
trum der Größe Bremens in der Bundesrepublik Deutschland ohne medi-
zinische Hochschulausbildungsangebote, denn auch die Universitäten im
Nordwesten Niedersachsens, Oldenburg und Osnabrück, haben keine me-
dizinischen Bereiche.
- Medizinische Fächer sind durch die Tätigkeit der Universitätskranken-
häuser der derzeit zweifellos bedeutendste Bereich unmittelbarer Dienst-
leistungen der Hochschulen für die Region.
Diese Lücke im Leistungsangebot der Universität Bremen wird aller Voraussicht nach zukünftig in Bremen in noch verstärktem Maße als Mangelfempfund werden:

- Insgesamt ist seit langem eine Tendenz zur stärkeren Wertschätzung der Gesundheit und medizinischen Versorgung erkennbar: Gesundheitsdienstleistungen stellen einen Wachstumspol dar.\textsuperscript{40}

- Wenn die wirtschaftliche Strukturschwäche Bremens relativ zu anderen Regionen der Bundesrepublik größer wird, wird dieser Infrastruktur-Mangel eine größere Rolle für die (mangelnde) Attraktivität der Region spielen.

- Wenn in Zukunft die Wertschätzung der Universität stärker von ihren regionalen Leistungen abhängt, wird es sich für die Universität insgesamt negativ bemerkbar machen, daß sie diese zentrale Dienstleistung nicht bieten kann.

Die Entscheidung für den Aufbau medizinischer Bereiche an der Universität Bremen fällt aus überregionaler Perspektive verständlicherweise schwer. Zum einen sind die Kosten für einen medizinischen Studienplatz besonders hoch. Zum anderen gilt die in den nächsten Jahren zu erwartende Mediziner-"Dichte" (Bevölkerung/Gesamtzahl der Mediziner) als recht hoch. Auch ist es keine Frage, daß die Kosten für das Land Bremen zweifellos hoch wären, wenn der medizinische Bereich an der Universität eingerichtet werden würde, selbst wenn man in Rechnung stellt, daß sich manche bestehenden Krankenhäuser in Bremen einbeziehen ließen.

Der Ausbau des medizinischen Universitätsbereichs in der Bundesrepublik - der im Hinblick auf regionale Versorgung zweifellos Bremen als wichtigsten Standort nahelegt - ist aber auch nach überregionalen Gesichtspunkten durchaus vertretbar,

- wenn dabei schwergewichtig medizinische Gebiete bevorzugt werden, bei denen sich erhebliche Veränderungen in der Forschung und medizinischen Versorgung ergeben;

- wenn damit zugleich ein besonderer Beitrag zur Verbesserung der bisher sehr problematischen semi-professionellen medizinischen Ausbildung in der Bundesrepublik Deutschland geleistet wird (Laboranten, Assistenten, Techniker, Pflegeberufe);

- wenn damit Strukturschwächen der derzeitigen medizinischen Ausbildung in der Bundesrepublik Deutschland kompensiert werden. Eine vergleichende Studie über die Ausbildungssituation in der Medizin\textsuperscript{41} zeigt etwa, daß die Zahl der Krankenbetten in Relation zu den Studentenzahlen in der Bundesrepublik sehr gering ist und die Betriebseinheiten der medizinischen Ausbildung als überproportional groß erscheinen. Beides spricht dafür, daß die Qualität der medizinischen Ausbildung insgesamt eher durch die Etablierung eines weiteren Ausbildungsstandortes gewinnen kann als durch Kapazitätsausdehnung an bestehenden Standorten.

Deshalb wird vorgeschlagen, daß Bremen das zusätzlich zu den bisherigen Planungen notwendige Ausbauvolumen von 1.500 Studienplatzäquivalenten primär für den Aufbau eines Fachbereichs Human- und Zahnmedizin verwendet. Medizinische Forschungsschwerpunkte, die bereits vor-
geschlagen wurden (wie Arbeits- und Sozialmedizin) sollten in diese Planungen einbezogen werden (vgl. Abschnitt 8.5.2).


Wird kein medizinischer Ausbildungs- und Forschungsbereich aufgebaut, sind die regional notwendigen zusätzlichen Ausbauäquivalente in Antizipation der Rückläufigkeit der Erstausbildungsnachfrage in den neunziger Jahren für regionsbezogene Forschung, neue Akzentsetzungen in der Ausbildung und universitäre Dienstleistungen disponibel.

8.5.2 Forschung

Die Stärkung der Forschungskapazität bei Ausbauentscheidungen für Fachrichtungen an der Universität Bremen als ein wesentliches Kriterium zu berücksichtigen, ist aus mehreren Gründen notwendig:
- Wie bei fast allen "Spätentwickler"-Hochschulen lag das Schwergewicht der Anforderungen an das wissenschaftliche Personal in Bremen auf der Lehrtätigkeit und den damit verbundenen administrativen Aufgaben sowie der curricularen Entwicklungsarbeit.
- Das Land Bremen bringt den geringsten Ausgabenanteil (0,4%), gemessen an seinem Wertschöpfungsanteil (1,5%), und den geringsten Anteil an Personalstellen (0,5%), gemessen an seinem Bevölkerungsanteil (1,2%), aller Bundesländer mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen auf (Tabelle 18). 42
- Die staatliche Förderung betrieblicher Forschung im Land Bremen durch das Bundesministerium für Forschung und Technologie lag Mitte der siebziger Jahre knapp unter dem Sozialproduktanteil und kann den Mangel an wissenschaftlicher Forschungsförderung nicht kompensieren. 43

Aus der Zusammenstellung der Anteile der norddeutschen Länder am Wissenschaftsbereich der Bundesrepublik (Tabelle 18) geht deutlich hervor, daß die Forschungskapazitäten nicht nur im Land Bremen, sondern auch im norddeutschen Raum insgesamt defizitär sind, wenn man als Vergleichsmaßstab Sozialproduktsanteile oder Bevölkerungsanteile wählt.

Auf diese allgemeine Mangelsituation wird auch von der "Arbeitsgruppe zur Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in Norddeutschland" hingewiesen: Danach entfielen in Norddeutschland lediglich 138 Forschungsarbeitsplätze auf 100.000 Einwohner bei einem Bundesdurchschnitt von 153 pro 100.000 Einwohner im Jahr 1977. In absoluten Zahlen bedeutet das ein Defizit von 1.800 wissenschaftlichen Arbeitsplätzen. Von der Arbeitsgruppe wird angenommen, daß die unterdurchschnittliche Forschungsausstattung auch ursächlich dafür ist, daß Norddeutschland im Vergleich zum Bundesdurchschnitt 30% weniger Forschungsmittel erhält. 44

Diese Durchschnittsbetrachtungen sollen nur das Ausmaß des Defizits verdeutlichen, aber nicht als Votum für eine inhaltlich traditionelle For-
<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>abs. in Mio. DM</td>
<td>%</td>
<td>abs.</td>
<td>%</td>
<td>abs.</td>
<td>%</td>
<td>abs. in Mio. DM</td>
<td>%</td>
<td>abs.</td>
<td>%</td>
<td>abs.</td>
<td>%</td>
<td>abs. in Mio. DM</td>
<td>%</td>
<td>abs.</td>
<td>%</td>
<td>%</td>
<td>%</td>
</tr>
<tr>
<td>BRD</td>
<td>13714,9</td>
<td>100</td>
<td>219092</td>
<td>100</td>
<td>78836</td>
<td>100</td>
<td>5324,0</td>
<td>100</td>
<td>60631,5</td>
<td>100</td>
<td>17942,5</td>
<td>100</td>
<td>19038,9</td>
<td>100</td>
<td>227723,5</td>
<td>100</td>
<td>96778,5</td>
<td>100</td>
</tr>
<tr>
<td>HB+NS+HH+SH</td>
<td>2140,5</td>
<td>15,6</td>
<td>41354,5</td>
<td>18,9</td>
<td>15299</td>
<td>19,4</td>
<td>846,0</td>
<td>15,9</td>
<td>191984,5</td>
<td>19,8</td>
<td>3077</td>
<td>17,2</td>
<td>2286,5</td>
<td>15,7</td>
<td>53339</td>
<td>19,0</td>
<td>18376</td>
<td>19,0</td>
</tr>
<tr>
<td>HB+NS</td>
<td>1321,5</td>
<td>9,6</td>
<td>24765</td>
<td>11,3</td>
<td>9521</td>
<td>12,1</td>
<td>408,8</td>
<td>7,7</td>
<td>6843,5</td>
<td>11,3</td>
<td>1931</td>
<td>10,8</td>
<td>1730,3</td>
<td>9,1</td>
<td>31608,5</td>
<td>11,2</td>
<td>11452</td>
<td>11,8</td>
</tr>
<tr>
<td>HB</td>
<td>136,0</td>
<td>1,0</td>
<td>2043</td>
<td>0,9</td>
<td>1017</td>
<td>1,3</td>
<td>20,8</td>
<td>0,4</td>
<td>323,5</td>
<td>0,5</td>
<td>84</td>
<td>0,5</td>
<td>156,8</td>
<td>0,8</td>
<td>2368,5</td>
<td>0,8</td>
<td>1101</td>
<td>1,1</td>
</tr>
<tr>
<td>NS</td>
<td>1185,5</td>
<td>8,6</td>
<td>22722</td>
<td>10,4</td>
<td>8504</td>
<td>10,8</td>
<td>388,0</td>
<td>7,3</td>
<td>6520</td>
<td>10,9</td>
<td>1847</td>
<td>10,3</td>
<td>1573,5</td>
<td>9,3</td>
<td>29242</td>
<td>10,4</td>
<td>10351</td>
<td>10,7</td>
</tr>
<tr>
<td>HH</td>
<td>313,3</td>
<td>2,3</td>
<td>9532,5</td>
<td>4,2</td>
<td>3357</td>
<td>4,3</td>
<td>253,3</td>
<td>4,9</td>
<td>2885,5</td>
<td>4,8</td>
<td>619</td>
<td>3,5</td>
<td>576,6</td>
<td>3,0</td>
<td>11958</td>
<td>4,3</td>
<td>3976</td>
<td>4,1</td>
</tr>
<tr>
<td>SH</td>
<td>505,7</td>
<td>3,7</td>
<td>7517</td>
<td>3,4</td>
<td>2421</td>
<td>3,0</td>
<td>173,9</td>
<td>3,3</td>
<td>2255,5</td>
<td>3,7</td>
<td>527</td>
<td>2,9</td>
<td>679,6</td>
<td>3,6</td>
<td>9772,5</td>
<td>3,5</td>
<td>2948</td>
<td>3,1</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Zum Vergleich: Saarland BIP-Anteil 1977 = 1,6% (entspricht dem Anteil Bremens)

Saarland | 150,7 | 1,1 | 2756 | 1,3 | 1508 | 1,9 | 188,0 | 3,2 | 3136,5 | 5,2 | 357,5 | 2,0 | 318,7 | 1,7 | 5892,5 | 2,1 | 1865,5 | 1,9 |

Quelle: Bundesforschungsbericht VI, S. 153-155
schungsstruktur verstanden werden. Die aufzubauenden Ressourcen im Rahmen der strukturengleichenden zusätzlichen 1.500 Studienplatzäquivalente sollten vorwiegend die relativ immobile, regional orientierte Forschung verstärken. Neben den Impuls wirkungen einer anwendungsbezogenen Forschung für die Entwicklungsmöglichkeiten der Region Bremen 45 (vgl. Kapitel 5.3) hat der schwerpunktmaßige Ausbau einer regionsbezogenen Forschung für die Universität den Vorteil, daß sie sich enger mit Lehr- und Dienstleistungsfunktionen verbinden läßt, als das beispielsweise bei hochspezialisierter Grundlagenforschung möglich ist.

Der Ausbau von Forschungskapazitäten sollte auch dazu dienen, das fachwissenschaftliche Spektrum der Universität Bremen um die Disziplinen zu erweitern, die nicht im Rahmen von Studiengängen vertreten sind. So macht der Abschlußbericht der Planungskommission Arbeitsmedizin/Sozialmedizin 46 deutlich, daß es sinnvoll erscheint, auch solche Fachgebiete aufzubauen, die primär forschung- und dienstleistungsorientiert sind und nur Servicefunktionen für andere Studiengänge erbringen.

Neben der Förderung der Forschung an der Universität sollten die Forschungsmöglichkeiten an den Fachhochschulen sukzessive so verbessert werden, daß das Forschungspostulat des Bremer Hochschulgesetzes bei verbesselter sachlicher Grundausstattung und verminderten Stundendeputaten erfüllt werden kann: vorhandene Forschungsaktivitäten im Fachhochschulbereich zeigen, daß hier anwendungsbezogene und regional orientierte Kapazitäten ausgedehnt werden könnten.

8.5.3 Weiterbildung

Die besonderen Voraussetzungen in Bremen legen es nahe, drei Akzentsetzungen im Ausbildungsangebot der Universität vorzunehmen, die zweifellos von überregional exemplarischer Bedeutung sind:

(1) Ausbau des Angebots von Ergänzungsstudiengängen;
(2) Ausbau eines modellartigen Schwerpunktzes Weiterbildung an der Universität;
(3) Entwicklung eines Studienprogramms zur Doppelqualifizierung von Leh rerstudenten.


Weiterbildung an Hochschulen hat seit Jahren in vielen Ländern zunehmend an Bedeutung gewonnen. Nach Angaben in UNESCO-Statistiken waren z.B. 46% aller Studierenden in der UdSSR, 32% in den USA und 24% in Großbritannien Teilzeitstudierende. In den USA etwa, wo bereits um

Deswegen wird vorgeschlagen, daß die Universität Bremen und das Land Bremen sich für ein Weiterbildungsschwerpunktprogramm an zwei oder drei Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland (neben dem Hagen Fernstudien schwerpunkt) einsetzen, um in den achtziger Jahren Programme zu entwickeln und zu erproben.

Wie bereits zuvor diskutiert (Kapitel 4.3), ist die in den achtziger Jahren zu erwartende Verengung des Arbeitsmarktes für Lehrer für die Universität Bremen ein besonders gravierendes Problem. Auf der einen Seite ist für eine Reduktion das Argument plausibel, daß die Bremer Absolventen sonst angesichts des kleinen Bundeslandes und des nur gering zu veranschlagenden "Exportüberschusses" an Lehrern im Vergleich zu Absolventen der Lehrerbildung von anderen Hochschulen nur eine geringe Chance auf Einstellung als Lehrer hatten. Auf der anderen Seite ist auch das Argument überzeugend, daß die erforderliche Vielfalt im Fächereinzelbiet der Lehrerbildung nur erhalten werden kann, wenn keine drastischen Kapazitätskürzungen vorgenommen werden.


Der Aufbau eines doppelqualifizierenden Studiums im Bereich der Pädagogik und Geisteswissenschaften ist zweifellos eine Aufgabe, die in Bremen mit besonderer Intensität aufgenommen werden sollte. Bremen ist zur Erhaltung des breiten Spektrums der Lehrerausbildung angesichts rückläufiger Beschäftigungschancen der Absolventen in diesem kleinen Bundesland ohnehin darauf angewiesen, überregionale Klärungen zur Entwicklung der Lehrerausbildung anzustoßen. Da Magister- und Kurzstudien gänge darauf angelegt sind, nicht nur den Zugang zum Lehrerberuf zu versperren, sondern auch die Berufsaussichten für andere Berufsbereiche gegenüber Absolventen mit Staatsexamens nicht erheblich zu vergrößern, wird die Lösung nicht an doppelqualifizie-
renden Abschlüssen vorbeikommen, die auch das Lehrerstudium in die Reformüberlegungen einbezieht. Bremen kann hier Anstöße nicht nur deshalb geben, weil die Arbeitsmarktproblematik besonders drängt, sondern auch weil im Lehrerstudium bereits Ansätze zur Reform erfolgt sind, die die systematische Entwicklung einer Doppelqualifizierung (grundständig bzw. durch Aufbaustudiengänge) erlauben.


8.5.4 Dienstleistungen

Bei weiteren Planungsentscheidungen zur Universität Bremen sollte ein Akzent auf den Ausbau unmittelbarer Dienstleistungen gelegt werden. Da Ansätze dieser Art sich insgesamt in der Bundesrepublik Deutschland sehr in Grenzen gehalten haben, ist es notwendig, hier in längerfristigen Beratungen und Erprobungen ein Programm zu entwickeln.
Im einzelnen bestünde zu prüfen,
- wo sich Ansätze zu Dienstleistungen bieten, die zur Qualität von Forschung und Studium beitragen (wie das z. B. bei Universitätskrankenhäusern oder bei sozialen Betreuungsaufgaben im Rahmen des Projektstudiums der Fall ist),
- wo sich interne und externe Nutzung von Hochschuleinrichtungen verbinden lassen (über den Rahmen von Bibliotheken und Rechenzentren hinaus),
- wo die Hochschulen mit dem vorhandenen Potential der Hochschulangehörigen leicht Dienstleistungen erweitern könnten (Beratungsaktivitäten und andere, bisher überwiegend als private Nebentätigkeiten wahrgenommene Aufgaben).


Wenn die Universität Bremen den Bereich unmittelbarer Dienstleistungen stark ausbauen würde, so ergäbe sich vielfältige Ansatzmöglichkeiten,
die eigenen Reformansprüche besser einzulösen. Zugleich könnten damit Qualität der Forschung und des Studiums im Falle sinkender Studentenzahlen, wie für die neunziger Jahre angenommen wird, besser gesichert werden. Zweifellos ist beim Ausbau solcher Dienstleistungen darauf zu achten, daß sich das Dienstleistungsangebot für die Gesellschaft dadurch verbessert, daß die Hochschulen diese Aufgaben übernehmen und nicht lediglich der Träger von Dienstleistungen ausgewechselt wird.

8.6 Funktionsflexibilität


Für die Erhöhung der Funktionsflexibilität sind unter anderem erforderlich:
- kontinuierliche Überprüfungen der Studiengänge auf die Möglichkeit gemeinsamer Lehrveranstaltungsangebote;
- Aufteilungsmöglichkeit der Lehrtätigkeit einer Person in unterschiedlichen Studiengängen bzw. Fachbereichen;
- Ausdehnung von Möglichkeiten zur teilzeitlichen Freistellung von Hochschullehrern für Tätigkeiten außerhalb der Hochschulen (etwa durch entsprechenden Ausgleich des Gehaltsanteils durch externe Geldquellen);
- zeitlich begrenzte Aufgabenzuweisungen für Lehrende.

9. Zusammenfassung

Allgemeine Tendenzen der Hochschulplanung

(1) Bundesweit werden die Zielsetzungen der siebziger Jahre für den quantitativen Ausbau des Hochschulbereichs zunehmend in Frage gestellt. Als Begründung für verringerte Ausbauziele dienen Finanzierungsprobleme, eine geringere Studienplatznachfrage und verschlechterte Berufsaussichten für Hochschulabsolventen.

(2) Hochschulneugründungen der sechziger und siebziger Jahre, die derzeit noch keine fachlich ausdifferenzierte Struktur erreicht haben, laufen Gefahr, als "Toro-Universitäten" konsolidiert zu werden.

(3) Während die Fachhochschulen des Landes Bremen ihre Studienplatzausbauziele der siebziger Jahre weitgehend erreicht haben, hat die Universität ihren bei Gründung geplanten Ausbau auf 10.000 Studienplätze erst zu knapp zwei Dritteln bei unvollständigem Fächerangebot realisiert.


(6) Von den drei Prinzipien studienplatzorientierter Hochschulplanung, dem
- Prinzip des Strukturausgleichs,
- Prinzip der regionsbezogenen Versorgung und
Nachfrage nach Studienplätzen


(10) Die derzeit bestehende und auch noch 1985 zu erwartende Unterversorgung der Bremer Region mit universitären Studienplätzen wird überregional in Norddeutschland nicht ausgeglichen: die norddeutsche Universitätskapazität erreicht nur 87% des Bundesdurchschnitts.

Hochschule und Arbeitsmarkt


(12) Wahrscheinlich scheint, daß sich die Berufschancen für Hochschulabsolventen insgesamt verbessern, wenn das Studium stärker praxisorientiert
gestaltet wird und wenn neue Studiengänge durch Mischqualifikationen zukünftige Qualifikationsanforderungen in stärkerem Maße berücksichtigen.


Hochschulplanung und Wirtschaftspolitik

(14) Da die Gefahr zunehmender Arbeitslosigkeit im Bremer Wirtschaftsraum viel dramatischer ist als im Bundesdurchschnitt, ist eine aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in dieser Region entsprechend dringlicher. Wirtschaftsstrukturprogramme für den Unterweserraum beziehen den Hochschulausbau in eine aktive Strukturpolitik zwar mit hoher Priorität ein; vorliegende Finanzierungspläne dagegen, die Ausdruck faktischer Prioritätenuzuweisung sind, lassen den Stellenwert des Hochschulausbaus gering erscheinen.

(15) Für eine Hochschulausbauplanung im Rahmen einer aktiven Strukturpolitik für Bremen sprechen
- der bisher - relativ zur Wirtschaftskraft - unterdurchschnittliche Anteil Bremens am Wissenschaftsbereich der Bundesrepublik Deutschland,
- die Beschäftigungseffekte des Hochschulausbaus und -betriebs,
- die Entlastungseffekte für den Arbeitsmarkt durch eine qualifiziertere und verlängerte Ausbildung der regional immobilen Studienplatznachfrager,
- der zunehmende Stellenwert von hochschulischen Weiterbildungsangeboten,
- die Förderung der regionalen Wirtschaft durch angewandte Forschung,
- die Verbesserung der Infrastruktur des Wirtschaftsgebiets Unterweser durch Verbreiterung des fachwissenschaftlichen Spektrums der angebotenen hochschulischen Dienstleistungen,
- die Stärkung des Dienstleistungsbereichs.

(16) Hemmend für die Realisierung des weiteren Hochschulausbaus wirken sich die Folgekosten von Hochschulinvestitionen aus, da die angrenzenden, zu Niedersachsen gehörenden Gebiete nicht zu ihrer Finanzierung beitragen, obwohl ihnen Erträge des Hochschulausbaus zufließen.
Optionen für die Hochschulplanung in Bremen


(18) Kapazitätsangleichung erfordert im Minimum den Endausbau der Universität auf 8.500 Studienplätze. Zusammen mit 4.700 weitgehend vorhandenen Fachhochschulstudienplätzen würde das Land Bremen dann über 1,5% der für 1985 geplanten Studienplätze verfügen. Der für 1985 erwartete Sozialproduktsanteil beträgt ebenfalls 1,5%.


(20) Die bestehenden Ausbaupläne für Produktionstechnik, Geowissenschaften und Publizistik sollten nicht weiter hinausgezögert werden.

(21) Die zusätzlich zu der bisherigen Planung notwendige Kapazitätserhöhung um 1.500 Studienplatzäquivalente sollte primär für den Aufbau von Human- und Zahnmedizin zur Verfügung gestellt werden. Medizin wird weder in Bremen noch in Nachbarhochschulen in Niedersachsen angeboten und stellt durch die Tätigkeit der Universitätskrankenhäuser zweifellos den bedeutendsten Bereich unmittelbarer Dienstleistungen der Hochschulen für die Region dar.

(22) Fällt keine Entscheidung für den Ausbau von Medizin, sollten die notwendigen Ausbaukapazitäten mit besonderem Schwergewicht zugunsten der Forschung, der Weiterbildung und der regionsbezogenen Dienstleistungen in verschiedenen Bereichen eingesetzt werden.

(23) Die Forschung an der Bremer Universität sollte ausgebaut werden, denn der hochschulische und außerhochschulische staatlich geförderte Forschungsbereich weist in Bremen einen starken Rückstand gegenüber dem Bundesdurchschnitt auf; auch sind in der gesamten norddeutschen Region Forschungseinrichtungen nur unterdurchschnittlich angesiedelt. Der Einsatz von Hochschulkapazität auch für regional orientierte anwendungsbezogene Forschung läßt Impulswirkungen für andere Wirtschaftsbereiche erwarten.

(24) Zusätzliche Kapazitäten zur Funktionsausdehnung der Lehre in Richtung Weiterbildung sind unter drei Akzentsetzungen anzustreben:
- Ausbau des Angebots von Ergänzungsstudiengängen für Fachhochschulabsolventen in Kooperation zwischen Fachhochschulen und Universität,
- Ausbau eines für die Bundesrepublik modellartigen Schwerpunkts Weiterbildung an der Universität für Nachfrager mit und ohne hochschuli-
- Erstausbildung.
- Entwicklung eines Studienprogramms zur Doppelqualifikation von Lehrenerstudenten.

(25) Der Ausbau von unmittelbaren Dienstleistungen der Hochschulen für die Region bietet, abgesehen von seinen Vorteilen für Personen und Institutionen der Region, vielfältige Möglichkeiten der Universität, ihre eigenen Reformansprüche einzulösen.

(26) Ein solcher, langfristig nicht überwiegend studentenzahlgestützter Hochschulausbau erfordert eine höhere Funktionsflexibilität der Hochschule, insbesondere der noch zu rekrutierenden Hochschullehrer. Die Notwendigkeit, unterschiedliche und im Laufe der Zeit sich verschobende Aufgaben in Forschung, Lehre und Dienstleistungen zu übernehmen, mag zwar die Erwartungssicherheit der Lehrenden einschränken, sichert jedoch auch bei sich verändernden Aufgaben den gesellschaftlichen Stellenwert der Institution Hochschule.

(27) Die Realisierung der zur Diskussion gestellten Optionen stellt zweifellos an die Bremer Universität große Anforderungen und manche Ansprüche zur Akzentverschiebung der bisherigen Programme. Versuche jedoch, die Zielsetzungen der Vergangenheit pauschal über Bord zu werfen und damit auffällige Merkmale zugunsten unauffälliger Provinzialität einzutauschen, dürften für ein aktives Entwicklungsprogramm auf die Dauer nicht förderlich sein.
Anmerkungen:


3. TESSARING, Manfred: Angebot und Bedarf an Hochschulabsolventen sowie die Entwicklung der Nachfrage nach Studienplätzen in der Bundesrepublik Deutschland, Nürnberg, 1980 (verv. Ms.); vgl. den Auszug im Anhang.

4. Die Fortschreibung des Bildungsgesamtplans in der vorläufigen Fassung vom Oktober 1979, (Hrsg.: BLK) geht davon aus, daß die Hochschulberechtigten in % der 18-21jährigen von 20% in 1975 über 26,7% bis 28,6% in 1985 auf 29,1% bis 31% in 1990 steigen.


15. Bildung im Zahlenspiegel, 1979, S. 97


26. "Universität Bremen". In: Freiheit der Wissenschaft, 1979, Nr. 6


28. Vgl. dazu die Übersicht in: Freiheit der Wissenschaft, 1979, Nr. 6, S. 97


34. Krause, Detlef: Die Beschäftigungs- und Berufssituation von Wirtschaftswissenschaftlern in der Bundesrepublik Deutschland.


42. Durch die inzwischen beschlossene Ansiedlung des Polairorschungsinstituts werden sich die Anteilsätze zwar beträchtlich erhöhen, der Bundesdurchschnitt wird aber nicht erreicht.


44. Arbeitsgruppe zur Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in Norddeutschland. Bremen, 1979, S. 28 (verv. Ms.)


50. KRÜGER, Wolfgang (Hg.): Universität und Erwachsenenbildung in Europa. Braunschweig, 1978
Bibliographie:


Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Integrierte Verfahren regionaler Bildungs- und Entwicklungsplanung. Hannover: Hermann Schroedel Verlag, 1974 (Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 93)

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Regionale Bildungsplanung im Rahmen der Entwicklungsplanung-Zusammenhänge zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem. Hannover: Hermann Schroedel Verlag, 1978 (Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 127)

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Räumliche Wirkungen öffentlicher Ausgaben. Hannover: Hermann Schroedel Verlag, 1975 (Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 98)

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Bildungsplanung und Raumordnung. Hannover: Gebr. Jänecke Verlag, 1971 (Veröffentlichung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 61)

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Ausgeglichene Funktionsräume. Grundlagen für eine Regionalpolitik des mittleren Weges. Hannover: Hermann Schroedel Verlag, 1975 (Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 94)

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Beiträge zur Regionalen Bildungsplanung. Hannover: Gebr. Jänecke Verlag, 1970 (Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 60)


Arbeitsgruppe zur Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in Norddeutschland. Bremen, 1979 (verv. Ms.)

Arbeitsgruppe des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung: Bedarfsprognostische Forschung in der Diskussion. Probleme, Alternativen und Forschungsnotwendigkeiten aus der Sicht der Arbeitsmarkt-, Berufs- und Bildungs-


ARNDT, Helmut und SWATEK, Dieter (Hg.): Grundfragen der Infrastrukturplanung für wachsende Wirtschaften. Berlin, 1971 (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 58)


Der Bundesminister für Forschung und Technologie (Hg.): Bundesforschungsbericht VI. Bonn, 1979 (Berichte und Dokumentationen, Bd. 4)

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hg.): Regionale Wirkungen von Hochschulen. Im Auftrag des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau vorgelegt vom Institut für Regionale Bildungsplanung-Arbeitsgruppe Standortforschung-GmbH. Hannover, 1978 (Schriftenreihe Raumordnung des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau o6.025)


BUTTLER, Friedrich; GERLACH, Knut und LIEPMANN, Peter: Grundlagen der Regionalökonomie. Reinbek bei Hamburg, 1977


FLITNER, Andreas und HERMANN, Ulrich (Hg.): Universität heute. Wem dient sie? Wer steuert sie? München und Zürich, 1977


GEISSLER, Clemens: Hochschulstandorte-Hochschulbesuch. Hannover, 1965 (Schriftenreihe der Arbeitsgruppe Standortforschung an der TU Hannover, Bd. 1, Teil 1)

Gesellschaft für Regionale Strukturentwicklung (Hg.): Standortentscheidung und Wohnortwahl. Folgerungen für die regionalpolitische Praxis aus zwei empirischen Untersuchungen. Bonn, 1974 (Kleine Schriften der Gesellschaft für Regionale Strukturentwicklung)


GRAESSNER, Gernot u.a.: Hochschule und Region. Determinanten der Entwicklung wissenschaftlicher Weiterbildung. Bielefeld: Universität Bielefeld, Zentrum für Wissenschaft und berufliche Praxis, 1979 (Materialien H. 9)


HARTUNG, Dirk u.a.: Aspekte der Studienreform I. Qualifikation-Beruf-Arbeitsmarkt. Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1979 (Blickpunkt Hochschuldidaktik, H. 57)

HARTUNG, Dirk und NUTHMANN, Reinhard: Status- und Rekrutierungsprobleme als Folgen der Expansion des Bildungssystems. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, 1975 (Studien und Berichte, Bd. 32)


Der Hessische Kultusminister (Hg.): Neuordnung von Studienangeboten in den Geisteswissenschaften. Empfehlungen, Stellungnahmen, Berichte. Wiesbaden, 1978 (Schriftenreihe Hochschule, Nr. 1)


Institut für Regionale Bildungsplanung-Arbeitsgruppe Standortforschung- GmbH (Hg.): Grundlagen für die Standort- und Kapazitätsplanung von Hoch- schulen in Norddeutschland, Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen. Hannover, 1973 (Manuskriptdruck Nr. 53)

Institut für Regionale Bildungsplanung-Arbeitsgruppe Standortforschung- GmbH (Hg.): Zur regionalwirtschaftlichen Bedeutung von Hochschulausga- ben. Problemanalyse und Voruntersuchung am Beispiel der Universität Saarbrücken. Hannover, 1973 (Manuskriptdruck Nr. 68)

Institut für sozialwissenschaftliche Forschung (Hg.): Betrieb-Arbeitsmarkt- Qualifikation, Band I. Frankfurt/M.: Aspekte-Verlag, 1976


JANSEN, Paul G.: Infrastrukturinvestitionen als Mittel der Regionalpolitik. Düsseldorf, 1970 (Beiträge zur Raumplanung, hrsgg. vom Zentralinstitut für Raumplanung an der Universität Münster, Bd. 3)


KOCHS, Michael und DANDL, Johann (Hg.): Kontaktstudium in der Bundesrepublik Deutschland (Blickpunkt Hochschuldidaktik H. 47, 1978)


106


KRÜGER, Wolfgang (Hg.): Universität und Erwachsenenbildung in Europa. Braunschweig, 1978


LGP-Ergebnisse der langfristigen Globalplanung bis 1990 (Entwurf Juli 1979)


LOHMAR, Ulrich und ORTNER, Gerhard E. (Hg.): Die deutsche Hochschule zwischen Numerus clausus und Akademikerarbeitslosigkeit. Der doppelseitige Flaschenhals. Hannover, Dortmund, Darmstadt und Berlin, 1975


LUTZ, Burkart und SENGENBERGER, Werner: Arbeitsmarktstrukturen und öffentliche Arbeitsmarktpolitik. Göttingen, 1974 (Schriftenreihe der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Bd. 26)

MERTENS, Dieter: Der unscharfe Arbeitsmarkt - Eine Zwischenbilanz der Flexibilitätsforschung. In: MittAB, Jg. 6, 1973, Heft 4
MERTENS, Dieter und KAISER, Manfred (Hg.): Berufliche Flexibilitätsforschung in der Diskussion. Bd. 3o (1). Nürnberg, 1978


MITTER, Wolfgang (Hg.): Hochschulzugang in Europa. Weinheim und Basel, 1979


NEUSEL, Aylâ und TEICHLER, Ulrich (Hg.): Neue Aufgaben der Hochschulen. Kassel: Wissenschaftliches Zentrum für Berufs- und Hochschulforschung. Gesamthochschule Kassel, 1980 (Werkstattberichte, Nr. 3)


Der Senator für Wissenschaft und Kunst; der Rektor der Universität Bremen (Hg.): Daten und Thesen zur Entwicklung der Universität Bremen. Bremen, Jan. 1980 (verv. Ms.)


SENGENBERGER, Werner (Hg.): Der gespaltene Arbeitsmarkt. Probleme der Arbeitsmarktsegmentation. Frankfurt/M. und New York, 1978

SIEBERT, Horst: Regionales Wirtschaftswachstum und interregionale Mobilität. Tübingen, 1970

Sonderforschungsbereich 63 (Hochschulbau) an der Universität Stuttgart (Hg.): Zur Rolle einer Universität in Stadt und Region. München, 1976 (Texte und Daten zur Hochschulplanung, Bd. 21)

Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hg.): Bildung im Zahlenspiegel. Stuttgart und Mainz (jährlich)

STRAUMANN, Peter: Neue Konzepte der Bildungsplanung. Reinbek, 1974


TEICHLER, Ulrich (Hg.): Hochschule und Beruf. Problemlage und Aufgaben der Forschung. Frankfurt/M. und New York, 1979


TEICHLER, Ulrich und WINKLER, Helmut (Hg.): Praxisorientierung des Studiums. Frankfurt/M. und New York, 1979

TESSARING, Manfred und WERNER, Heinz: Beschäftigungsprobleme von Hochschulabsolventen im internationalen Vergleich. Göttingen, 1975

Tessarings, Manfred und Werner, Heinz: Beschäftigungsprobleme von Hochschulabsolventen im internationalen Vergleich. Göttingen, 1975 (Schriften der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Bd. 53)

"Universität Bremen". In: Freiheit der Wissenschaft. 1979, Nr. 6

Universität Bremen (Hg.): Bericht der Planungskommission Technik über die Planung eines ingenieurwissenschaftlichen Bereiches "Produktionstechnik -
nik" an der Universität Bremen. Bremen, 1978, Nr. 12 (Materialien zur Hochschul- und Bildungspolitik, Nr. 3)


Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Differenzierung des Studienangebots. Bonn, Nov. 1978

Prognosen des Angebots und Bedarfs an Hochschulabsolventen einzelner Fachrichtungen


Die vorliegenden Prognosen des Angebots und des Bedarfs an Hochschulabsolventen werden in drei Kategorien unterschieden: Zu den Prognosen der "ersten Generation" werden die Arbeiten gerechnet, die vorwiegend auf dem Datenmaterial der Volks- und Berufszählung 1961 beruhen und zum Teil noch die "reine" Bedarfs- oder Angebotsmethode vertreten. Hierzu gehören die Arbeiten von Krafft u.a., Alex u.a., Jeschek und Freytag u.a. Diese Prognosen basieren also auf Querschnittsdaten, die nicht oder nur m.o.w. willkürliche Variabilitäten der einzelnen Strukturparameter im Zeitablauf berücksichtigen.


Bei den restlichen der hier untersuchten Prognosestudien handelt es sich meist um globale oder methodisch relativ einfach strukturierte Untersuchungen zu einzelnen, eng abgegrenzten akademischen Fächern oder Einsatzbereichen.

Ergebnisübersicht


Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Die Prognosen der ersten Generation auf der Grundlage der Volks- und Berufszählung 1961 (Bestand: rd. 58.000 erwerbstätige Hochschulabsolventen dieser Fachrichtungen) schätzten einen Bedarfsanstieg bis zum Jah-

Rechtswissenschaften

Auch für die Juristen weisen die einzelnen Prognosen beträchtliche Prognosespannen auf. Gegenüber dem Bestand von rd. 82.000 Juristen 1961 ergaben sich Gesamzuwächse bis 1980 von + 163% (KRAFFT u.a.) bis + 40% (ALEX). Die Prognose von Freytag u.a., der Justizministerkonferenz und von Rauschning, die auch die Volks- und Berufszählung 1970 einbeziehen, schätzen in den von ihnen als realistisch bezeichneten Varianten für 1985 einen Bedarfsanstieg (gegenüber dem Bestand 1961) um + 68% bzw. + 48% voraus, für 1990 einen Anstieg um + 92% bzw. + 67%. Der Vergleich mit der voraussichtlichen Angebotsentwicklung führt die Justizministerkonferenz zu dem Schluß, daß spätestens ab der zweiten Hälfte der 80er Jahre mit einem steigenden Angebotsüberschuß an Juristen zu rechnen sei.


Mathematik-, Natur-, Ingenieurwissenschaften

Kamen die älteren Prognosen der ersten Generation noch zu einem gewaltigen Bedarfsanstieg für Absolventen dieser Fächergruppe um + 144% bis + 81% in 1980 verglichen mit 1961, so wurde die Entwicklung in den neuen Studien wesentlich vorsichtiger eingeschätzt: Hasselmann/Schubert prognostizieren einen entsprechenden Bedarfsanstieg bis 1980 um + 51%, bis 1985 um + 64% und bis 1990 um + 79%. Im Vergleich mit den durchgeführten Angebotsvorausschätzungen bilanzierten die älteren Prognosen noch durchweg einen Bedarfsüberschuß; demgegenüber kamen Hasselmann und Schubert für 1980 zu einem Angebotsüberschuß über den Bedarf von + 12% (1980), von + 29% (1985) und von + 52% (1990). In ähnlicher Weise gelangten auch die von einzelnen Verbänden zum spezifischen Inge-
nieurbedarf durchgeführten Berechnungen zu recht pessimistischen Aussagen über die Arbeitsmarktaussichten der Ingenieure.


Medizin, Pharmazie, Psychiatrie

Während in den älteren Prognosen nahezu einhellig ein Defizit an Ärzten und Pharmazeuten, nicht zuletzt auch aufgrund der durch die Zulassungsbeschränkungen "gebremsten" Angebotsentwicklung, vorausgeschätzt wurde, kommen neuere Arbeiten zunehmend zu dem Ergebnis, daß sich schon auf mittlere Sicht ein Angebotsüberschuß in den medizinischen Fächern ergeben könnte. Diese Befunde, die jedenfalls im Widerspruch zu der bisherigen hervorragenden Arbeitsmarktsituation der Ärzte stehen, werden allerdings eingeschränkt durch das noch bis in die 90er Jahre erwartete anhaltende Defizit an Zahnhochschulmedizinern und Medizinern, die in psychiatrischen Versorgung.

Zur methodischen Grundlage dieser Studien ist allerdings einschränkend zu vermerken, daß sie wesentlich von politischen Grundvorstellungen über die medizinische Versorgung ausgehen, die nicht unbedingt den Konsens aller beteiligten und finanziierenden Institutionen darstellen. Weiterhin bleibt offen, ob die in den meisten dieser Prognosen in Form von Zunahmen und Abschlägen angesetzten Einflußfaktoren auf den Bedarf an Medizinern und Pharmazeuten tatsächlich eine funktionale Beziehung ausdrücken, ob die unterstellte Stärke der Faktoren zutrifft und ob sie - mangels eines konsequenten und theoretisch fundierten Gesamtsystems - nicht auch gegen seitig voneinander abhängen können.

Agrarwissenschaften

Für die Fachrichtung der Land-, Forst- und Ernährungswissenschaften liegen nur wenige Vorausschätzungen vor, die auch darunter leiden, daß es sich hierbei nur um eine relativ kleine Bestandszahl handelt. Aussagen für nur gering besetzte Fachrichtungen sind jedoch sehr schwer möglich. Von daher ist die Grundtendenz der älteren Prognosen, die zu einem anhaltenden Angebotsdefizit kommen, ebenso in Frage zu stellen wie diejenige der neueren Arbeiten für noch kleiner eingegrenzte Tätigkeitsbereiche, die zu entgegengesetzten Resultaten führen.

113
Lehrämter

In die Prognoseübersicht wurden aus der Fülle der vorliegenden Arbeiten nur diejenigen herausgegriffen, die neueren Datums sind und von der Seite der prognostizierenden Institutionen her einen quasi "offiziellen" Charakter tragen.


Zusammenfassend kann für die Prognostik des Angebots und Bedarfs an Hochschulabsolventen eine beträchtliche Unsicherheit - sowohl methodischer als auch empirischer Natur - konstatiert werden. Dies zeigen auch die Bandbreiten der Ergebnisse der einzelnen Prognosen.

Prognosen können selbst über einen geringen Zeitraum hinweg die tatsächliche Entwicklung kaum voraussagen, wie verschiedene Modellberechnungen zum Verbleib der Hochschulabsolventen belegen. Die Eingliederungs- und Substitutionsmechanismen sind offenbar in der Realität sehr viel komplexer, als sie in den relativ einfachen Modellen der Bedarfs-/ Angebotsprognostik oder gar aus Befragungen der Einstellungsträger über den kurzfristigen Bedarf abgeleitet werden können.
Die bisherige Arbeitsmarktlage und die zukünftige Situation für Hochschulabsolventen

Für die Analyse der Arbeitsmarktsituation von Hochschulabsolventen stehen die Ergebnisse der Arbeitslosenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit seit 1973 zur Verfügung. Bei der Berechnung von ausbildungsspezifischen Arbeitslosenquoten stieß man bisher auf die Schwierigkeit, daß für die zugrundelegende Gesamtzahl an unselbständigen Erwerbspersonen unterschiedliche Ausbildung nur Schätzungen vorliegen.


Wie die Aufgliederung der arbeitslosen Hochschulabsolventen nach den Berufsanfängern und Berufserfahrten zeigt, betrug der Anteil der Berufsanfänger bis zum Jahr 1977 regelmäßig mehr als 30%. Im Jahre 1978 fiel dieser Anteil auf 27% und im Jahre 1979 sogar auf 22% ab.

Diese rückläufige Entwicklung der arbeitslosen Berufsanfänger könnte bedeuten, daß - trotz gestiegener Absolventenzahlen aus den Hochschulen - die Eingliederung der Neuabsolventen in den Arbeitsmarkt reibungsloser vonstatten geht als in der Vergangenheit. Bei einer bestehenden Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften scheinen die Betriebe eher gewillt zu sein, junge Absolventen einzustellen, die in der Regel niedrigere Einkommens- und Positionsansprüche haben als ältere berufserfahrene Akademiker. Den Älteren fällt es zumeist ungleich schwerer, von vornherein eine Stelle zu akzeptieren, die einen hohen Einkommens- und Sta-
tusverlust mit sich bringt.


Bei der Interpretation dieser Daten, die eine immer noch recht deutlich ausgeprägte günstige Beschäftigungssituation für Hochschulabsolventen anzeigen, muß jedoch außer den anfangs erwähnten verändernden Selektionsvorgängen eine weitere Möglichkeit ins Auge gefaßt werden: Insbesondere der Rückgang des Berufsanfängeranteils in den sozialpflgerischen Fächern sowie in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften könnte auch eine Folgewirkung der in den letzten Jahren immer häufiger anzutreffenden Beschäftigung in befristeten Arbeitsverhältnissen (wozu auch die Beschäftigung im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gehören) sein.

Zu den Arbeitsmarktchancen junger Hochschulabsolventen in den nächsten 10 Jahren lassen sich, wie schon im Rahmen der Ausführungen zu den Prognosen angedeutet, nur schwer Aussagen treffen. Es ist jedoch davon auszugehen, daß die Zahl der Studienanfänger bis Mitte der 80er Jahre weiter ansteigt und damit auch die Zahl der Absolventen bis Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre. Bei stagnierender oder weiter rezessiver wirtschaftlicher Entwicklung könnte dies dazu führen, daß die Beschäftigungssituation sich in den nächsten Jahren eher verschlechtern als verbessern wird. Wie auch die Ergebnisse eines derzeit im IAB laufenden Projekts zur Einkommensverteilung nach Ausbildungsniveau zeigen, wird in den nächsten Jahren eine zunehmende Nivellierung der Einkommen als auch der Arbeitslosigkeit innerhalb der Gesamtgruppe der ausgebildeten Arbeitskräfte zu erwarten sein. Für die 90er Jahre allerdings ist bei konstant oder ansteigender Gesamtzahl an Arbeitsplätzen für Hochschulabsolventen aufgrund des zu erwartenden Rückgangs an Jungabsolventen eine langsam ansteigende Akademikerlücke zu erwarten. Ob eine derartige Lücke auftritt, hängt jedoch auch wesentlich von der künftigen Neigung zur Aufnahme eines Hochschulstudiums ab; wie die Erfahrungen aus anderen Industrieländern zeigen, in denen die Bildungsexpansion weiter fortgeschritten ist als in der Bundesrepublik, ist ein steigender Akademikeranteil jedoch nicht unbedingt mit sinkenden Arbeitsmarktchancen oder Ein-
PUBLIKATIONEN DES WISSENSCHAFTLICHEN ZENTRUMS FÜR BERUFS- UND HOCHSCHULFORSCHUNG AN DER GESAMTHOCHSCHULE KASSEL

Forschungsschwerpunkte in der Berufsfeld- und Hochschulforschung. (Veröffentlichung der Arbeitsgruppe Wissenschaftliches Zentrum für Berufsfeld- und Hochschulforschung, Nr. 1) Kassel, 1977 (vergriffen)

Zwischenbericht über den Aufbau eines Wissenschaftlichen Zentrums für Berufsfeld- und Hochschulforschung an der Gesamthochschule Kassel. (Veröffentlichungen der Arbeitsgruppe Wissenschaftliches Zentrum für Berufsfeld- und Hochschulforschung, Nr. 2) Kassel, 1977 (vergriffen)

ARBEITSPAPIERE:


PFEIFFER, Knut: Untersuchung des Implementationsinstrumentariums von Hochschulreformprogrammen anhand einer synoptischen Darstellung. - Untersuchung der legislativen Umsetzung von Hochschulreform- und Studienreforminhalten anhand des HRG, des HHG und des HUG. (Arbeitspapiere, Nr. 4) Kassel, 1979


TEICHLER, Ulrich und VOSS, Friedrich: Materialien zur Arbeitsmarktlage von Hochschulabsolventen. (Arbeitspapiere, Nr. 6) Kassel, 1979 (vergriffen)
RATTEMEYER, Volker: Weiterentwicklung des Kunststudiums unter Berücksichtigung der beruflichen Möglichkeiten der Künstler. (Arbeitspapiere, Nr. 7) Kassel, 1980

WERKSTATTBERICHTE:


NEUSEL, Aylâ und TEICHLER, Ulrich (Hg.): Neue Aufgaben der Hochschule. (Werkstattberichte, Nr. 3) Kassel, 1980

Campus-Reihe HOCHSCHULE UND BERUF:


TEICHLER, Ulrich (Hg.): Hochschule und Beruf. Problemlage und Aufgaben der Forschung. Frankfurt und New York: Campus, 1979. VP 38, -- DM


FREIDANK, Gabriele; NEUSEL, Aylâ und TEICHLER, Ulrich (Hg.): Praxisorientierung als institutionelles Problem der Hochschule. Frankfurt und New York: Campus, 1980 (ersch. im Nov.). VP: ca. 38, -- DM

Weitere Veröffentlichungen:

Prisma-Thema: Berufs- und Hochschulforschung. In: Prisma, Zeitschrift der Gesamthochschule Kassel, 1979, Nr. 2o (vergriffen)


kommensunterschieden zu anders Qualifizierten zu rechnen. Auch dort, wo der Akademikeranteil sehr viel höher liegt als in der Bundesrepublik, haben Akademiker mit wenigen Ausnahmen die besten Arbeitsmarktchan-
cen und ein deutlich höheres Einkommensniveau (sowohl Jahreseinkom-
men als auch Lebenseinkommen) als Absolventen anderer Ausbildungs-
gänge.